



163. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 18. Februar 2022

Mitteilungen des Präsidenten	3	2 Smartes Land: Intelligente Digitalisierungskonzepte für ländliche Regionen	
Formlose Rüge des Abgeordneten Sven Werner Tritschler (AfD) betreffend TOP 1 der 162. Plenarsitzung am 22. Februar 2022	3	Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/16483	19
Änderung der Tagesordnung.....	3	Thorsten Schick (CDU).....	19
1 Die Energiewende schlägt zurück – Abzocke von wehrlosen Stromkunden	3	Rainer Matheisen (FDP)	20
Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/16543		René Schneider (SPD)	21
 		Matthi Bolte-Richter (GRÜNE).....	22
<u>In Verbindung mit:</u>		Sven Werner Tritschler (AfD).....	23
Mitte der Gesellschaft und Wirtschaft entlasten – stark gestiegene Energie- preise		Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart.....	24
Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/16544	3	Ergebnis.....	25
Christian Loose (AfD)	3	3 Vom Regierungswechsel 2017 zur Mo- bilitätskrise 2022: Diese Landesregie- rung hinterlässt ein verkehrspoliti- sches Trümmerfeld!	
Dr. Christian Untrieser (CDU).....	5	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/16479	25
Dietmar Brockes (FDP)	6	André Stinka (SPD).....	25
Dietmar Bell (SPD).....	7	Klaus Vossemer (CDU).....	28
Wibke Brems (GRÜNE).....	9	Ulrich Reuter (FDP).....	30
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart	11	Arndt Klocke (GRÜNE)	31
Josef Hovenjürgen (CDU)	13	Andreas Keith (AfD)	33
Wibke Brems (GRÜNE).....	15	Ministerin Ina Brandes	34
Stephan Haupt (FDP)	16	André Stinka (SPD).....	36
Christian Loose (AfD)	17	Ergebnis.....	37
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart	18	4 Kreislaufwirtschaft im Baugewerbe endlich konsequent umsetzen!	
		Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/16467	37
		Ergebnis.....	37

5 Demonstranten und Spaziergänger nicht gängeln und verteufeln, sondern ernst nehmen. – Versammlungsfreiheit achten!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16474 37

Sven Werner Tritschler (AfD) 37
Fabian Schrupf (CDU) 38
Falk Heinrichs (SPD) 39
Christian Mangen (FDP) 40
Verena Schäffer (GRÜNE) 40
Minister Herbert Reul 41

Ergebnis 43

6 Preisexplosion bei Lebensmitteln – Hohe Gaspreise verteuern die Düngemittelproduktion

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16475 43

Dr. Christian Blex (AfD) 43
Heinrich Frieling (CDU) 44
René Schneider (SPD) 45
Stephan Haupt (FDP) 45
Johannes Remmel (GRÜNE) 46
Ministerin Ursula Heinen-Esser 46

Ergebnis 46

Entschuldigt waren:

Ministerin Yvonne Gebauer

Frank Boss (CDU)
Dr. Anette Bunse (CDU)
Guido Déus (CDU)
Helmut Diegel (CDU)
(bis 12 Uhr)
Anke Fuchs-Dreisbach (CDU)
Katharina Gebauer (CDU)
Gregor Golland (CDU)
Daniel Hagemeier (CDU)
Wilhelm Hausmann (CDU)
Oliver Kehrl (CDU)
Bernd Krückel (CDU)
Jens-Peter Nettekoven (CDU)
Ralf Nettelstroth (CDU)
Dr. Ralf Nolten (CDU)
Dietmar Panske (CDU)
Dr. Patricia Peill (CDU)
Charlotte Quik (CDU)

Hendrik Schmitz (CDU)
Marco Schmitz (CDU)
Daniel Sieveke (CDU)
Rainer Spiecker (CDU)
Martin Sträßler (CDU)
Ulla Thönnissen (CDU)
Simone Wendland (CDU)

Volkan Baran (SPD)
Inge Blask (SPD)
Martin Börschel (SPD)
Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD)
Dr. Nadja Büteführ (SPD)
Anja Butschkau (SPD)
Christian Dahm (SPD)
Hartmut Ganzke (SPD)
Heike Gebhard (SPD)
Gabriele Hammelrath (SPD)
Armin Jahl (SPD)
Wolfgang Jörg (SPD)
Hans-Willi Körfges (SPD)
Andreas Kossiski (SPD)
Carsten Löcker (SPD)
Nadja Lüders (SPD)
Eva Lux (SPD)
Ernst-Wilhelm Rahe (SPD)
Norbert Römer (SPD)
Prof. Dr. Karsten Rudolph (SPD)
Marlies Stotz (SPD)
Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD)
Sebastian Watermeier (SPD)
Stefan Zimkeit (SPD)

Henning Höne (FDP)
Berivan Aymaz (GRÜNE)
Andreas Becker (GRÜNE)
Sigrid Beer (GRÜNE)
Stefan Engstfeld (GRÜNE)
Norwich Rüße (GRÜNE)

Iris Dworeck-Danielowski (AfD)
Thomas Röckemann (AfD)
Nic Peter Vogel (AfD)
Alexander Langguth (fraktionslos)
Frank Neppe (fraktionslos)
Marcus Pretzell (fraktionslos)

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident André Kuper: Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie alle herzlich willkommen zu unserer 163. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien sowie den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

Ganz herzlich gratulieren wir dem Abgeordneten Kollegen Carsten Löcker von der Fraktion der SPD zum Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch im Namen aller Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Vor Eintritt in die Tagesordnung weise ich im Nachgang zu Tagesordnungspunkt 1 der gestrigen Plenarsitzung Herrn Abgeordneten Sven Tritschler auf die Einhaltung der parlamentarischen Ordnung hin und erteile ihm eine **nichtförmliche Rüge**. Herr Abgeordneter Tritschler hat sich in einem Tweet zu Tagesordnungspunkt 1 unter anderem gegenüber dem Vorsitzenden der Fraktion der FDP und gegenüber Minister Dr. Joachim Stamp in unparlamentarischer Weise geäußert. Das ist der Würde des Parlaments nicht angemessen.

In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass sich das Präsidium am 31. Januar 2022 unter anderem auf Folgendes verständigt hat: Das parlamentarische Ordnungsrecht wird künftig über die traditionelle Funktion im Plenum hinaus gegen bestimmte im Netz adressierte Äußerungen von Abgeordneten eingesetzt, die im unmittelbaren und direkten zeitlichen Zusammenhang zu einer parlamentarischen Debatte erfolgen. Ordnungsmaßnahmen für Äußerungen im Internet bzw. in den sozialen Medien erfolgen dann, wenn die getätigte Äußerung im Parlament ebenso mit einer Ordnungsmaßnahme geahndet würde.

Über diese Verständigung sind die Fraktionen informiert worden. Zudem hat der Ältestenrat diese Verständigung in seiner Sitzung am 19. Januar 2022 zustimmend zur Kenntnis genommen.

Weiterhin weise ich vor Eintritt in die Tagesordnung darauf hin, dass wir **den ursprünglich für gestern als Tagesordnungspunkt 5 vorgesehenen Antrag** der Fraktion der AfD „Demonstranten und Spaziergänger nicht gängeln und verteufeln, sondern ernst nehmen. – Versammlungsfreiheit achten!“, Drucksache 17/16474, **heute als Tagesordnungspunkt 5** beraten.

Ich rufe jetzt auf:

1 Die Energiewende schlägt zurück – Abzocke von wehrlosen Stromkunden

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16543

In Verbindung mit:

Mitte der Gesellschaft und Wirtschaft entlasten – stark gestiegene Energiepreise

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16544

Die Fraktion der AfD sowie die Fraktionen von CDU und FDP haben jeweils mit Schreiben vom 14. Februar 2022 gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu einer aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner dem Abgeordneten Loose für die AfD das Wort.

Christian Loose^{*)} (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit meiner heutigen Rede wende ich mich vor allen Dingen an alle kritischen Stimmen in Ihren Parteien; es gibt in jeder Partei Leute, die nachdenken, und kritische Stimmen. Die anderen werden mich nach dieser Rede sicherlich nicht mehr ganz so mögen.

Beginnen wir und begeben uns in eine Welt, in der ich Ihnen heute die unverblühte Wahrheit über Ihre Energiepolitik offenbare. Dazu begeben wir uns in ein Gedankenspiel:

Nehmen Sie an, Sie wären Mitarbeiter in einem Energiekonzern im Jahr 2016. Sie merken, dass der EEG-Strom, ausgelöst von der Regierung durch massive Subventionen, in den Markt drängt und den kompletten Markt überschwemmt.

Jetzt überlegen Sie sich, was Sie tun könnten. Sie müssen Kraftwerke abschalten, weil die Gaskraftwerke nicht mehr laufen. Sie müssen Mitarbeiter entlassen. Eigentlich würden Sie dann sagen: Okay, ich unterhalte mich mal mit E.ON, RWE und Vattenfall, und wir schauen uns gemeinsam an, wie wir den Markt bereinigen können, wie wir Kraftwerke abschalten können, um den Preis wieder in eine normale Zone zu bringen. – Aber halt! Das ist natürlich verboten. Das wäre ein Kartell, und es ist gut, dass das verboten ist.

Was aber machen Sie, liebe Politiker? Sie machen genau das. Sie schalten reihenweise Kraftwerke ab.

Sie schalten die Braunkohle-, die Steinkohle- und die Kernkraftwerke ab und verknappen damit den Markt.

Dann lassen Sie es auch noch zu, dass die Konzerne nun ihre billigsten Kraftwerke, die modernsten Kraftwerke abschalten. Die Konzerne schalten nicht die teuersten Kraftwerke ab, nein, sie schalten die billigsten, die modernsten Kraftwerke mit 45 % Wirkungsgrad ab. Wissen Sie, was dann passiert? Der Preis geht noch weiter nach oben, wenn die billigsten Kraftwerke vom Markt gehen.

Wenn Sie die Grundrechenarten ein bisschen beherrschen würden, dann hätten Sie das alles sehen können. Sie verknappen das Angebot. Sie treiben den Preis nach oben. Wissen Sie, was dann passiert? Die Konzerne kommen gar nicht mehr aus dem Lachen heraus.

Aber ich richte mich ja nur an die kritischen Stimmen hier im Saal. Schauen Sie einmal nach links und rechts. Da ist Ideologie gepaart mit Dummheit und Beliebigkeit am Werk und setzt genau diese Politik um.

(Ibrahim Yetim [SPD]: Unverschämtheit!)

Das ganze Ausmaß hätten die Bürger so gar nicht mitbekommen, wenn nicht die gleichen Kollegen EU-besoffen und klimahysterisch die Zertifikate für CO₂ in der EU auch noch massiv verknappen würden. Dadurch steigt der Preis auf das Acht-, auf das Zehnfache. Wissen Sie, wie hoch der Preis jetzt allein schon durch die CO₂-Zertifikate angestiegen ist? Er ist um 8 Cent angestiegen.

Dann Herr Sundermann, fordert Ihr Minister Weil aus Niedersachsen in einer Bundesratsinitiative, dass der Industriestrompreis auf 4 Cent gesenkt werden soll, dabei sind alleine 8 Cent durch die CO₂-Zertifikate entstanden – 8 Cent! 4 Cent minus 8 Cent: Wie soll das funktionieren, Herr Sundermann? Das ist einfach unglaublich, meine Damen und Herren.

(Dietmar Brockes [FDP]: Der ist gar nicht da!)

Wenn das nicht die dümmste Energiepolitik der Welt ist, dann weiß ich nicht mehr, was dümmer sein kann, wobei Sie es immer wieder schaffen.

Sie bringen uns in Deutschland in eine doppelte Abhängigkeit von Gas. Zum einen zwingen Sie die Leute, weil sie bestimmte Heizungen nicht mehr einbauen dürfen. Sie dürfen die Ölheizung nicht mehr einbauen. Die Gasheizung dürfen sie ab 2025 wahrscheinlich auch nicht mehr einbauen, weil Sie die Baustandards erhöhen. Die alten Strom- und Gasheizungen aber, die noch bestehen, dürfen bleiben.

Das Gleiche machen Sie zum anderen mit dem Strommarkt. Sie schalten die Braunkohle-, die Steinkohle- und die Kernkraftwerke ab, und es bleibt nur noch Gas übrig. Damit haben Sie eine doppelte Abhängigkeit von russischem Gas geschaffen.

Mitten in dieser Situation gießt dann die Völkerrechtlerin Annalena Baerbock noch Öl ins Feuer. Nord Stream 2 – nein, das blockieren wir.

Wissen Sie was? Putin kommt auch nicht mehr aus dem Lachen heraus, der ist ein Quasimonopolist. Sie sagen: Nein, wir wollen gar nicht mehr Gas. – Das ist für ihn wunderbar. Er ist Gewinnmaximierer und kein Umsatzmaximierer.

Eines ist auch noch besonders schön: Sie helfen den Franzosen mit ihren Kernkraftwerken. Zum einen hat die EU jetzt beschlossen, dass diese nachhaltig sind. Zum anderen treffen die Franzosen die CO₂-Preise, die 8 Cent, überhaupt nicht.

Meine Damen und Herren, das ist das beste Programm, das Sie für Putin und für die Franzosen machen können.

Wissen Sie, was dann passiert? Dann haben Sie keinen Industriestrompreis von 4 Cent, sondern von 15 Cent und einen Endkundenpreis von 45 Cent. Das erkennen Sie jetzt schon. An der Börse können Sie die Preise bis in die Jahre 2027/2028 sehen. Im nächsten Jahr sind wir bei 14 Cent pro Kilowattstunde. Das sind die reinen Börsenstrompreise. Dazu kommt noch die EEG-Umlage, dazu kommen noch Steuern, dazu kommen Netzkosten etc. Bei der EEG-Umlage wollen Sie ein bisschen wegnehmen, aber das kommt dann aus einer anderen Tasche.

Das alles ist doch jetzt schon eingelagert. Bis zum Kalenderjahr 2028 sind die Preise bei über 9 Cent pro Kilowattstunde, und Sie fordern 4 Cent. Das ist überhaupt nicht mehr machbar.

Jetzt gibt es nur zwei Möglichkeiten, das Ganze wieder zu bereinigen:

Zum Ersten könnten Sie Kraftwerke wieder in den Markt bringen, aber nicht nur Gaskraftwerke. Sie brauchen einen breiten Energiemix. Sie brauchen die Braunkohle, Sie brauchen die Steinkohle, Sie brauchen Kernkraftwerke. Sie müssen das Gegenteil von Ihrer Abschaltspolitik machen, um den Preis wieder zu senken.

Zum Zweiten könnten Sie auf EU-Ebene wieder CO₂-Zertifikate in den Markt geben, wie Sie es schon vor ein paar Jahren gemacht haben. Da haben Sie verknappert. Sie müssten die Zertifikate jetzt entweder in den Markt geben oder das EU-Zertifikatesystem ganz abschaffen.

Denn am Ende profitieren die Franzosen. Da geht die Industrie hin wegen der günstigen Strompreise, während wir in Deutschland am Ende daniederliegen.

Ich spreche die Kritischen unter Ihnen an: Schauen Sie nach links und rechts. Schauen Sie sich an, wer das Ganze zu verantworten hat, wer die dümmste Energiepolitik der Welt zu verantworten hat. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Loose. – Für die CDU spricht der Abgeordnete Dr. Untrieser.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Sie, Herr Loose, davon sprechen, das sei die dümmste Energiepolitik, dann fällt mir dazu ein: Das war mit Abstand einer der dümmsten Beiträge, die ich seit längerer Zeit an diesem Podium hier gehört habe.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Es war wieder alles durcheinandergeworfen. Es war vielleicht an der einen oder anderen Stelle ein richtiger Ansatz, aber Sie vermengen, Sie vermischen alles.

Am Skurrilsten fand ich, dass Sie sagen: Die Energiekonzerne kommen aus dem Lachen nicht mehr heraus, weil sie sich jetzt eine goldene Nase verdienen. – Wenn Sie sich auskennen würden bei den Stadtwerken, bei vielen Energieversorgern, dann wüssten Sie, dass die gerade massive Probleme haben, weil die Preise so gestiegen sind und sie die Menschen mit Strom versorgen müssen.

(Helmut Seifen [AfD]: Das sind keine Energieerzeuger! Also, sagen Sie mal!)

Unterhalten Sie sich mal mit denen, wenn Sie in einem Aufsichtsrat sind – und die meisten der Kollegen hier sind ja im Aufsichtsrat von kommunalen oder anderen Unternehmen –, dann werden Sie feststellen, dass sie massive Probleme haben.

(Christian Loose [AfD]: Das sind keine Energieerzeuger!)

Sie sagen diesen Leuten, dass sie aus dem Lachen nicht mehr herauskommen. Sie verkennen völlig die Welt. Das ist ein Hohn für die Energieversorger in Nordrhein-Westfalen, und es ist auch ein Hohn für die Menschen, die auf vernünftige Energiepreise angewiesen sind, Herr Loose.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wahr ist – deswegen treffen wir uns heute Morgen sinnvollerweise zu dieser Debatte –, dass die Bürgerinnen und Bürger sowie auch die Unternehmen in diesem Land für Energie tiefer in die Tasche greifen müssen.

Ich danke der Landesregierung, dass sie mit ihrer Initiative im Bundesrat das Thema auch auf die Tagesordnung gesetzt hat. Denn natürlich gibt es Möglichkeiten, das Problem zu lösen, und wir kommen dazu.

Zu Jahresbeginn mussten Verbraucher also für Energie 20,5 % mehr zahlen als im Jahr davor. So meldet es dpa. Vor allem Heizöl ist stark im Preis gestiegen, um 51,9 %, Erdgas um 32,2 %. Das sind ganz markante Preissteigerungen.

Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen hat gerade in dieser Woche berechnet, dass sich allein für das Heizen für eine Familie mit einem normalen, durchschnittlichen Verbrauch von 20.000 Kilowattstunden Mehrkosten von 1.000 Euro ergeben. Benzin und Diesel haben sich auch stark verteuert; wir sehen das, wenn wir an den Tankstellen vorbeifahren. Die Spritpreise sind um 24,8 % gestiegen, Strom ist um 11,1 % gestiegen. Das bedeutet für eine Familie – das sind auch wieder Zahlen der Verbraucherzentrale – Mehrkosten von ungefähr 140 Euro, wenn man von einem Drei- bis Vierpersonenhaushalt ausgeht.

Die Gründe dafür sind allerdings vielfältig, und sie sind – das hat Herr Loose auch wieder nicht verstanden – vor allem in den Weltmärkten zu finden. Wir sehen weltweit, dass die Wirtschaft glücklicherweise wieder anzieht. Seit dem Frühjahr 2021, nach den harten Lockdowns überall auf der Welt, steigt die Nachfrage nach Energie. Das führt zu höheren Preisen.

Dann gibt es noch den China-Australien-Konflikt, es gibt Trockenheit in Südamerika und dort deswegen weniger Einspeisungen aus Wasserkraft. Alles das sind Ursachen und Gründe, die sich weltweit niederschlagen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Zu nennen ist natürlich auch der Konflikt mit Russland. Wir hatten heute Morgen in der Parlamentariergruppe NRW-USA eine Dame aus der US-Administration hier und haben uns darüber unterhalten, was die Situation in der Ukraine mit unseren Gaspreisen auf dem Weltmarkt macht. Selbstverständlich hat alles das Auswirkungen.

Gleichzeitig sind unsere Speicherstände relativ niedrig. Man hätte vermutlich mehr Gas einlagern müssen. Im letzten Jahr war die Erzeugung aus erneuerbaren Energien aber auch verhältnismäßig niedrig – wenig Wind und wenig Sonne. Auch das hat einen Preiseffekt. Wäre die Erzeugung höher gewesen, würde sich das auf die Preise auswirken.

Mit dem Anstieg vor allem der Gaspreise erhöhte sich auch der Strompreis an der Börse. Er war viermal so hoch wie zu Beginn des Jahres.

Meine Damen und Herren, was ist denn jetzt zu tun? Grundsätzlich glauben wir natürlich an den Markt. Wir können ihn auch gar nicht einschränken. Energie muss an den Weltmärkten gehandelt werden. Grundsätzlich ist es gut, dass Preise Knappheitssignale setzen und dann für eine gerechte Verteilung und Innovationen sorgen.

Deswegen ist auch die CO₂-Bepreisung mittels eines Marktes der einzig vernünftige Weg, wie wir in Europa zu einem wirksamen und effektiven Klimaschutz kommen. Es ist richtig, dass CO₂ einen Preis erhält. Der wird in der Zukunft auch ansteigen. Allerdings

muss dieser Preisanstieg einigermaßen so ausfallen, dass sich die Menschen kurz- und mittelfristig daran anpassen können.

Die letzte Bundesregierung hat sinnvollerweise mit der CO₂-Besteuerung einen Pfad aufgesetzt, dass CO₂ Jahr für Jahr ein bisschen teurer wird, aber so, dass die Verbraucher damit klarkommen. Das ist der richtige Weg.

Jetzt haben wir aber eine Situation, in der der Staat doch noch mal eingreifen muss, indem er die eigenen gesetzten Preisen senkt. Das sind im Energiebereich vor allem Steuern, Abgaben und Umlagen.

Wie gesagt, die Landesregierung hat in den Bundesrat Vorschläge eingebracht. Die möchte ich hier noch mal bekräftigen und nennen:

Erstens. Die EEG-Umlage muss abgeschafft werden, und zwar vollständig. Es ist ein erster Schritt gegangen worden. Zum 01.01. dieses Jahres ist die EEG-Umlage auf 3,7 Cent abgesunken. Der nächste Schritt wird vermutlich auch kommen. Aber bitte, liebe Bundesregierung, machen Sie das schnell. Wir brauchen eine vollständige Absenkung der EEG-Umlage, weil dadurch die Menschen entlastet werden.

Zweitens. Wir müssen die Stromsteuer senken bzw. ganz abschaffen. Auch die Stromsteuer ist eine anachronistische Regelung. Sie kommt aus einer Zeit, in der man meinte, Strom müsse teuer sein, damit man sorgfältig und sparsam damit umgeht. Die Stromsteuer heute ist aber nicht mehr vernünftig. Strom, der immer mehr aus erneuerbaren Energien kommt, muss günstiger werden. Deswegen muss die Stromsteuer möglichst schnell abgeschafft werden.

Drittens. Wir brauchen eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Energie. Denn wir haben gerade eine skurrile Situation. Die Preise sind hoch, und dadurch profitiert der Staat, weil er mehr Geld durch die Mehrwertsteuer einnimmt. Ich habe das Pi mal Daumen ausgerechnet. Im Haushalt des Bundesfinanzministers müssten allein dadurch, dass die Preise im Januar 2022 höher sind als im Januar 2021, zusätzlich 3 Milliarden Euro sein. Das ist letztlich Geld der Verbraucher bzw. des Steuerzahlers. Wir sollten dieses Geld durch eine Senkung der Mehrwertsteuer und der Energiesteuern wieder an die Bürger zurückgeben.

Ein vierter Punkt, den ich noch anführen möchte, ist etwas kompliziert, und ich glaube, den meisten Bürgerinnen und Bürgern ist er gar nicht bekannt. Es geht um das EEG-Konto. Das EEG-Konto ist mit ungefähr 12 Milliarden Euro prall gefüllt.

Präsident André Kuper: Die Redezeit, bitte.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Ich komme relativ schnell zum Ende.

Das ist ein Mechanismus, bei dem ein Windkraftbetreiber Geld vom Staat bekommen hat, und der Übertragungsnetzbetreiber hat den Strom an der Börse verkauft. In früheren Zeiten war es immer so, dass er dafür nicht genug Geld bekommen hat. Nun ist es andersherum. Die Preise sind so hoch, dass der Staat von diesen Einnahmen profitiert. Deswegen liegen 12 Milliarden Euro auf dem EEG-Konto. Wahrscheinlich wird das mit Ende der EEG-Umlage Mitte des Jahres oder Ende des nächsten Jahres auch nicht ausgeglichen werden.

Diese 12 Milliarden Euro ...

Präsident André Kuper: Herr Kollege, die Redezeit ist deutlich überschritten.

Dr. Christian Untrieser (CDU): ... müssen an die Verbraucher zurückgegeben werden. Wir werden sehr genau darauf achten, dass diese hohen Geldzahlungen an die Verbraucher zurückfließen. Das ist sinnvolle Energiepolitik, die die Verbraucher schützt. – Ganz herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Dr. Untrieser. – Für die FDP spricht der Abgeordnete Brockes.

Dietmar Brockes* (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die stark gestiegenen Energiepreise sind für Verbraucher und Unternehmen eine schwere Last und lassen sie mit Sorge in die Zukunft schauen. Die Energiepreise waren im Januar 20,5 % höher als im Vorjahreszeitraum. Allein Erdgas war mehr als 23 % teurer.

Nordrhein-Westfalen ist besonders von dem hohen Energiepreisniveau betroffen. Wir sind das bevölkerungsreichste Bundesland und größter Energie- und Industriestandort. Ein Drittel der energieintensiven Industrie Deutschlands ist hier beheimatet.

Die hohen Energiepreise gefährden sowohl die Akzeptanz der Energiewende bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern als auch die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und Betriebe.

Wirtschaftlich kommen wir gerade mit einigem Schwung aus der Coronakrise heraus. Die Auftragsbücher der Unternehmen sind voll, und alle Zeichen stehen auf Erholung der Wirtschaft. In Nordrhein-Westfalen werden in diesem Jahr voraussichtlich 100.000 neue Arbeitsplätze entstehen.

Aber die hohen Energiekosten drohen zum Bremsklotz für diese Erholung zu werden. Im produ-

zierenden Gewerbe sind viele Produktionsprozesse vom Gas als Energiequelle abhängig. Hohe Kosten und geringe Verfügbarkeit bremsen die Produktion. Aufträge können nicht termingerecht erfüllt werden. Viele Unternehmen können die gestiegenen Kosten nicht an ihre Kunden weitergeben, und bei einigen Unternehmen führt die Unsicherheit über die Kostensituation auch dazu, dringend notwendige Investitionen nicht zu tätigen.

Die hohen Energiepreise haben viele Ursachen. Dazu zählen coronabedingte Lieferengpässe oder auch die künstliche Verknappung beim Gas im Zuge der Ukraine Krise. Es gibt aber nicht nur externe Ursachen. Da müssen wir uns als Politik ehrlich machen. Die hohen Energiepreise sind auch hausgemacht. Wir leisten uns seit Jahren die teuersten Strompreise in Europa und die teuerste Energiewende der Welt. Den Ausbau der erneuerbaren Energien finanzieren wir mit der EEG-Umlage über die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Meine Damen und Herren, wir Freie Demokraten haben es immer gesagt und tun dies jetzt: Wir brauchen endlich Entlastungen bei den Energiekosten.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Deshalb freut es mich sehr, dass Bundesfinanzminister Christian Lindner nun für eine rasche Abschaffung der EEG-Umlage sorgen wird. Es freut mich aber auch, dass diejenigen, die jahrelang regiert haben und Entlastungen hätten durchführen können, das aber nie getan haben, dies nun ebenso unterstützen. Es freut mich, dass diejenigen, die die Abschaffung der EEG-Umlage immer als Frontalangriff auf die erneuerbaren Energien gesehen haben, nun dazu bereit sind.

Die Abschaffung der EEG-Umlage führt zu einer erheblichen Vereinfachung bei den Förderbedingungen für erneuerbare Energien und vereinfacht es auch, Speicher in unserem Land zu bauen, da ein großer Kostenfaktor wegfällt. Damit können wir den Ausbau der Erneuerbaren erheblich beschleunigen und mittel- bis langfristig die Energiepreise senken.

Die erneuerbaren Energien sind jetzt nahezu wettbewerbsfähig. Wir müssen nun endlich ihr gesamtes Potenzial entfesseln.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Eine Finanzierung über die Verbraucher ist dafür nicht mehr notwendig. Ich sage auch: Die Abschaffung der EEG-Umlage ist ein guter, ein wichtiger erster Schritt, es müssen aber weitere Entlastungen kommen.

Dazu muss die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß abgesenkt werden. Kurzfristig sollte auch über die Reduzierung der Mehrwertsteuer auf den Strompreis nachgedacht werden. Es ist gut,

dass die Landesregierung mit Professor Pinkwart dem Bund über den Bundesrat in der letzten Woche konkrete Vorschläge gemacht hat, wie die Versorgungssicherheit mit Gas gewährleistet werden kann.

Wir müssen mehr Reservebildung beim Gas durch größere Ausschreibungsmengen anreizen. Der Bund sollte den Aufbau einer nationalen Gasreserve prüfen, und wir müssen mehr Kapazitäten für Flüssiggas schaffen, damit wir nicht mehr so abhängig vom russischen Gas sind.

Meine Damen und Herren, wenn die Energiewende jetzt mit wettbewerbsfähigen Energiepreisen für die Industrie und erträglichen Strompreisen für die Verbraucherinnen und Verbraucher gelingen soll, dann müssen wir auch über Versorgungssicherheit und Entlastungen nachdenken. Dafür werden wir Freie Demokraten weiterkämpfen und so dafür sorgen, dass Nordrhein-Westfalen zum modernsten und klimafreundlichsten Industrieland in Europa wird, in dem es sich zu leben lohnt. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die SPD hat der Abgeordnete Herr Bell das Wort.

(Sarah Philipp [SPD]: Da geht er an der leeren Regierungsbank vorbei!)

Dietmar Bell (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Man fragt sich schon, Herr Loose, warum Sie einen Antrag auf eine Aktuelle Stunde aufgrund der Entscheidung des Gerichtes in Köln stellen, aber dann mit keinem Wort darauf eingehen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das, was Sie hier gemacht haben, war schlichtweg ein erratic und skurriler Auftritt,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ja!)

der der Würde dieses Hauses nicht entspricht.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN – André Stinka [SPD]: So ist das! – Zuruf von Christian Loose [AfD])

Sie sollten sich allen Ernstes etwas mehr prüfen, anstatt hier schauspielerisches Talent für Ihre Videodinger an den Tag zu legen. Ich glaube, das täte uns allen gut.

Ich möchte nur zwei Sätze zur Klarstellung zu Ihrem Antrag auf eine Aktuelle Stunde sagen. Sie haben in dem Antrag geschrieben:

„Ähnlich wie beim exemplarischen Fall Stromio GmbH, haben eine Reihe anderer Strom-Dis-

counter die Versorgung ihrer Kunden um den Jahreswechsel eingestellt und die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens beantragt.“

Ich will hier nur klarstellen: Die Stromio GmbH ist nicht insolvent. Der Verdacht besteht, dass die Stromio GmbH Strommengen, die sie für ihre Kunden beschafft hatte, schlichtweg auf dem Markt zu deutlich überhöhten Preisen veräußert hat und dann ihre Kunden nicht mehr beliefern konnte und wollte. Das ist skandalös und aus unserer Sicht rechtlich nicht haltbar. Dagegen hätten Sie hier mal auftreten und sich zum Fürsprecher dieser Kunden machen sollen.

(Beifall von der SPD und der FDP – Vereinzelt
Beifall von der CDU)

Deswegen – das will ich klar sagen – unterstützen wir die Forderung des VKU, zu prüfen, ob es hier eine weitere rechtliche Kontrolle braucht, um solche Vorgänge in Zukunft zu unterbinden. Das wird auf Bundesebene geprüft.

Der Antrag von CDU und FDP hat ja die Bundesratsinitiative der Landesregierung zum Thema in diesem Hohen Haus gemacht. Zeitgleich ist heute Morgen im Bundestag ebenfalls über die gestiegenen Energiepreise debattiert worden.

Ich will die Vielzahl an Initiativen und Debattenbeiträgen heute hier nicht wirklich benennen, sondern einige Punkte bezeichnen, die aus Sicht der Sozialdemokratie in diesem Haus bei der Frage, welche Punkte miteinander verabredet werden können, notwendig sind.

Deswegen als Erstes: Bei den zu ergreifenden Maßnahmen werden wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Frage der sozialen Dimension der gestiegenen Energiepreise deutlich gewichten. Es ist nicht egal, welche Lenkungswirkung avisierte Maßnahmen zur Begrenzung der Energiekosten haben. Die Zeit titelte am 10. Februar 2022: „Asoziale Kälte“. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten:

„Da im Moment so viel von der Monsterinflation die Rede ist, hier ein paar Zahlen zum Gruseln: Die ärmsten zehn Prozent der Haushalte in Deutschland haben in den zurückliegenden Jahren etwa 50 Euro im Monat für ihre Gasheizung ausgegeben, in diesem Jahr dürfte es fast das Doppelte sein, rund 90 Euro. Das wären dann fast 15 Prozent des durchschnittlichen verfügbaren Einkommens in dieser Bevölkerungsgruppe. Nur damit die Wohnung warm ist. Diese Berechnungen hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung angestellt, und sie zeigen: Die Energieversorgung wird in diesem Winter zur sozialen Frage. [...] Das teure Gas also zeigt: Die ökologische Transformation lässt sich nicht allein über Preise erzwingen. Zumindest nicht, wenn es dabei einigermaßen gerecht zugehen soll. In Preisen schlagen sich Angebot und Nachfrage nieder,

aber keine sozialen Wertmaßstäbe. Gas wird zwar für alle teurer, aber wer mehr Geld hat, den belastet das weniger. Haushalte mit einem mittleren Einkommen werden in diesem Jahr nur rund 5,7 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Heizkosten ausgeben müssen – weniger als halb so viel wie Geringverdiener.“

Deswegen will ich für uns sehr deutlich sagen, dass wir froh sind, dass die Bundesregierung diese Frage bereits mit dem entsprechenden Zuschuss für die Wohnkosten in den Blick genommen hat. Gleichzeitig sind in den letzten Tagen auch sehr interessante Diskussionsbeiträge hierzu erschienen. Ich will an den Diskussionsbeitrag des IMK der Hans-Böckler-Stiftung erinnern oder auch an den Diskussionsbeitrag des breiten zivilgesellschaftlichen Bündnisses, das gestern vorgeschlagen hat, die Einführung einer Klimaprämie entsprechend vorzuziehen. Diese Klimaprämie ist ja unter dem Begriff „Klimageld“ im Koalitionsvertrag entsprechend abgebildet. Ich darf auch daran erinnern, dass Svenja Schulze bereits 2019 für die Einführung einer Klimaprämie eingetreten ist und dafür geworben hat. Das war aber in der Großen Koalition nicht durchsetzbar. Das ist die Realität.

Deswegen wird es Zeit, und ich finde es richtig, dass diese Frage jetzt in den Fokus gerät und wir hier möglichst rasch Lösungen bekommen. Das betrifft auch – das will ich deutlich sagen – einen Mobilitätszuschuss, um die entsprechenden Auswirkungen der gestiegenen Energiekosten abzufedern. Wir brauchen hier eine soziale Kompensation in unserem Land.

Zweitens. Wir teilen die Auffassung, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in unserem Land durch die steigenden Energiekosten gefährdet ist. Ich will das ausdrücklich in Richtung des Wirtschaftsministeriums sagen. Das gilt natürlich besonders für die energieintensiven Industriebranchen, die in Nordrhein-Westfalen einen starken Besatz haben. Wir wollen einen starken Standort NRW sichern. Dazu gehören ausdrücklich auch wettbewerbsfähige Energiekosten. Insoweit gibt es hier keinen Dissens zu den Formulierungen der Bundesratsinitiative der Landesregierung.

Drittens – das geht in Richtung der FDP-Fraktion –. Die Frage der finanziellen Auswirkung auf den Bundeshaushalt wird natürlich gleichfalls zu diskutieren sein, aber das hat sicherlich auch die antragstellende FDP-Fraktion im Dialog mit dem Bundesfinanzminister im Blick.

Ich finde, zusammengefasst, dass es sich lohnt, hier über den besten Weg für eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen zu ringen. Es ist doch auch klar, dass hier bei den zu findenden Lösungen eine fraktionsübergreifende Zusammen-

arbeit sinnvoll wäre, alleine schon wegen der ausdifferenzierten politischen Situation im Bundesrat.

Einen Hinweis will ich mir noch in Richtung Herrn Dr. Untrierer erlauben. Zurzeit ist ja der Ruf nach Schnelligkeit sehr beliebt, aber nach vier Jahren Wirtschaftsminister Buddha Altmaier, der sich durch vieles, aber sicherlich nicht durch Dynamik ausgezeichnet hat, finde ich persönlich, dass die kritische Selbstreflexion der Union anders aussehen sollte.

(Beifall von der SPD)

Ich empfehle hier die avisierte Bescheidenheit und Gesprächsfähigkeit. Dann könnte zum Schluss bei dem Thema vielleicht etwas zusammengehen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Bell. – Für die Grünen spricht nun die Abgeordnete Frau Brems.

Wibke Brems^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe heute irgendwie den Eindruck gewonnen, CDU und FDP suchen ihre neuen Rollen. In Berlin ist die CDU nicht mehr in der Regierung, also müssen nun die Ministerpräsidenten der Länder ran und Anträge im Bundesrat stellen. Dann nimmt die CDU einen solchen eigenen Bundesratsantrag auch noch zum Anlass für eine Aktuelle Stunde heute im Landtag. Das ist natürlich effizient, aber ich habe mich schon gefragt, ob das wirklich Ihr Anspruch sein kann.

Die Frage der Energiepreise, die Ursachen des Anstiegs, die kurz- und mittelfristigen Handlungsmöglichkeiten der Politik sind eine sehr spannende Frage. Ich diskutiere das auch gerne mit Ihnen. Aber, alle von Ihnen geforderten Maßnahmen liegen in der Verantwortung der Bundesregierung. Sie präsentieren heute – Sie haben auch in der Diskussion nichts gebracht – keine einzige Maßnahme, wie Sie als Landesregierung die Menschen und Unternehmen entlasten könnten.

Ich finde das einfach nur schwach. Kaum ist die CDU im Bund in der Opposition, macht sie selbst das, was sie sonst gerne zum Anlass nimmt, nämlich sich hier der Diskussion zu verweigern und eine bundespolitische Debatte im Landtag zu führen. Spannend! Schwarz-Gelb ist in NRW anscheinend schon selbst auf dem Weg in die Opposition.

(Beifall von den GRÜNEN und Lisa-Kristin Kapteinat [SPD])

Aber, wie gesagt, ich lasse mich gerne auf die Diskussion ein und möchte einen Blick auf die Vorschläge von Ministerpräsident Wüst und Minister-

präsident Söder zum Umgang mit den Energiepreisen werfen.

Zunächst einmal die Frage der Abschaffung der EEG-Umlage. Das ist kein neuer Vorschlag, sondern ein Punkt, der längst in der Diskussion ist, auch in der Bundesregierung. Das wird die Haushalte und Unternehmen um bis zu 7 Milliarden Euro entlasten – das ist gut und richtig –, aber ist gleichzeitig – das muss man auch klar sagen – eine gewaltige Belastung für den Bundeshaushalt.

Dann kommen die beiden weiteren Forderungen obendrauf. Sie fordern eine Mehrwertsteuersenkung von 19 auf 7 %. Allein für den Strombereich würde das eine Belastung für den Bundeshaushalt von 11,8 Milliarden Euro zusätzlich bedeuten.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Haben aber auch Einnahmen!)

Wenn Sie dann noch die Stromsteuer quasi abschaffen wollen, dann hätten Sie eine weitere Belastung von 6,5 Milliarden Euro für den Bundeshaushalt.

Ich muss sagen: Ende des vergangenen Jahres hatte der mittlerweile Ex-Fraktionschef Ralf Brinkhaus die CDU noch als eine konstruktive und ausgewogene Oppositionspartei beschrieben. Ich frage mich aber: Konstruktiv? Ausgewogen? – Woher soll denn das ganze Geld dafür kommen? Dazu kein Wort von Ihnen. Ihre Vorschläge sind zudem nicht nur unseriös, sie sind auch ungerecht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn Sie wollen diese Milliarden dann im Gießkannenprinzip verteilen. Die gestiegenen Energiepreise belasten aber vor allem Haushalte mit niedrigem Einkommen. Sie gilt es zu entlasten, und darauf gehe ich gleich noch mal ein.

Gleichzeitig ist es so – das verkennen Sie hier und heute in dieser Debatte und in den entsprechenden Anträgen –, dass wohlhabendere Haushalte mehr Energie verbrauchen. Sie würden also von den von Ihnen vorgeschlagenen Entlastungen überproportional profitieren. Soziales Gewissen ist hier also Fehl-anzeige.

Die Vorschläge und Ideen, die es aus den grünen Ressorts der Bundesregierung gibt, haben dabei die soziale Gerechtigkeit im Blick und setzen da an, wo die Probleme wirklich liegen.

Noch einmal kurz zurück zum Thema „EEG-Umlage“. Hier geht es darum, dafür zu sorgen, dass diese Entlastung auch bei allen wirklich ankommt. Das ist gerade rechtlich zu prüfen. Damit nicht diese ganzen Milliarden bei den Energieversorgern bleiben, muss klargemacht werden, dass das weitergegeben wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dazu gibt es hier und an anderen Stellen keine Aussagen von Ihnen.

Ein weiterer Vorschlag auf Bundesebene von den grünen Ressorts ist ein Heizkostenzuschuss, der kommen wird. Hiermit entlastet die Bundesregierung gezielt und unbürokratisch Haushalte mit niedrigem Einkommen.

Ein weiterer Vorschlag: der Kindersofortzuschlag. Ich bin optimistisch, dass auch dieser kommen und insbesondere Familie mit Kindern effektiv entlasten wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dann kommen wir noch zum Thema „Aufteilung des CO₂-Preises zwischen Vermieterinnen und Mieterinnen“. Nachdem die GroKo da im letzten Jahr in der unsäglichen Diskussion – hauptsächlich verhindert durch die Union-Bundestagsfraktion – einfach nicht weiter gekommen ist, liegt jetzt wirklich ein konkreter Vorschlag auf dem Tisch. Ich bin sehr optimistisch, dass wir hier sehr bald eine faire Lösung sehen werden.

Ein weiterer Aspekt, der eben auch schon angesprochen wurde: Perspektivisch brauchen wir darüber hinaus das Klimageld, um weitere Entlastungen hinzubekommen.

Dann gäbe es auch noch Punkte, die Sie als Landesregierung in dieser Situation tun könnten. Sie könnten die Förderprogramme für Heizungsaustausch und energetische Sanierung aufstocken oder Angebote wie Stromspar-Checks der Caritas oder von Verbraucherzentralen unterstützen.

Sie aber machen es sich hier einfach nur bequem, indem Sie mit dem Finger auf den Bund zeigen – das kennen wir auch von anderen Debatten.

Die Bundesregierung wird ein sozial ausgewogenes Paket vorlegen, und zwar bald. Darauf können Sie sich verlassen. Dann sehen Sie hier mit Ihrem plumphen Populismus auch wirklich ziemlich alt aus.

(Beifall von den GRÜNEN)

Last but not least kann ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, nicht ersparen, wovor Sie sich, glaube ich, schon die ganze Zeit fürchten und was Sie auch immer nicht hören wollen: Die erneuerbaren Energien müssen schneller ausgebaut werden.

Gucken wir uns doch einmal an, woher die aktuell gestiegenen Energiepreise kommen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Wir sehen aktuell eine fossile Inflation. Das kommt nicht von der Energiewende, wie gerade die FDP ein bisschen suggeriert hat, sondern es gibt einen sprunghaften Anstieg der weltweiten Nachfrage nach

fossiler Energie und in der Folge eine Explosion vor allem der Erdgaspreise.

Das verteuert nicht nur die Wärmeversorgung, sondern die teuren Erdgaskraftwerke sind auch häufig an der Strombörse preissetzend.

Fakt ist aber: Die Blockade des Ausbaus der erneuerbaren Energien der Bundesregierung der letzten 16 Jahre hat uns in diese Situation geführt. Das ist hausgemacht, Herr Brockes, und nicht andere Aspekte.

(Zuruf)

Hätte Deutschland schon viel früher konsequent den Ausbau der erneuerbaren Energien unterstützt, wären wir heute schon wesentlich unabhängiger von den Preisentwicklungen der fossilen Energien.

(Dietmar Brockes [FDP]: Die EEG-Umlage war der Bremsklotz!)

– Herr Brockes, das ist totaler Quatsch, was Sie hier reinbrüllen. Das stimmt einfach vorne und hinten nicht.

(Dietmar Brockes [FDP]: Doch!)

Als Ihre FDP im Wirtschaftsministerium war,

(Dietmar Brockes [FDP]: Sie haben die ganzen anderen Erneuerbaren dadurch ausgebremst!)

haben Sie doch eine wirtschaftliche Entwicklung der erneuerbaren Energien ausgebremst. Das haben Sie doch gemacht. Natürlich.

(Beifall von den GRÜNEN und René Schneider [SPD])

In Ihrer Zeit ist die Verteuerung gekommen in der Photovoltaik, und es wurde nicht weiter daran gearbeitet, die erneuerbaren Energien auszubauen. Denn genau das ist es, was uns unabhängig macht und die Preise senkt.

Die Konsequenz muss doch sein, dass wir die Aufmerksamkeit darauf konzentrieren,

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

den Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen, denn sie drücken den Preis an der Strombörse. Damit sorgen sie für langfristig stabile und sinkende Preise.

Packen Sie sich also an Ihre eigene Nase, anstatt nach Berlin zu zeigen. Werden Sie hier aktiv, wo Sie Verantwortung tragen, und beenden Sie Ihre Erneuerbare-Energien-Blockade hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Brems. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Professor Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um auf die aktuell hohen Energiepreise zu reagieren und zukünftigen Energiepreiskrisen vorzubeugen, braucht es eine Mischung aus kurzfristigen und systembezogenen Maßnahmen.

Verbraucherinnen und Verbraucher wie Unternehmen sind von den aktuell hohen Energiepreisen erheblich betroffen. Beschaffungspreise für Strom und Erdgas in den Energiemärkten sind aufgrund verschiedener Ursachen – pandemiebedingte, konjunkturelle und technische Gründe, Wetterbedingungen und klimapolitische Beschlüsse sowie geopolitische Konflikte – drastisch gestiegen.

Um kurzfristig die Belastungen zu mindern und zukünftigen Energiepreiskrisen vorzubeugen, braucht es ein Paket dringlicher Maßnahmen, die von der nordrhein-westfälischen Landesregierung in den Bundesrat in der vergangenen Woche eingebracht worden sind.

Angesichts der enormen Anstrengungen, die nach bisherigen Zeitmaßstäben im Zeitraffer erfolgen müssen, bedarf es zudem einer Transformation auch der Politik, um Energie- und Klimaschutzmaßnahmen schneller umzusetzen.

Frau Brems, da reicht es nicht, mit dem Finger auf andere zu zeigen. Das ist schon ganz schön simpel.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie stellen in Baden-Württemberg seit 2013 den Ministerpräsidenten.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Dann gehen Sie doch nach Baden-Württemberg in den Landtag!)

Schauen Sie sich einmal den Ausbau der Erneuerbaren in einem Land an,

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das ist das einzige Argument? Ganz schwach!)

in dem die Steinkohleverstromung mittlerweile die Hauptenergieversorgung geworden ist,

(Zurufe – Glocke)

weil Sie die Erneuerbaren da nicht tatkräftig ausgebaut haben. Das muss man sich doch auch einmal bitte vor Augen führen!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Strom als Schlüssel ...

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sind wir in Baden-Württemberg am Landtag, oder was?)

– Naja, es ist doch bemerkenswert, wenn Sie sich das anschauen: Seit 2019 wird hier in Nordrhein-Westfalen ein Vielfaches mehr an Erneuerbaren ausgebaut als in Baden-Württemberg.

Dann hätten die doch längst vor uns sein müssen, wenn Sie uns hier glaubhaft und begründet kritisieren wollen.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Sie müssen nicht so schreien! – André Stinka [SPD]: Wir sind hier in NRW, Herr Pinkwart!)

– Dann bitte ich doch mal um Faktengegenüberstellung. Sie beschimpfen diese Landesregierung, wir täten nicht genug, und da, wo Sie mitregieren, bleiben Sie hinter allen Zielen zurück. Das ist doch Fakt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Strom als Schlüssel zur Klimaneutralität muss bezahlbar bleiben. Indem Strom immer wichtiger für die Erreichung der Klimaziele wird, muss er von staatlichen Steuern und Abgaben entlastet werden, und dies möglichst nachhaltig.

Eine in den letzten Jahren erheblich gestiegene Belastung stellt die EEG-Umlage dar. Daher begrüßen wir, dass sich die Bundesregierung auf den Weg macht, die EEG-Umlage möglichst noch zur Mitte dieses Jahres abzuschaffen.

Sie werden sich daran erinnern, dass ich hier wiederholt in den letzten Jahren genau auf diesen Punkt aufmerksam gemacht habe.

(Dietmar Brockes [FDP]: Genau!)

Denn sie verteuert nicht nur den Strom. Sie ist – Frau Brems, das habe ich auch wiederholt vorgetragen – in erheblichem Maße sozial ungerecht, denn sie belastet die Haushalte mit kleinen Einkommen um ein Vielfaches mehr als Haushalte mit mittleren und höheren Einkommen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dazu habe ich hier die RWI-Studie vorgetragen.

Ich weiß noch, als ich das in der Energieministerunde vor einigen Jahren vorgetragen habe. Da haben mich viele grüne Energieminister ganz ungläubig angeschaut, was ich mit dem Thema dort wollte. Jetzt kommen wir endlich dazu, dass die Umlage abgeschafft wird, und das ist vor allem aus sozialen Gründen der richtige Schritt.

Aber es ist auch der richtige Schritt mit Blick auf die Förderung der erneuerbaren Energien, denn das EEG hat mittlerweile nicht mehr zwölf Paragraphen wie 2002, sondern 100 Paragraphen. Die meisten Paragraphen des EEG sind geschaffen worden, um die EEG-

Umlage einigermaßen organisieren zu können. Das ist mittlerweile so kompliziert geworden wie das deutsche Steuerrecht. Das ist doch in Wirklichkeit der Fall.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Deswegen müssen wir raus damit, damit wir die Erneuerbaren wieder einfacher fördern können in unserem Land.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Wir müssen dort auch raus, weil der Mittelstand stark betroffen wird, der nämlich nicht die Entlastung von der EEG bekommt. Auch müssen die Betriebe endlich einen Weg gewiesen bekommen, die eine Sonderregelung hatten, dann Energie eingespart haben mit der Folge, dass sie dann die EEG-Umlage bezahlen mussten. Das ist auch widersinnig, wenn wir wirklich ernst machen wollen mit Energieeinsparungen und Klimaschutz.

Das muss jetzt endlich abgeräumt werden. Für Nordrhein-Westfalen heißt das ...

(Zuruf)

Frau Brems, Sie haben gefragt, worüber reden wir hier. Wir reden nicht über den Bund, wir reden auch über Nordrhein-Westfalen,

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Ja, eben!)

denn es betrifft uns alle – 18 Millionen Menschen hier.

Wenn die EEG-Umlage fällt, wird Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr um 4 bis 5 Milliarden Euro entlastet: die Verbraucherinnen und Verbraucher, der Mittelstand und der industrielle Mittelstand, der in den vergangenen 20 Jahren Millionen in die EEG-Umlage gezahlt hat, die man besser in die Innovation der Betriebe hätte investieren können.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Natürlich setzen wir uns auch für weitere Senkungen von Energiekosten ein, die auch schon von Herrn Untrierer und Dietmar Brockes genannt worden sind, zum Beispiel im Bereich der Stromsteuer.

Darüber hinaus gibt es viele weitere Vorschläge für die dringend notwendigen kurz-, mittel- und langfristigen Entlastungen, die auch in der Debatte genannt worden sind.

Entscheidend ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die Richtung und die Wirkung stimmen. Die Strompreise müssen runter – jetzt und für die Zukunft. Das muss das Ziel unseres Handelns sein.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir haben natürlich auch Ungerechtigkeiten und Unzulänglichkeiten gesehen bei der Thematik „Grundversorgung“. Ich habe hier deutlich gemacht – hier ist auch das Land zuständig, die Landeskartellbehörde –, dass wir auch im Rahmen der Missbrauchskontrolle darauf achten werden, dass für diejenigen, die in die Grundversorgung gehen mussten, die Tarife angemessen gestaltet werden, dass vor allen Dingen, wenn die Strompreise an den Märkten wieder heruntergehen, auch schnell die Grundversorgungstarife angepasst werden. Das wird das Landeskartellamt entsprechend überprüfen, auch im Nachhinein. Auch das halte ich für wichtig, damit es für unsere Verbraucherinnen und Verbraucher fair zugeht.

Was wir uns noch wünschen würden, ist, dass es auch für Unternehmen die Möglichkeit gibt, eine Art Kontrahierungszwang auch bei den Grundversorgern zu finden. Das Problem ist bislang noch nicht gelöst. Hier sind wir mit dem Bund und den anderen Ländern im Gespräch, ob wir hier auch gerade für die kleinen Betriebe Lösungen anbieten können.

Entscheidend wird sein, damit wir die Strompreise mittel- und langfristig nach unten bekommen und dort stabil halten, dass wir zweierlei tun. Das eine ist, wir müssen bei den Erneuerbaren schneller vorankommen, wir müssen schneller vorankommen beim Netzausbau, wir müssen schneller vorankommen bei den Speichern, die wir brauchen, und wir müssen auch schneller vorankommen bei der Schaffung eines Kapazitätsmarktes. Wenn wir idealerweise 2030 aus der Kohle herauswollen,

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

dann müssen wir jetzt auch neue Gaskraftwerke bauen, und dafür brauchen wir gesicherte Rahmenbedingungen. Nur dann wird es möglich sein, dass die Preise stabil bleiben.

Und beim Gas? Hier möchte ich vier Punkte nennen:

Erstens. Damit wir Gas in hinreichender und bezahlbarer Weise verfügbar haben, muss der Import von Flüssiggas ausgeweitet werden. Hierzu können die bestehenden LNG-Anlandeterminals in Seebrügge und Rotterdam besser ausgelastet werden. In Deutschland müssen die avisierten Projekte weiterentwickelt werden. Dies wird aber ohne ein staatliches Anreizsystem für den Ausbau der LNG-Terminals kaum möglich sein. Hier muss die Bundesregierung handeln.

Zweitens muss die Gasinfrastruktur Pipelinespeicher erhalten und ausbauen, auch um den Übergang von Erdgas zu klimaneutralen, wasserstoffbasierten und synthetischen Gasen abzusichern. Vor allem in Verbindung mit dem Import klimafreundlicher Gase können neue Möglichkeiten des Bezugs aus den Niederlanden und Norwegen sowie mittel- und langfristig

aus dem arabischen und afrikanischen Raum entstehen. Da war auch gestern die große Afrika-Europa-Konferenz von entscheidender Bedeutung. Wir müssen enger zusammenrücken, auch in diesem Themenfeld.

Drittens – und das ist mir ganz besonders wichtig – muss die Reservebildung deutlich verbessert werden. Bedingt durch das aktuelle Marktdesign ist kein Markt im Moment dafür verantwortlich, frühzeitig ausreichende Gasmengen für die deutsche Gasversorgung in Speichern einzulagern. Anstelle einer strategischen Reserve wurden auf Bundesebene Ausschreibungsoptionen für kurzfristige sogenannte Short-Term-Balancing-Services und für langfristige Lieferungen zum Ende des Winters Long-Term-Options eingeführt, um Reservebildungen anzureizen. Diese müssen frühzeitig und in ausreichender Höhe ausgeschrieben werden, um bei einem strengen Winter eine Mindestkapazität zum Ende der Heizperiode sicherzustellen.

Ebenso halte ich eine strategische nationale Gasreserve als Ultima Ratio der Gasversorgungssicherheit für notwendig. Ich habe dies bereits vor Monaten an den Bundesenergieminister herangetragen. Eine entsprechende Prüfung dieser Maßnahme ist Teil unserer Bundesratsinitiative.

Viertens – und auch hier können wir als Land und auch die Kommunen sehr viel tun –: In den Haushalten müssen die Nah- und Fernwärmesysteme beschleunigt auf eine dezentrale Versorgung durch alternative Wärmequellen wie Biomasse, Großwärmepumpen, Geothermie oder auch Abfallverbrennungsanlagen und Abwärmenutzung von Industrieunternehmen umgestellt werden.

Wenn Gas für uns so wichtig ist und auch für die Stromversorgung weiter wichtiger wird, müssen wir Gas auf eine breitere Grundlage stellen. Wir brauchen viele Lieferquellen für das Gas, wir brauchen sichere und bezahlbare Lieferquellen. Hier muss Deutschland, die Länder, wir alle besser werden. Ich glaube, das haben wir in den letzten Monaten gespürt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Letzter Gedanke – ich habe das auch im Bundesrat vorgetragen –: Wir müssen uns ehrlich machen, und ich will das als Ihr Energieminister sagen. Wir haben das wiederholt in der Debatte gehabt. Wir haben uns noch einmal – Bund und Länder – ehrgeizige Klimaziele gesetzt. Wir haben uns das Ziel gesetzt, aus der Kernenergie auszusteigen. Vor uns liegen wenige Jahre bis 2045, bis zur Klimaneutralität. Das sind noch 23 Jahre. Wir müssen – Bund und Länder und diese Gesellschaft – jetzt auch den Mut aufbringen, in all das, was wir brauchen und was uns auf Dauer niedrigere und stabilere Energiepreise bringen wird – davon bin ich felsenfest überzeugt, und das sagen auch alle Experten –, zu investieren. Der Weg dahin muss noch besser gestaltet werden. Wir brauchen

die Verkürzung von Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsverfahren. Deutschland muss jetzt die Ärmel hochkrempeln und gemeinsam handeln, dann haben wir auch eine große Chance, klimaneutral und bezahlbar sicher Energie für unsere Menschen zur Verfügung zu stellen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister Professor Pinkwart. – Durch die Überziehung der Redezeit der Landesregierung haben nachfolgende Rednerinnen und Redner die Möglichkeit, bis zu vier Minuten zu überziehen.

Die nächste Reihe der Anmeldungen kommt aus der CDU-Fraktion. Der Abgeordnete Herr Hovenjürgen hat das Wort.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Aber nicht so schreien!)

Josef Hovenjürgen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erst einmal herzlichen Dank, Herr Professor Pinkwart, für die klaren Worte und natürlich auch für die Bereitschaft, zu sagen, wir müssen uns ehrlich machen. Das sollten wir alle im Hause beherzigen.

Deswegen auch meine erste Zuwendung an Sie, Frau Brems: Es wäre schön, wenn wir uns alle gemeinsam ehrlich machten, und dazu gehört im Übrigen zum Beispiel auch, Frau Brems, hier nicht die Ausfallbürgschaft des Landes zu fordern, wenn man selbst auf Bundesebene die KfW-Mittel zusammenstreicht. Da sollte man dann auch die Ehrlichkeit besitzen, das hier mal zu sagen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: War das nicht Herr Altmaier? Das war Herr Altmaier!)

Oder ein weiterer Hinweis: Wir haben die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, in alternative Heizformen zu investieren. Wir haben sie zum Beispiel in den letzten zwei Jahrzehnten aufgefordert, Pelletheizungen zu installieren, und müssen jetzt lesen, dass das Bundesumweltamt auffordert, dieser Förderung einzustellen und keine Förderungen für Holzpellettheizungen zu machen. Da muss sich jeder, der sich dort auf den Weg gemacht hat, fragen: Wofür eigentlich? Das gehört zum Ehrlichmachen mit dazu, Frau Brems.

(Beifall von der CDU)

Dass wir den Mut besitzen, aus der Kernkraft auszusteigen, ist das eine, dass wir aber nicht den Mut besitzen, schon heute zu sagen, wie wir mit dem Müll verfahren, das andere. Dass wir uns gemeinsam auf ein Verfahren geeinigt haben,

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

das bis 2050 geregelt zu haben, zeigt, dass wir alle gemeinsam wissen, was auf uns zukommt, wenn wir den Standort für ein Endlager festlegen müssen, was wir dort erleben werden. Deshalb glaube ich, wir haben alle gemeinsam eine Verantwortung für die Energiepolitik, für das, was auf uns zukommt. Herr Bell, da bin ich bei Ihnen, wir müssen das parteiübergreifend lösen, aber dann muss man sich auch auf den Weg machen, das zu wollen. Sie haben Herrn Altmaier als Buddha betitelt. Sie wissen, dass Buddha übersetzt „Der Erwachte“ heißt. So viel Ehre hätte ich Ihnen gegenüber Herrn Altmaier gar nicht zugetraut.

(Beifall von der CDU)

Insofern an dieser Stelle auch noch mal die Bereitschaft, das zu tun, aber dann muss man dies auch gemeinsam leisten.

Zur Wahrheit gehört auch dazu, dass wir natürlich bei der Energiewende – wir haben uns auf den Weg gemacht, und das war eine gemeinsame Haltung, dass wir das wollen – die Menschen und die Folgen, die auf sie zukommen, nicht aus den Augen verlieren dürfen. Das gilt insbesondere für die wirtschaftlich Schwächsten. Deswegen finde ich es gut, dass die Bundesratsinitiative Nordrhein-Westfalens stattgefunden hat und wir auch eine gewisse Zustimmung Ihrerseits – so habe ich Sie verstanden, Herr Bell – zumindest zum großen Teil zur Kenntnis nehmen konnten. Das ist auch gut so.

Richtig ist aber auch – und da bin ich wieder bei Frau Brems –, dass die Energiekostenentwicklung nicht nur die Ärmsten trifft, sondern jeden, der sich jeden Tag auf den Weg macht, der sein Auto nutzen muss, jeden, der pendelt, jeden, der eine junge Familie hat, jeden, der ein Haus gebaut hat. Alle sind im Bereich der Kostenentwicklung letztendlich davon betroffen. Ich kann nur sagen: Auf sie haben wir Rücksicht zu nehmen. Wir können nicht rücksichtslos über die Befindlichkeiten und über die fiskalischen Problemstellungen in den Familien hinweggehen, sondern wir müssen zur Kenntnis nehmen, wir dürfen die Menschen mit den Energiekosten nicht überlasten. Ich bin froh, dass die NRW-Koalition dies so klar benennt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen noch einmal der Hinweis: Wir haben die Möglichkeit, diese Energiewende zum Erfolg zu verhelfen. Dazu gehört es, sich ehrlich zu machen, dazu gehört, die Schwierigkeiten zu benennen, dazu gehört dann aber auch, die Bereitschaft zu entwickeln, die dafür notwendigen Maßnahmen zu flankieren. Der Wirtschaftsminister hat es eindeutig gesagt: Dazu brauchen wir die Verkürzung von Planungszeiten, und dafür brauchen wir auch die Akzeptanz von Vorhaben. Wenn ich Verkehr von der Straße bekommen will, brauche ich zusätzliche Schienenstrecken. Wenn ich diese Schienenstrecken bauen will, muss

ich sie bauen können. Ich muss sie in vertretbarer Zeit bauen können, und ich darf dann vor Ort nicht den Widerstand organisieren, dass sie gebaut werden. Das ist nämlich Verlogenheit in der Politik, wenn das dann so stattfindet.

(Beifall von der CDU und Dietmar Brockes [FDP] – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Eine Energiewende, lieber Herr Kollege Mostofizadeh, muss man zu Ende denken. Dazu muss man Bereitschaft entwickeln, eine Konsequenz an den Tag zu legen,

(Zuruf von Christian Loose [AfD] – Weitere Zurufe – Glocke)

dass die Maßnahmen auch umgesetzt werden können. Diese Konsequenz vermisste ich insbesondere bei den Grünen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Denn immer, wenn es vor Ort um die Realisierung von Maßnahmen geht, sind Sie die Ersten, die Widerstand leisten. Das ist Ihr großes Problem in der Realität, um das mal ganz deutlich zu sagen. Das geht bis zu Windrädern, die Sie bekämpfen und die vor Ort Kritik auslösen. Am Ende besteht immer das Problem: Wenn es vor Ort zum Schwur kommt, sind diejenigen, die auf keinen Fall dabei sind, sehr häufig die lieben Kollegen der Grünen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist ein lächerlicher Anwurf!)

– Lächerlicher Anwurf? – Lieber Kollege,

(Zurufe)

ob es die Pipelines sind, die wir benötigen, um Stoffe von A nach B zu transportieren,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Erbärmlich!)

gegen die Sie sich zur Wehr setzen, oder Oberleitungen, die geführt werden sollen. Sie setzen sich dagegen zur Wehr, dass der Strom von der Nordsee und von der Ostsee letztlich ins Binnenland kommt.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wo?)

All das führt zu Widerstand bei den Grünen vor Ort, bei Umweltverbänden etc.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Nein! Markus Söder macht das!)

Machen Sie sich an dieser Stelle ehrlich. dann sind wir ein ganzes Stück weiter!

(Zurufe von Thorsten Schick [CDU] und Dietmar Brockes [FDP])

Diese Konsequenz erwarte ich dann auch. Hier in Düsseldorf die Forderung an die Landesregierung

aufzustellen, etwas zu bewegen, aber vor Ort keinen Beitrag zu leisten, dass man schnell genug und zügig genug weiterkommt, ist einfach in hohem Maße unehrlich.

Wenn Sie sich ehrlich machen, sich in einer gewissen Art und Weise einfach mal in die Reihe begeben und ernsthaft sagen würden „Wir ziehen das gemeinsam durch, wir leben auch mit dem Widerstand vor Ort, weisen ihn zurück und suchen nach Wegen, wie wir Planungsvorhaben beschleunigen können“,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Genau! Jetzt aber!)

dann kämen Sie zur Gesprächsernsthaftigkeit zurück. Bis heute habe ich sie nicht erkannt – ganz im Gegenteil: Was Sie mit Ihrem Regierungshandeln in den sieben Jahren bis 2017 auf den Weg gebracht haben, lag am Tag, nachdem Sie aus der Regierung ausschieden, schon nicht mehr in Ihrer Verantwortung.

Den Braunkohlentagebau haben Sie mit Ihrem Koalitionspartner begleitet. Am Tag, an dem Sie in die Opposition gekommen sind, hatten Sie mit allen Entscheidungen nichts mehr zu tun.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Das nenne ich unehrliche Politik. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Hovenjürgen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Brems.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Schön für den Parteitag; interessiert draußen nur keinen Menschen! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Ich nehme das als Lob, Herr Kollege!)

Wibke Brems^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es schon bemerkenswert, dass CDU und FDP eine Aktuelle Stunde beantragen, dann aber inhaltlich nicht wirklich etwas zu den Punkten beitragen, sondern sich ausschließlich an uns abarbeiten. Das scheint an dieser Stelle die Priorität zu sein.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Weil eben die Forderung angeklungen ist, sich ehrlich zu machen, möchte ich gerne auf die Energiepreise eingehen und darauf, wer eigentlich wie entlastet werden sollte. Wir Landtagsabgeordnete, die Leute auf der Regierungsbank, wir alle sind die Wohlhabenden in diesem Land. Wir sind nicht diejenigen, die bei den Energiepreisen als Allererste entlastet werden müssen. Nein, warum sollten wir denn

genauso entlastet werden wie die alleinerziehende Mutter, die die Belastung wirklich spürt? Wir müssen an der Stelle doch sozial gerecht sein und nicht einfach mit der Gießkanne vorgehen.

(Beifall von den GRÜNEN und Lisa-Kristin Kapteinat [SPD])

Unter diesem Aspekt müssen wir auch über einen besseren Schutz vor Strom- und Gassperren sprechen. Es darf nicht sein, dass Kinder in Deutschland im Winter in einer unbeheizten Wohnung lernen müssen. Das ist ein wichtiger Aspekt, den wir angehen müssen.

Wir müssen dann auch über die Regulierung und das Verhalten von Energieversorgern sprechen. Ich finde es schon bezeichnend, dass auch die Regulierungskammer von Nordrhein-Westfalen noch im November in einer Pressemitteilung deutlich gemacht hat, dass höhere Preise für Neukunden völlig in Ordnung seien. Das wurde daraufhin ja auch umgesetzt.

Das hat viele Menschen wirklich vor die nächsten Probleme gestellt, die nämlich von den unlauteren Methoden mancher Anbieter betroffen waren, in die Grundversorgung zurückgefallen sind und wie in meiner eigenen Kommune auf einmal bei Strompreisen von über 90 Cent pro Kilowattstunde gelandet sind. Dem muss von den entsprechenden Behörden Einhalt geboten werden; dafür gibt es auch hier in Nordrhein-Westfalen eine Verantwortung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich bin auch der Meinung – das habe ich eben beim Thema „EEG-Umlage“ angesprochen –, dass es nicht sein kann, dass die Politik für Entlastungen sorgt und davon am Ende die Energieversorger profitieren, nicht aber die Menschen. Wir müssen schauen, ob es eine effektivere Kontrolle der Preise auf den Energiemärkten durch die Bundesbehörden geben muss, aber an manchen Stellen auch durch die Länder, wo sie zuständig sind.

Ich halte es schon für ein krudes Verständnis von Marktwirtschaft, das sich hier und heute wieder einmal auch bei CDU und FDP zeigt: Bloß keine Eingriffe in den Markt, obwohl klar ist, dass Sachen nicht funktionieren. Der Staat soll, bitte schön, mit Milliarden Euro in die Bresche springen. – Ich finde, das ist ein seltsames Vorgehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte darauf zurückkommen, was Sie uns hier vorwerfen. Dass Sie immer wieder Ihre Leier von Baden-Württemberg aufgreifen, ist schon ein bisschen peinlich.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh! – Dietmar Brockes [FDP]: Regieren Sie da nicht mehr?)

– Wir sind hier im Land Nordrhein-Westfalen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Ah!)

Ich regiere nicht in Baden-Württemberg.

(Dietmar Brockes [FDP]: Dann gucken wir doch mal, was Sie an Erneuerbaren ausgebaut haben!)

Wir sind doch für dieses Land verantwortlich. Der Minister ist für dieses Land verantwortlich und kann doch nicht immer auf andere zeigen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie dürfen hier nicht nur ankündigen,

(Unruhe – Glocke)

sondern müssen die Hemmnisse für den Ausbau der erneuerbaren Energien wirklich beenden. Sie müssen konkrete Vorschläge auf den Tisch legen. Herr Minister Pinkwart, ich habe dazu seit den Ankündigungen vom Dezember noch nichts gehört.

Ich glaube, dass die nächste Woche, in der Wirtschaftsminister Robert Habeck zu Ihnen kommen wird, etwas unangenehm werden dürfte; dann können Sie sich nämlich auch nicht herausreden. Jedes Bundesland ist verantwortlich, auch dieses. Sie müssen mit konkreten Vorschlägen kommen und können nicht immer nur auf Baden-Württemberg zeigen.

(Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie)

Zeigen Sie hier Verantwortung, und zeigen Sie, was hier geht! Im Industrieland Nordrhein-Westfalen können wir die erneuerbaren Energien ausbauen, und zwar schneller, als Sie bisher gesagt haben. Es reicht nicht, immer nur anzukündigen, sondern es muss endlich gemacht werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Jetzt, Herr Kollege Haupt, haben Sie für die FDP-Fraktion das Wort.

Stephan Haupt (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die gestiegenen Beschaffungspreise für Strom und Erdgas sind in der Tat eine riesige Belastung für die Menschen in unserem Land. Sie sind eine Belastung, die bis tief in die Mitte unserer Gesellschaft reicht und Privatleute und Betriebe trifft.

Sie treibt die Leute auch zu Recht um. Die Bürgerinnen und Bürger wollen eine verlässliche und berechenbare Lösung des Problems – das hat der Minister gerade auch zu Recht gesagt –, denn schließlich sind Energie und Wärme nicht irgendein Produkt, sondern sie sind ein Grundbedürfnis von uns allen, auf das wir gar nicht verzichten können. Bei einem

solch ernsten Thema hätte ich mir von Ihnen, Frau Brems, etwas weniger Wahlkampf gewünscht.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP] und Josef Hovenjürgen [CDU] – Lachen von Josefine Paul [GRÜNE] und Verena Schäffer [GRÜNE])

Selbst von der AfD hätte ich mir etwas mehr Substanz gewünscht – es ist zwar naiv, von der AfD Substanz zu erwarten – und etwas mehr Mühe bei der Beantragung der Aktuellen Stunde.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Sie setzen sich nämlich inhaltlich erst gar nicht mit dem Problem auseinander, sondern nehmen eine reißerische Überschrift,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

die gar nichts mit dem Inhalt zu tun hat,

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

und stellen den Sachverhalt nur rudimentär dar. Das wird den ernststen Sorgen der Verbraucherinnen und Verbraucher nicht gerecht.

(Beifall von der FDP und von Thorsten Schick [CDU] – Zuruf von Helmut Seifen [AfD] – Zurufe von den GRÜNEN – Glocke)

Wie das geht, wenn man sich ernsthaft mit den Problemen der Bürgerinnen und Bürger auseinandersetzt,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Kalendersprüche!)

können Sie im Antrag der Koalition aus FDP und CDU zu dieser Aktuellen Stunde sehen; die Drucksache liegt Ihnen vor.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die EEG-Umlage ist bereits erwähnt worden; sie schlägt mit einem Anteil von 10,7 % bei der Strompreiszusammensetzung zu Buche. Die Bundesregierung will mit dem Vorziehen der Abschaffung der EEG-Umlage zu einer wichtigen Entlastung beitragen. So sinkt seit Jahren zum ersten Mal der Anteil der Steuern und Abgaben auf Strom von 51 % auf 40 %. Daran sieht man, dass es durchaus richtig ist, dass bei Rot-Grün auch die FDP mit in der Regierungsverantwortung ist.

(Beifall von der FDP)

Auch der schon beschlossene Heizkostenzuschuss für arme Menschen in unserem Land geht in die richtige Richtung; er ist ein erster Schritt. Aber damit wird es nicht getan sein. Was wir brauchen, ist eine dauerhafte berechenbare Lösung, damit steigende Energiekosten im Wohngeld abgebildet werden können.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Zudem müssen wir schauen, dass eine Überprüfung des Energiekostenanteils in den Regelsätzen nach dem Sozialgesetzbuch entsprechend Berücksichtigung findet.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Richtig!)

Die Energiefrage darf nicht zur sozialen Frage werden;

(Beifall von der FDP und Josef Hovenjürgen [CDU])

denn die Energiekosten sind die Brotkosten des 21. Jahrhunderts.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wie stark Geringverdiener belastet sind, hat der Kollege Bell schon gerade gesagt. Sie geben mittlerweile gut 15 % ihres Einkommens allein dafür aus, dass die Wohnung warm wird. Viel größer aber ist der Anteil derjenigen, die keinen Anspruch auf Leistung haben, die jeden Tag trotz eher kleineren Einkommen arbeiten gehen, aber nur ein unterdurchschnittliches Einkommen haben.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: So ist es!)

Wir dürfen diese Menschen nicht vergessen, die etwas zu viel für die staatlichen Leistungen verdienen.

(Beifall von der FDP, Josef Hovenjürgen [CDU] und Thorsten Schick [CDU])

Es braucht faire Energiepreise sowohl durch Entlastungen bei den Energiekosten – etwa bei der Mehrwertsteuer auf Energie oder der Stromsteuer – als auch durch faire Wettbewerbsbedingungen. Da sind wir ganz bei Ihnen auf dem Energiemarkt.

Energielieferanten, die plötzlich die zugesagte Belieferung ihrer Kunden einstellen, um eingekaufte Energie auf dem Strommarkt zu Höchstpreisen zu vergolden, sind auch aus Sicht der FDP natürlich nicht hinnehmbar.

(Beifall von der FDP, Josef Hovenjürgen [CDU] und Thorsten Schick [CDU])

Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht darauf, dass die Verträge, insbesondere im Energiemarkt, Bestand haben und eingehalten werden. Es ist eben nicht hinnehmbar, dass unseriöse Anbieter sich zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher einen Wettbewerbsvorteil verschaffen. Wir brauchen einen fairen Wettbewerb der Seriösen und Ehrlichen zugunsten der Verbraucher. Da bin ich auch froh, dass die Verbraucherzentrale diesen Wettbewerb mit uns zusammen auch unterstützt.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die heutige Situation auf dem Energiemarkt ist einer Vielzahl von

Faktoren geschuldet und sehr komplex – scheinbar zu komplex für den einen oder anderen Redner hier heute. Aber wir alle stehen in der Pflicht,

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Dort, wo die Politik diese Faktoren beeinflussen kann, unsere Möglichkeiten auch zu nutzen, und zwar egal, auf welcher Ebene, ob Land, ob Bund, ob EU, und egal, wer da regiert. Da geht mein besonderer Appell an Sie, liebe grünen Kolleginnen und Kollegen: Setzen Sie sich bitte auf Bundesebene bei Ihren skeptischen Bundestagsabgeordneten dafür ein, dass die EEG-Umlage auch tatsächlich zum 1. Juli abgeschafft wird. Da sind Sie genauso in der Verpflichtung wie wir alle.

(Beifall von der FDP)

Das sind wir unseren Unternehmerinnen und Unternehmern und insbesondere unseren Bürgerinnen und Bürgern hier in unserem Land auch schuldig. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Haupt. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Loose.

Christian Loose* (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben eben von mir die Gründe gehört, warum die Strompreise so hoch sind. Allen voran sind dies die hohen CO₂-Preise und die Verknappung des Stromangebotes durch die Abschaltung von Kohle- und Kernkraftwerken. Dass ein Herr Untrieser das nicht versteht, dafür kann ich nun mal nichts. Schließlich kennt er noch nicht einmal den Unterschied zwischen Stromerzeuger und Vertriebsgesellschaften, die am Ende den Strom nur verkaufen.

Nun möchte ich Ihnen aber erzählen, was diese hohen Preise für die Menschen bedeuten. Eine mir bekannte Rentnerin hat Ende November ihren Lebenspartner verloren. Nach dem Todesfall ging die Dame zu den Stadtwerken hin, um den Abschlag zu reduzieren, da sie ja als Einzelperson deutlich weniger Strom verbraucht. Die 89 Euro Abschlag waren ihr zu hoch, und sie hat gebeten, das auf 50 Euro zu reduzieren. Da hat die Kundenberaterin gesagt: Ja, das machen wir. Kommen Sie in zwei Wochen wieder, dann haben wir das Ganze fertig gemacht.

Nach zwei Wochen ging die Dame wieder hin, am 21. Dezember, und hat dann etwas unterschrieben, auf dem auch ein Abschlag von 50 Euro stand. Diese Frau hat sich riesig gefreut, bis ich mir den Vertrag vor drei Wochen angeschaut habe. Ja, der Abschlag wurde von diesen Stadtwerken von 89 Euro auf 50

Euro reduziert. Aber der Strompreis ist von 33 Cent auf über 70 Cent erhöht worden – im gleichen Zuge.

(Helmut Seifen [AfD]: Wahnsinn!)

Diese Frau hat eine Rente, die knapp unter der Pfändungsfreigrenze, knapp über den Hartz-IV-Sätzen liegt. Diese Frau kann den Stromversorger nicht wechseln, weil sie keine ganz so gute SCHUFA hat. Und das wusste der Grundversorger, denn er hatte kurz zuvor noch eine SCHUFA-Abfrage gemacht – kurz zuvor.

Doppelte Strompreise und die finanzielle Notlage dieser Person, Herr Untrieser – das wissen Sie sicherlich als Jurist –, das sind zwei Tatbestandsmerkmale für sittenwidrige Geschäfte – zwei Tatbestandsmerkmale. Und diese Stadtwerke sind zu 100 % in kommunaler Hand, zu 100 % in Hand der Kommune, Herr Bell. „Starker Staat“ sagen Sie immer.

Hier handelt es sich nicht um eine Frau, die vorher bei einem Billiganbieter war – nein, sie hat mit ihrem Lebenspartner mehrere Jahre in dieser Wohnung gelebt und wurde jetzt von den Stadtwerken abgezockt.

(Petra Vogt [CDU]: Das ist auch ein Selbstdarsteller!)

Und das trifft alle Bürger, die umziehen, nicht nur mit Billiganbietern. Die können auch vorher beim Grundversorger gewesen sein. Aber sie ziehen in eine andere Stadt zu einem anderen Grundversorger, haben einen schlechten SCHUFA-Eintrag und sind wieder den Grundversorgern ausgeliefert.

Diese Frau hat, wie ich schon sagte, kaum genügend Geld zum Überleben und kriegt jetzt die Erhöhung bei ihrem Gasanbieter zu spüren. Statt 6 Cent – da war es noch glimpflich – ist sie jetzt bei 9 Cent, andere sind bei bis zu 15 Cent pro Kilowattstunde gelandet – staatlicher Anbieter!

Herr Minister, wenn Sie sagen, dass Sie jetzt die Ärmel hochkrempeln wollen, dann frage ich Sie: Wo waren Sie denn all die Jahre? FDP und CDU haben 2009 bis 2014 im Bund regiert. Und da sind die EEG-Kosten von 10 Milliarden Euro auf 18 Milliarden Euro gestiegen. Dann haben Sie eine Abschaltpolitik vorgenommen. Sie haben Kernkraftwerke abgeschaltet, Sie haben Kohlekraftwerke abgeschaltet, ob Braunkohle- oder Steinkohlekraftwerke. In dieser Situation haben Sie die Versorgungssicherheit verschärft. Sie haben die Preise damit in die Höhe getrieben. Denn die Preise sind immer dann hoch, wenn der Wind nicht liefert und die Grenzkraftwerke zum Zuge kommen.

Dann haben wir die Abhängigkeit vom Gas. Das war nicht nur in Deutschland so, auch in England, wo es viele Windkraftanlagen gibt. Auch die liefen im Sommer nicht. Und die Gasspeicher haben sich nicht gefüllt. Der Stand war zum Herbst nicht so, wie er sein sollte. Hätten wir jetzt nicht einen milden Winter,

dann hätten wir eventuell einen Blackout bekommen beim Strom, aber ganz sicher einen Blackout bei den Heizungen, Herr Minister.

Wenn Sie jetzt davon sprechen, Sie wollen die Ärmel hochkrempeln, dann gehen Sie doch weiter mit dem Kopf durch die Wand. Sie machen diese Politik weiter. Diese Rentnerin kann nicht die Ärmel hochkrempeln. Diese Rentnerin muss jetzt einen zweiten Pullover anziehen, weil sie sich die Heizkosten nicht mehr leisten kann. Das sind die Folgen Ihrer Politik. Diese Rentnerin steht beispielhaft für all die Opfer Ihrer Energiepolitik. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Loose. – Für die Landesregierung spricht Herr Professor Dr. Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zur Debatte noch einige Punkte beitragen. Zunächst einmal, Herr Loose, ich hatte hier deutlich gemacht: Das Zielniveau hat sich verändert. Das ist bei Ihnen noch nicht angekommen, oder Sie wollen es gar nicht wahrhaben. Aber das Zielniveau hat sich verändert, auch noch einmal in den letzten zwölf Monaten.

Deutschland hat sich noch viel mehr vorgenommen, als wir das bisher schon getan hatten – und auch dieses Bundesland. Sie nehmen daran möglicherweise nicht teil, aber es ist Wirklichkeit, es ist Gesetz. Wir müssen danach handeln, und danach muss Deutschland handeln. Das setzt voraus, dass wir die Ärmel aufkrempeln.

Wenn ich mir die Debatte von gestern vor Augen führe, haben Sie doch überhaupt kein Interesse, an diesem Aufkrempeln teilzunehmen. Sie wollen doch die Erneuerbaren nicht vorantreiben. Sie wollen sie ausbremsen. Damit werden Sie die Energiepreise in diesem Land auf Dauer nicht senken, sondern erhöhen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie werden die Wirtschaft nicht fördern, Sie werden ihr schaden. Das müssen Sie nur mal zur Kenntnis nehmen.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Ein zweiter Punkt: Liebe Frau Brems, Sie meinen, ich hätte etwas gegen die Politik in Baden-Württemberg. Wie könnte ich darauf kommen? Ich möchte nur mit Genehmigung der Präsidentin den Präsidenten des Bundesverbands WindEnergie Hermann Albers zitieren. Der nannte die Ausbausituation in Bayern, aber auch in Baden-Württemberg – Zitat – „dramatisch

schlecht“, und zwar im Kontext auch der Bereisung, die der neue Bundesenergie- und Klimaminister Robert Habeck in Deutschland vornimmt.

Der Verband macht darauf aufmerksam, dass der Windenergieausbau im vergangenen Jahr anteilig am gesamtdeutschen Ausbau in Bayern 1 % betrug und in Baden-Württemberg 6 %. In beiden Ländern werden Kernreaktoren in diesem Jahr eingestellt. Sie haben diese Anteile, und Nordrhein-Westfalen hatte im vergangenen Jahr einen Anteil von 22 %.

(Marc Lürbke [FDP]: Aha!)

Das heißt, wir erbringen mehr als nach dem Königsteiner Schlüssel, und die anderen leisten fast nichts.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist doch die Situation, mit der wir uns auseinandersetzen müssen.

Ich kann nur sagen: Ich freue mich sehr auf den Besuch von Herrn Habeck. Denn ich kann ihm hier vortragen, was wir in den letzten Jahren erarbeitet haben und woran wir in Zukunft arbeiten wollen. Wir haben uns vorgenommen, mit der Energieversorgungsstrategie die Windenergie bis 2030 zu verdoppeln und Photovoltaik zu verdreifachen und, wenn möglich, zu vervierfachen. Das sind exakt die Ziele, die sich die neue Bundesregierung vorgenommen hat. Insofern freue ich mich sehr auf das Gespräch.

Ich hoffe, dass andere Bundesländer den Bund bei seinen ehrgeizigen Zielen so unterstützen werden, wie sich das Nordrhein-Westfalen schon fest vorgenommen hat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist doch der spannende Punkt.

Ein weiterer Punkt – das hatten Sie angesprochen –: Wenn die EEG-Umlage hoffentlich ab Sommer entfällt, dann – das stelle ich hier für die Landesregierung fest – erwarten wir, dass die Energieversorger jeden Cent Energieumlage abschaffen und an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergeben; das ist doch völlig selbstverständlich.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben feste Tarife, aber hier wird ein Kostenfaktor genommen. Wir erwarten das, und das ist auch selbstverständlich.

Letzter Gedanke: Herr Loose, wenn Sie hier einen Einzelfall vortragen, dann hätte ich den gerne. Wir gehen jedem Einzelfall nach. Wir wollen, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher, die Rentnerinnen und Rentner, die Studentinnen und Studenten in Nordrhein-Westfalen und möglichst auch bundesweit ihren Strom bezahlen können. Es darf nicht sein, dass Unternehmen oder andere ihre Möglichkeiten

am Markt missbrauchen. Dafür haben wir Instrumente, uns dagegen zur Wehr zu setzen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bitte geben Sie mir den Fall. Wir gehen dem nach. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Weitere Wortmeldungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen nicht vor. – Das bleibt auch so. Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache in Tagesordnungspunkt 1.

Ich rufe auf:

2 Smartes Land: Intelligente Digitalisierungskonzepte für ländliche Regionen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16483

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Schick das Wort.

Thorsten Schick^{*)} (CDU): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Unser Antrag „Smartes Land: Intelligente Digitalisierungskonzepte für ländliche Regionen“ beinhaltet zweierlei. Er ist ein Fazit unserer erfolgreichen Regierungspolitik, und er beinhaltet Punkte, die noch umgesetzt werden können, weil kurzfristig Handlungsbedarf entstanden ist.

Beginnen wir zunächst mit den unbestreitbaren Erfolgen der Landesregierung und der sie tragenden NRW-Koalition. SPD und Grüne hatten sich in ihrer Digitalisierungspolitik auf die großen Universitätsstädte konzentriert. Die Digihubs wurden beispielsweise in Aachen, Bonn, Düsseldorf und Münster eingerichtet. Vergleichbare Initiativen für Ost- oder Südwestfalen: Fehlanzeige. Wir machen Digitalisierungspolitik für ganz Nordrhein-Westfalen. Das heißt nicht, dass wir beispielsweise die Hubs nicht weiter unterstützen; das tun wir selbstverständlich. Uns geht es nicht um Rückabwicklung, sondern um Fortentwicklung.

Zunächst haben wir die Grundlagen für eine erfolgreiche Digitalisierung weiter geschaffen. Wir haben den Breitbandausbau verstärkt, und wir haben zusätzlich mit dem Mobilfunkpakt auch Regionen erschlossen, die unter Rot-Grün nur in Sonntagsreden vorkamen.

Wichtig ist: Bei neuen Initiativen müssen Stadt und Land in gleichem Maße gedacht werden. Denn in Kreisen und in ländlichen Regionen wohnen 60 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen. Unter den Digitalen Modellkommunen des Landes befindet sich beispielsweise die Stadt Soest mit rund 50.000 Einwohnern.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Zusammen mit ihren Partnerkommunen Lippstadt und Iserlohn entwickelt die Digitale Modellkommune Soest Lösungen für Kreise und kreisangehörige Regionen. Das Klimaprojekt BürgerWOLKE in Soest oder der automatisierte A-Bus in Iserlohn wären unter Rot-Grün garantiert nicht im kreisangehörigen Bereich eingerichtet worden.

(Beifall von der CDU)

Das Gründerstipendium NRW ist ein weiteres Beispiel für eine Initiative, die Chancen von Stadt und Land in gleichem Maße erhöht. Die Gründernetzwerke sind bewusst dezentral in den ländlichen Bereichen eingerichtet worden, um auch Ideen und Geschäftsmodelle für diesen Bereich anzuregen. Welche spannenden Digitalisierungsprojekte im ländlichen Bereich entstehen können, sieht man beispielsweise im Mühlenkreis.

Leider sind nicht alle Fördermöglichkeiten für ländliche Regionen vor Ort bekannt, und hier setzt unser Antrag an. Wir müssen die vielfältigen Fördermöglichkeiten einfach bekannter machen und bewerben.

Wir müssen auch mehr Mut machen, denn im Gegensatz zu vielen Großstädten gibt es im ländlichen Bereich weniger digitale Biotope, in denen viele Kreative zusammensitzen. Deshalb ist es wichtig, Best-Practice-Beispiele hervorzuheben und sie auch auszuzeichnen.

Einer der weniger dicht besiedelten Bereiche ist Südwestfalen. Die Sperrung der Rahmede-Talbrücke auf der A45 in Lüdenscheid hat bundesweit für Schlagzeilen gesorgt, weil der Verkehr die Region überlastet. In ländlichen Regionen liegt die nächste Autobahn nicht direkt um die Ecke, sondern häufig ganz viele Kilometer entfernt. Die gesamte lokale Infrastruktur in ländlichen Bereichen ist auf derartige Verkehrsbelastungen nicht ausgelegt. Eine intelligente Verkehrssteuerung ist in den betroffenen Regionen wichtiger denn je.

Sperrungen sorgen aber nicht nur in Südwestfalen, sondern auch in vielen rheinischen Kreisen nach dem Hochwasser im Sommer für erhebliche Probleme.

Deshalb müssen wir verstärkt digitale Tools wie den Mobilitäts Daten Marktplatz nutzen und selbst kleinere Maßnahmen bis in den örtlichen, dörflichen Bereich hinein erfassen, wenn diese Maßnahmen eine überörtliche Relevanz haben können. Nur so können

Navigationssystembetreiber auf diese Daten zugreifen und sie in ihre Systeme einspeisen.

Es geht aber nicht nur um Hinweise, wenn die Baustellen bereits eingerichtet sind. Programme wie TIC Kommunal helfen dabei, diese Probleme erst gar nicht entstehen zu lassen, wenn zwischen Baustellenbetreibern auf unterschiedlichen Ebenen und mit Versorgungsbetrieben entsprechende Absprachen getroffen werden können. Deshalb ist es wichtig, diese Systeme fortlaufend zu überarbeiten und anzupassen.

Das steht auch explizit in unserem Antrag und ist der entsprechende Inhalt. Wer den kreisangehörigen Bereich und ländliche Regionen gerne unterstützen möchte, den darf ich herzlich um Zustimmung zu diesem Antrag bitten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schick. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Matheisen.

Rainer Matheisen (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die digitale Transformation bietet riesige Chancen für die Lebensräume abseits der Großstädte. Deswegen treiben wir mit innovativen Ideen genau diese digitale Transformation voran. Nordrhein-Westfalen ist Vorreiter für ganz Deutschland.

Aber die Digitalisierung des ländlichen Raums ist nicht nur ein technischer Vorgang, sondern sie soll den Menschen dienen – allen Menschen in Nordrhein-Westfalen, nicht nur denen im ländlichen Raum, sondern auch denen in den Großstädten.

Es ist eine Win-win-Situation, denn wenn der ländliche Raum durch Digitalisierung attraktiver wird, dann entlasten wir auch die angespannten Wohnungsmärkte in den Metropolen und beleben gleichzeitig leerstehende Wohnungen auf dem Lande.

Wenn der ländliche Raum durch Digitalisierung attraktiver wird, können wir Barrieren für ältere Menschen abbauen und ihnen den Verbleib in der gewohnten Umgebung ermöglichen.

Wenn der ländliche Raum durch Digitalisierung attraktiver wird, brauchen wir keine Quoten mehr für Landärzte, sondern die Ärzte ziehen dann freiwillig aufs Land.

Wenn der ländliche Raum durch Digitalisierung attraktiver wird, schaffen wir Perspektiven für junge Menschen, weil sie für Studium und Ausbildung nicht mehr wegziehen müssen.

Wenn der ländliche Raum durch Digitalisierung attraktiver wird, vermeiden wir durch die Möglichkeit von Homeoffice unnötige Staus.

Aus diesen und vielen anderen Gründen lohnt es sich, mit Leidenschaft für innovative digitale Initiativen im ländlichen Raum – Kollege Schick hat sie gerade angesprochen – zu kämpfen.

Wir haben bereits viel auf den Weg gebracht. Wir haben aber auch noch viele Ideen für die kommenden Jahre. Dafür machen wir mit diesem Antrag heute den Aufschlag. Dazu bitte ich Sie jetzt um Ihre Zustimmung. – Vielen Dank und ein schönes Wochenende.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Matheisen. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Schneider.

René Schneider (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage mich die ganze Zeit: Was ist das? Wie kommt es 86 Tage vor der Landtagswahl zu so einem Antrag?

(Beifall von Lisa-Kristin Kapteinat [SPD])

Erst dachte ich: Ach, schon wieder eine Lobhudelei auf Bestellung, damit die Kollegen von FDP und CDU nach vorne gehen können, um sich herzlich beim Herrn Minister zu bedanken. – Herr Matheisen, Gott sei Dank haben Sie zumindest heute diesem Reflex widerstanden. Dafür sage ich schon einmal herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD – Rainer Matheisen [FDP]: Ich bedanke mich herzlich beim Minister!)

Auch nach dreimaligem Lesen des Antrages finde ich nicht die Stelle, die zum Applaus anregt – im Gegenteil. Ihnen muss doch klar geworden sein, wie mickrig tatsächlich die Ausbeute in diesem Bereich nach fünf Jahren Regierungszeit ist.

Sie sprechen in der Überschrift von „Digitalisierungskonzepten“. Natürlich wissen Sie, was ein Konzept ist. Der Duden definiert Konzept als skizzenhaften, stichwortartigen Entwurf, als Rohfassung eines Textes, einer Rede oder Ähnlichem. In diesem Fall handelt es sich also um die Rohfassung von etwas, das Digitalisierung in den ländlichen Raum bringt. Nur so weit sind Sie also in Ihrer fünfjährigen Regierungszeit gekommen.

Jeder andere hätte jetzt den Mantel des Schweigens darübergerlegt. Sie aber machen einen Antrag daraus. Dafür – so meine Vermutung – musste der Fraktionspraktikant alles zusammengoogeln, was unter den Stichworten „Pinkwart“, „Digitalisierung“ und „ländlicher Raum“ zu finden war.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Heiterkeit von der SPD)

Dabei ist ein Text herausgekommen, bei dem man Schmerzen bekommt, wenn man ihn liest.

Der vierte Absatz des Antragstextes ist nicht nur im Layout eine Katastrophe, sondern metert jede Petitesse so kleinteilig auf, dass es schon fast peinlich ist. Sie mäandrieren da inhaltlich zwischen „LEADER“ und „Dorferneuerungsprogramm“, digitaler Modellregion und „eezy.nrw“, während sich der geneigte Leser durch 39 Zeilen Blocksatz quält.

(Heiterkeit von Regina Kopp-Herr [SPD])

Die Quintessenz am Ende – Zitat –:

„Die Digitalisierung birgt enormes Potenzial, um das Leben im ländlichen Raum zu verbessern.“

Potz Blitz! Gut, dass das einer mal aufgeschrieben hat!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn das eine Leistungsshow werden sollte, dann ist es gehörig danebengegangen. Sollte es ein Blick nach vorne werden, kommen Sie einfach zu spät – und springen übrigens auch viel zu kurz. Ganz am Ende wird nämlich deutlich, dass es Ihnen im Antrag plötzlich nur noch um die digitale Erfassung von Baustellen und Straßensperrungen sowie deren Kommunikation geht.

Verstehen Sie mich da nicht falsch; das ist alles wichtig. Für sich genommen ist es aber nicht im Ansatz ein Thema, das die Befassung im Plenum des nordrhein-westfälischen Landtags mit anschließender direkter Abstimmung rechtfertigt.

Wir sollen – und jetzt kommen wir zum Beschlussempfehlungsteil – die Landesregierung also beauftragen, auf Projektfördermöglichkeiten aufmerksam zu machen. Tun Sie dies denn nicht automatisch, wenn Sie ein Förderprojekt an den Start bringen? Muss man die Landesregierung erst dazu auffordern, Land.Digital, VITAL.NRW und LEADER zu bewerben? Ich will das nicht glauben. Ich kann es einfach nicht glauben.

(Zuruf von Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

Ebenso wenig kann ich glauben, dass nicht ohnehin jedes Förderprojekt darauf ausgelegt ist, die besten Beispiele aus der Praxis anschließend breit bekannt zu machen. Um die Landesregierung dazu aufzufordern, muss man einen Antrag stellen? Das ist ein dickes Ding.

An der Stelle lohnt es sich eigentlich nicht, zu diesem Antrag länger zu reden. Zum Schluss aber dennoch ein paar Verständnisfragen, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP:

Was ist ein „Smart Rural Area Bereich“? Das hat Potenzial zur Comedy.

Warum glauben Sie, dass das Leben auf dem Land lebenswerter ist, wenn es smarter wird? Was heißt in diesem Zusammenhang überhaupt „smartes Leben“ für die Menschen im ländlichen Raum?

Und eine sehr persönliche Frage an Sie: Wie weit haben Sie sich eigentlich schon von den ländlichen Regionen entfremdet, dass Sie solche Anträge stellen?

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN, Helmut Seifen [AfD] und Sven Werner Tritschler [AfD])

Die Antwort auf unsere Große Anfrage zum ländlichen Raum, die gestern hier im Plenum Thema gewesen ist, hat leider schon offenbart, dass diese Landesregierung weder die Realität noch die Lebenswelt der Menschen im ländlichen Raum richtig einschätzt. Dafür ist dieser Antrag ein weiterer Beleg. Daher lehnen wir ihn als SPD-Fraktion ab. – Glück auf und Gottes Segen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schneider. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Bolte-Richter.

Matthi Bolte-Richter* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der erwähnte Praktikant hat auf jeden Fall eine Schmerzensgeldzulage dafür verdient, dass er dies hier produzieren musste.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wieder einmal haben sich die Abgeordneten Kolleginnen und Kollegen der regierungstragenden Fraktionen dafür entschieden, lieber hier als 100 Pressesprecher*innen der Landesregierung aufzutreten, statt sich auf wirkliche Politik für die Digitalisierung oder die ländlichen Räume zu konzentrieren.

In diesem Antrag beschreiben Sie – das hat Kollege René Schneider gerade schon ausgeführt – ein paar Projekte, die sich andere im Land ausgedacht haben und die dann durchgeführt wurden. Eigentlich benennen Sie konkret nur Sachen im Verkehrsbereich und einen Antrag, den Sie hier vor sieben Monaten eingebracht haben und aus dem bislang nichts gefolgt ist.

Auf viel Lyrik folgt noch mehr Lyrik, aber nichts Konkretes darüber, wo die Landesregierung die Digitalisierung in den ländlichen Räumen spürbar vorangebracht hätte.

Über diese intelligenten Digitalisierungskonzepte für die ländlichen Regionen, die Sie im Antrag von der Landesregierung fordern, habe ich schon gedacht: Na ja, wenn man das ganz zum Ende einer Legislatur fordert, dann hat man vielleicht irgendetwas nicht so richtig verstanden. Denn eigentlich macht man die

Konzepte am Anfang und setzt sie dann um, wenn man regiert – nicht umgekehrt.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Aber vielleicht erklären Sie uns, wie es dazu gekommen ist. Sie hätten jedenfalls fünf Jahre dafür Zeit gehabt.

Best Practice ist Vernetzen. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Sie wollen auf bewährte und nun wirklich bekannte Programme wie LEADER aufmerksam machen – als ob die Leute vor Ort nicht wüssten, dass es diese Projekte gibt.

Viele Projekte, die Sie nennen, sind tatsächlich im ländlichen Raum – das stimmt. Dass es ein paar Projekte gibt, die im ländlichen Raum stattfinden, liegt aber auch ein Stück weit in der Natur der Sache, wenn zwei Drittel der Menschen in NRW im kreisangehörigen Raum leben. Dass dann, wenn ich Digitalisierungsprojekte auflege, davon auch etwas im ländlichen Raum ankommt, ist eher eine Selbstverständlichkeit als die Behauptung, dass es eine Digitalisierungsstrategie für den ländlichen Raum wäre oder gar ein integriertes Handlungskonzept, bei dem die verschiedenen Herausforderungen zusammengedacht werden. Das sieht man an dieser Stelle wirklich ganz deutlich.

Jenseits der ganzen formalen Sachen, die ich bisher angesprochen habe, ist in diesem Antrag ganz deutlich zu sehen, dass Sie alle Zukunftsfragen des ländlichen Raums mit diesem Papier ausklammern. Es geht nämlich um attraktive Arbeitsplätze vor Ort.

Sie haben hier vor über einem halben Jahr einen Antrag eingebracht, in dem Sie einen Prüfantrag dazu formuliert haben, ob nicht die Mitarbeiter*innen der öffentlichen Verwaltung irgendwann, eines Tages einmal, vielleicht in einem Coworking Space arbeiten könnten. Seitdem haben wir davon nichts mehr gehört.

Andere Länder wie zum Beispiel Schleswig-Holstein sind da schon längst weiter. In Schleswig-Holstein ist das Ganze bereits lange am Netz. Die Landesbediensteten können dort in landesgeförderten Coworking Spaces arbeiten, während man im MWIDE noch im Prüfungsauftragsarbeitskreis den Kaffee kocht.

Natürlich gibt es auch noch andere attraktive Arbeitsplätze als den öffentlichen Dienst. Auch da hätten Sie mal aktiv werden können, um gezielt Coworking-Kapazitäten im ländlichen Raum voranzubringen; gerne übrigens auch – dies ist vor allem für Gründerinnen ein Thema – in Anbindung an Kinderbetreuung. Damit wäre den ländlichen Regionen sicherlich mehr geholfen als mit dieser Lyriksammlung.

Das Thema „Logistik“ wird überhaupt nicht adressiert. Dabei ist es doch zentral, um in einer sich wandelnden Welt und einem sich für den Handel wan-

delnden Umfeld Perspektiven für die ländlichen Gebiete zu schaffen. Digitale Lösungen schaffen Versorgungsmöglichkeiten, wo sich der Einzelhandel immer mehr aus der Fläche zurückzieht. Neue Lieferkonzepte werden möglich. Nichts davon findet sich in Ihrem Text, nichts davon in Ihrem Regierungshandeln.

Genauso ist es bei der Energiewende. Die zentrale Dimension der Transformation wird bei Ihnen einfach mal ignoriert. Da lohnt sich auch ein Blick nach Schleswig-Holstein, weil der Windenergieausbau dort einer der zentralen Treiber der Glasfaserinfrastruktur war, und zwar gerade in den ländlichen Regionen. Dort ist es nämlich genau andersherum als bei uns: Der Glasfaserausbau ist in den ländlichen Regionen viel weiter als in den städtischen Gebieten, weil die Glasfaser genau da notwendig ist, wo innerhalb kürzester Zeiträume Anlagen gesteuert werden müssen.

Vielleicht hat auch der Feldzug der fossilen Ideologen von der FDP gegen die Windenergie hier in NRW damit zu tun, dass Sie in Ihrer Regierungszeit nur 8 % Glasfaser zugebaut haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Lachen von Rainer Matheisen [FDP])

Herr Minister Pinkwart, ein Thema, bei dem wir uns an vielen Stellen durchaus einig sind, ist die Start-up-Förderung. Aber auch das gehört natürlich in einen solchen Antrag hinein, wenn wir über ländliche Räume sprechen. Aber es findet sich kein Wort zur Start-up-Kultur im ländlichen Raum.

Die wirtschaftliche Stärke des ländlichen Raums ergibt sich aus dem starken Mittelstand. Darüber sind wir uns doch einig. Aber auch dieser Mittelstand gerät durch die Digitalisierung massiv unter Druck. Er kann in Kooperation mit Start-ups auf den Zukunftskurs gebracht werden. Dort können zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen, gerade auch für Hochqualifizierte, die sonst abwandern. Auch dazu kommt wieder einmal nichts vor.

Bei Herrn Professor Pinkwart gab es mal das Rheinland Valley; da sollte das Rheinland auch nur aus Metropolen bestehen. Gucken Sie sich einfach mal im Land um. Dann werden Sie sehen, dass hier viel mehr Potenzial vorhanden ist.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Matthi Bolte-Richter* (GRÜNE): Ich weiß wirklich nicht, was Sie sich von diesem Antrag versprechen. Ich kann Ihnen nur sagen, dass er nichts, aber auch wirklich gar nichts nach vorne bringt – erst recht nicht für die Menschen in den ländlichen Regionen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bolte-Richter. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Siehe da: Die schwarz-gelbe Koalition ist auch in ihren letzten Zügen noch für Überraschungen gut. Ich hätte nicht gedacht, dass ich noch erleben darf, dass sogar die SPD mal näher an der Realität auf dem Land ist als die Union.

Wir kennen diese Anträge inzwischen ja auswendig. Man nehme ganz viel Digitalisierung und noch irgendetwas anderes, was sich gut anhört, verrühre das kräftig mit vielen Allgemeinplätzen und einem ordentlichen Schlag Eigenlob, und fertig ist der Antrag. Wir hatten da schon alles Mögliche: digitales Ehrenamt, digitalen Sport, digitale Kommunen, digitale Frauen, digitale Migranten und, und, und.

In einem Punkt haben Sie recht: Die Digitalisierung durchdringt alle Lebensbereiche. Das tut sie übrigens seit Jahrzehnten und auch ganz ohne Ihre Hilfe. Die Digitalisierung wird von unseren Bürgern, unseren Unternehmern und unseren Arbeitnehmern vorangetrieben. Sie, meine Damen und Herren – das muss man auch klar sagen –, stehen im Regelfall im Weg herum.

Aber schauen wir uns die heutige Folge dieser nicht enden wollenden Dauerserie einmal an: Digitalisierung im ländlichen Raum. Richtig ist: Dort ist die Digitalisierung eine riesige Chance, das Leben attraktiver zu machen. Das Internet erschließt den Menschen neue Welten, angefangen bei Einkaufsmöglichkeiten und Informationsquellen bis hin zu kulturellen Angeboten und Bildungsangeboten.

Auch hierzu braucht es eigentlich keinen Staat. Da können Sie noch so viele hippe Programme mit hippen Namen wie „Land.Digital“, „VITAL.NRW“ oder – das ist tatsächlich auch mein Liebling – „Smart Rural Area Bereich“ aufzählen.

Wenn Sie es mit der Stärkung der Digitalisierung im ländlichen Raum ernst meinen würden, dann würden Sie sich um originär staatliche Aufgaben kümmern – und das wäre Infrastruktur. Dann würden Sie dafür sorgen, dass die Bürger auf dem Land flächendeckend Zugang zu schnellem Internet hätten.

Aber da versagen Sie alle, sowohl die aktuelle Regierung von CDU und FDP als auch Ihre Vorgänger von SPD und Grünen, seit Jahren. Während beispielsweise Frankreich und andere Nachbarn aus Fehlern der Vergangenheit gelernt haben, wiederholen Sie diese in geradezu absurder Art und Weise.

Noch immer vergeben Sie zum Beispiel Mobilfunklizenzen nicht nach Ausbauzielen und flächendeckend, sondern knöpfen den Anbietern möglichst viel Geld ab – eine Steuer quasi, Geld, das dann beim

Netzausbau fehlt, und zwar da fehlt, wo es besonders teuer ist, nämlich auf dem Land. Wir sprechen das hier schon seit Jahren an.

Aber der Fiskus braucht eben das Geld, weil Deutschland das Klima retten, 174 Geschlechter erforschen und überhaupt die Welt retten muss. Man muss eben Prioritäten setzen. Dafür haben ganze Landstriche auch hier in NRW eine Netzanbindung wie in der Dritten Welt.

Das ist im Übrigen nicht der einzige Grund, warum der Druck auf die Städte immer größer wird. Sie werden die Abwanderung vom Land nicht alleine beenden, indem Sie dort endlich für schnelles Internet sorgen – auch wenn Sie offensichtlich bereits damit gut zu tun hätten –; denn das ist eben auch nicht alles im Leben. Auch wenn man es sich bei den Grünen und ihren Anhängseln in den anderen Parteien vielleicht gerne so vorstellt, wollen die Menschen nicht zu digitalen Eremiten werden und den ganzen Tag im Haus verbringen. Das Leben passt eben nicht alleine auf eine Datenleitung, egal wie schnell sie auch sein mag.

Als jemand, der selbst auf dem Land aufgewachsen ist, kann ich Ihnen sagen, dass gerade für junge Menschen und junge Familien im ländlichen Raum eines unerlässlich ist: ein Auto. Es mag sein, dass Ihre woke Großstadtklientel, der Sie ja alle so eifrig nachlaufen, von Lastenrädern und Radschnellwegen träumt. Für Menschen auf dem Land ist das bestenfalls ein schlechter Witz – genauso übrigens wie ein öffentlicher Nahverkehr, den Sie auf dem Land nie in einem befriedigenden Maße ausbauen können, außer Sie wollen Tag und Nacht im Halbstundentakt leere Busse und Bahnen durch die Gegend schicken.

Wenn Sie es also mit der Attraktivität des ländlichen Raums ernst meinen würden, meine Damen und Herren von CDU und FDP, dann würden Sie für bezahlbare Mobilität, für bezahlbaren Sprit sorgen, anstatt grünen Hirngespinnsten von der Verkehrswende hinterherzulaufen – oder besser gesagt: in Ihrem Dienstwagen hinterherzufahren. Aber dafür fehlt es dann wieder an Mumm.

Dann sollten Sie aber wenigstens auch so ehrlich sein und das zugeben, was aus diesem Antrag quasi strömt, nämlich, dass Sie den ländlichen Raum längst aufgegeben haben und wie alle anderen hier der Stadtbevölkerung hinterherlaufen.

Sie sollten uns nicht mit solchen Placebo-Anträgen behelligen, die nicht schaden und nicht nutzen. Wir werden uns deswegen hierzu auch enthalten. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Tritschler. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Professor Dr. Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich fand die Beiträge – gerade von Ihnen, Herr Schneider – sehr bemerkenswert.

(René Schneider [SPD]: Tat weh, ne?)

Daraufhin habe ich mir den Antrag der Koalitionsfraktionen noch einmal durchlesen, weil ich das nicht zusammenbekommen habe. Ich habe gedacht, ich sei falsch vorbereitet worden. Aber in dem Antrag der Koalitionsfraktionen werden all die Programme genannt, die diese Regierung, diese Koalitionsfraktionen in den letzten viereinhalb, fünf Jahren in Nordrhein-Westfalen angeschoben haben.

(René Schneider [SPD]: LEADER!)

Wir mussten sie auch anschieben; denn wir haben weder eine Infrastruktur für den ländlichen Raum angetroffen, die hilfreich gewesen wäre, noch Programme vorgefunden, die dazu beigetragen hätten, den ländlichen Raum zu digitalisieren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vielleicht haben Sie die entsprechende Seite nicht in Ihren Unterlagen gefunden. Ich jedenfalls habe das alles aufgelistet gesehen.

Man könnte jetzt lange Vorträge dazu halten, was hinter all diesen Programmen steht, die im Antrag aufgelistet sind. Ich möchte mich mit Blick auf die Redezeit auf ganz wenige Punkte begrenzen. Wie gesagt, könnten wir hier sehr lange darüber diskutieren, weil es sehr spannend ist.

Das eine ist die Infrastruktur. Herr Bolte-Richter, wir haben uns ja auch im Ausschuss dazu ausgetauscht. Natürlich wünschten auch wir uns im ländlichen Raum eine noch viel bessere Infrastruktur. In Nordrhein-Westfalen hatten wir aber im Jahr 2018 eine Gigabit-Anbindung der Haushalte von 9 %, und jetzt sind wir bei 70 %. Ich habe den Eindruck, dass das einen Unterschied macht. Das ist doch die Lebenswirklichkeit in diesem Land.

(Beifall von der CDU und der FDP – René Schneider [SPD]: Das ist ein Wunder!)

Es musste doch erst einmal die Infrastruktur vorangebracht werden, auch beim Mobilfunk und gerade im ländlichen Raum.

Auch bei der Glasfaser stimmt das, was behauptet wird, nicht. Der größte Teil des Glasfaserausbaus, der hier stattgefunden hat, war im ländlichen Raum verortet, etwa am Niederrhein. Wir haben sehr darauf gesetzt, dass auch Private hier die Infrastruktur ausbauen. Die öffentlich geförderten Projekte, die wir geerbt haben – das will ich auch mal sagen –, sind ja zum Teil bis heute nicht umgesetzt worden, weil sie überbürokratisch angelegt waren und gezeigt haben, dass der Staat nicht der beste Förderer ist.

Entscheidend ist, dass wir die Rahmenbedingungen so setzen, dass die Infrastruktur möglichst innovativ, möglichst kostengünstig und leicht umsetzbar vorangetrieben wird. Das haben wir getan, indem wir die Gigabitkoordinatoren und die Gigabitgeschäftsstellen eingeführt haben.

Darüber hinaus haben wir jetzt auch Mobilfunkkoordinatoren eingesetzt, die die Kommunen und vor allen Dingen die Kreise beraten. Gerade beim Mobilfunk haben wir – das wissen Sie alles – massiv aufgeholt und konnten damit vor allem im ländlichen Raum sowie im Grenzbereich Nordrhein-Westfalens zu einer erheblichen Verbesserung der Mobilfunkausstattung beitragen.

Es geht aber auch um Inhalte, und es geht darum, dass die Kommunen bei der Digitalisierung mitgenommen werden. Diesbezüglich haben wir die Idee nicht nur konzeptionell entwickelt, sondern sie mit unseren digitalen Modellkommunen auch umgesetzt. Dafür haben wir größere Städte, beispielsweise Aachen und Gelsenkirchen, genommen. Wir haben mit Paderborn und Soest aber auch bewusst den ländlichen Raum genommen und nicht nur die Städte selbst, sondern ebenso die Kreise und die vielen Kommunen mit eingebunden. Hier haben wir in den letzten Jahren Modellprojekte nicht nur für eine digitale Verwaltung entwickeln können, sondern auch für Smart-City-Lösungen.

Im Rahmen dieser digitalen Modellkommunen arbeiten über 110 Kommunen in unserem Land an diesen Projekten zusammen, und zwar auch bei der konkreten Umsetzung.

Sie haben Schleswig-Holstein erwähnt. Schauen Sie sich dann aber doch bitte einmal die Karte des Bundesinnenministeriums „Umsetzung OZG“ und dort insbesondere die OZG-Umsetzung im kommunalen Bereich an. Dann werden Sie feststellen, dass Nordrhein-Westfalen die Nummer eins bei der OZG-Umsetzung in Deutschland und speziell auch im kommunalen Bereich ist. Dazu haben unsere Modellkommunen und Modellregionen ganz wesentlich beigetragen. Wir haben von Ihnen da nichts angetroffen, sondern haben das jetzt erst möglich gemacht.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von
Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

Das Gleiche gilt neben der digitalen Verwaltung natürlich für die verschiedenen Smart-City-Projekte. Hier möchte ich noch einmal das unterstreichen, was Herr Schick eingangs gesagt hat. Wir haben eine riesige Chance, den ländlichen Raum in Nordrhein-Westfalen mithilfe der Digitalisierung zukunfts- und wettbewerbsfähig zu halten. Das setzt entsprechende Infrastruktur voraus. Das setzt aber auch voraus, dass unsere Kommunalverwaltungen in der Lage sind, diesen neuen digitalen Aufgaben standzuhalten.

Deswegen ist es wichtig, dass wir als Land auch Portale vorantreiben. Wir haben das Wirtschafts-Service-Portal.NRW mit bundesweiter Strahlkraft vorangetrieben und damit digitale Gewerbeämter möglich gemacht. Wir arbeiten an der Umsetzung des digitalen Bürgeramts. Außerdem haben wir mit dem Kommunalportal eine Grundlage geschaffen, dass die Kommunen sehr schnell nach dem Prinzip „einer für alle“ die Software, die von der Kommune A entwickelt wurde, in Kommune B kostenlos einsetzen können.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen 395 Kommunen, und wir haben die Landkreise. Wenn jeder den tiefen Teller noch einmal neu erfinden wollte, würde das sehr viel Geld und Zeit kosten. Wir haben uns bewusst auf ein gemeinsames Handeln mit den Kommunen in Nordrhein-Westfalen abgestimmt. Das stärkt den ländlichen Raum und macht ihn attraktiver.

Diese Koalition hat hier die Prioritäten klar gesetzt. Wir wollen dafür kämpfen, dass wir das in der nächsten Legislaturperiode erfolgreich fortsetzen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schliesse ich die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 2.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP haben direkte Abstimmung beantragt. Wer dem Inhalt des Antrags Drucksache 17/16483, über den wir gerade debattiert haben, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Wie angekündigt der AfD-Fraktion. Mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ist der **Antrag Drucksache 17/16483** damit **angenommen** worden.

Ich rufe auf:

3 Vom Regierungswechsel 2017 zur Mobilitätskrise 2022: Diese Landesregierung hinterlässt ein verkehrspolitisches Trümmerfeld!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/16479

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die antragstellende Fraktion der SPD Herr Kollege Stinka das Wort.

André Stinka* (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verkehrspolitik

muss ein Versprechen einlösen: das Versprechen auf Mobilität für jede Frau und jeden Mann in unserem Land. Mobilität ist weit mehr als nur Beweglichkeit. Mobilität bedeutet Freiheit, Selbstbestimmung und Lebensqualität. Mobilität ist die Voraussetzung für Handel, Einkommen und Wohlstand. Mobilität ist für alle das Kennzeichen eines freien und gerechten Landes.

Für Menschen, die in Lüdenscheid und Umgebung zu Hause sind, muss das jedoch alles wie Hohn klingen. Ihre Lebensqualität hat sich in den vergangenen Wochen drastisch verschlechtert. Die Menschen dort leiden unter Kopfschmerzen und Schlaflosigkeit, Unternehmer verlieren Geld, Einzelhändler ihre Existenz.

Die Menschen in Lüdenscheid sind nicht frei. Sie werden durch 20.000 Fahrzeuge belagert, die sich jeden Tag durch ihre Stadt quälen: Pkw, Lkw, 20- und 40-Tonner, manchmal 200 Tonnen in der Minute.

Eine Autobahn steckt in ihrer Stadt fest. Den Grund dafür kennen wir alle: die marode Brücke von Rahmede. Kolleginnen und Kollegen, diese Brücke ist ein Symbol. Sie ist ein Symbol wie die weißen Fahnen über unseren Schulen, wie die Proteste der Stahlarbeiter bei thyssenkrupp, wie die Briefe verzweifelter Familien, die keine bezahlbare Wohnung mehr finden.

Diese Brücke ist ein Symbol für eine Politik, die die drängenden Probleme nicht anpackt, die Verantwortung wegschiebt und sich den großen Herausforderungen in Nordrhein-Westfalen nicht stellt.

(Beifall von der SPD)

Diese Brücke ist ein Symbol für eine Politik, die jetzt dem Ende entgegengeht.

(Beifall von der SPD)

Nordrhein-Westfalen wartet auf einen neuen Anfang. Nordrhein-Westfalen wartet auf eine neue Politik für sichere Arbeit, bezahlbare Mieten und bessere Schulen. Selbstverständlich wartet Nordrhein-Westfalen auch auf einen neuen Anfang in der Verkehrspolitik. Denn natürlich ist die Rahmede-Brücke auch ein Symbol für eine Verkehrspolitik, die Rückschritt statt Fortschritt gebracht hat.

In Nordrhein-Westfalen gibt es nicht weniger, sondern mehr und längere Staus als vor fünf Jahren. Allein im letzten Jahr ist die Gesamtlänge aller Staus in Nordrhein-Westfalen um über 20 % auf 240.000 km angewachsen – und das, Kolleginnen und Kollegen, trotz Coronapandemie und Homeoffice-Pflicht.

CDU und FDP hatten vor fünf Jahren genau das Gegenteil versprochen. Sie haben ihr Versprechen nicht eingehalten. Wir beißen nach wie vor immer noch ins Lenkrad. Der eine oder andere braucht schon das zweite Lenkrad, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Im Koalitionsvertrag von CDU und FDP – damit wir das alle noch einmal im Gedächtnis haben, zitiere ich mit Erlaubnis der Frau Präsidentin – heißt es:

„Aufgabe der öffentlichen Hand ist dabei, individuelle Mobilität für alle zu gewährleisten – zuverlässig und unkompliziert, auf intakten Brücken und möglichst ohne Stau, mit attraktiven Angeboten im ÖPNV und auf der Schiene.“

Schaut man sich die Bilanz im Jahr 2022 an, macht das noch einmal deutlich: Die Landesregierung ist an ihrem eigenen Anspruch gescheitert. Die Landesregierung hinterlässt ein verkehrspolitisches Trümmerfeld.

(Beifall von der SPD)

Von intakten Brücken und staufreien Straßen, von denen Sie 2017 geschrieben haben, kann keine Rede sein. Verlässlichkeit im öffentlichen Personennahverkehr und bei den Regionalbahnen ist ein Fremdwort.

Die Verantwortung für diesen desaströsen Zustand trägt Hendrik Wüst, der heutige Ministerpräsident. Daraus kann er sich nicht herausstellen.

(Beifall von der SPD und Arndt Klocke [GRÜNE])

Als Verkehrsminister hat er sich nicht um verlässliche Mobilität gekümmert. Seine Nachfolgerin Ina Brandes tut dies auch nicht. Am liebsten schieben Wüst und Brandes die Verantwortung auf andere: mal auf den Bund, mal auf private Verkehrsanbieter. Es ist das Muster einer Landesregierung, die in allen Ressorts nicht den Mut hat, sich Problemen zu stellen.

(Zuruf von Rainer Deppe [CDU])

Eine Landesregierung ist gewählt, um Verantwortung zu übernehmen, und nicht, um sich aus der Verantwortung zu stellen, Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf von Rainer Deppe [CDU])

Eine Landesregierung hat eine Gewährleistungspflicht für eine reibungslose Mobilität und eine intakte sowie leistungsfähige Infrastruktur. Doch diese Landesregierung hat eine Mobilitätskrise hinterlassen – in einer Zeit, in der vernünftige Mobilität sinnvoll wäre.

Seit 2014, also seit acht Jahren, Kolleginnen und Kollegen, wissen wir, dass alle Brücken der A45 erneuert werden müssen. Vorausschauende Politik hätte einen Plan entwickelt, wann welche Brücke ersetzt oder repariert werden soll. Diesen Plan gibt es bis heute nicht, obwohl unter anderem die Industrie- und Handelskammern 2019 einen Masterplan für die Brücken in Nordrhein-Westfalen gefordert haben – bis heute ohne Ergebnis.

Seit Jahren sitzt die Landesregierung vor der maroden Infrastruktur wie das Kaninchen vor der Schlange. Es gibt keinen Masterplan Brücken, keine Über-

sicht über die Lage, kein Konzept. Das ist das Versäumnis dieser Landesregierung kurz vor dem Ende ihrer Wahlperiode.

Es ist aber viel mehr, Kolleginnen und Kollegen, das Versäumnis von Hendrik Wüst in ganzer Breite.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Er hat durch seine Politik nie versucht, vor die Lage zu kommen. Er ist immer nur auf Sicht im Nebel gefahren. Das ist eine Politik, die uns Wachstum, Wirtschaftskraft und Wohlstand kosten wird. Wir können es uns nicht leisten, von Brücken-Lockdown zu Brücken-Lockdown zu stolpern. Das zeigen die chaotischen Zustände rund um die Emschertalbrücke auf der A43. Informiert wurden die Bürgermeister durch die Zeitung, nicht vom zuständigen Ministerium. Die A45-Brücke habe ich gerade angesprochen.

Für Anwohnerinnen, Pendlerinnen, Unternehmerinnen ist die aktuelle Lage rund um die A45-Brücke eine enorme Belastung. In so einer Situation sollten schnelle und effektive Hilfen eine Selbstverständlichkeit sein. Aber auch jetzt übernimmt Hendrik Wüst keine Verantwortung für die Leidtragenden des Brückendesasters. Seine Regierung steht nicht zu der Verantwortung, die sie als Landesregierung hat. Das ist beschämend. Eine neue Landesregierung wird das besser und anders machen.

Vor allem muss die nächste Landesregierung eine Verkehrswende in unserem Land einläuten. Ohne moderne Mobilität gibt es weder wirksamen Klimaschutz noch mehr Lebensqualität noch mehr Wirtschaftskraft. Verkehrswende bedeutet für uns Sozialdemokratinnen nicht, dass sich am Baldeneysee der eine oder andere einen Tesla kaufen kann, sondern die Verkehrswende muss, wenn sie gelingen soll, in unseren Städten stattfinden. Sie muss dort gelingen, wo auf engem Raum 10 Millionen Menschen leben,

(Zuruf von Rainer Deppe [CDU])

wo es täglich 5 Millionen Pendlerinnen und jährlich 200.000 km Stau gibt.

Für eine erfolgreiche Verkehrswende sind die Landstriche in Bayern und Baden-Württemberg relativ irrelevant. Wenn die Verkehrswende in Deutschland gelingen soll, dann muss sie in Nordrhein-Westfalen gelingen. Das sind wir der Klimawende und Energiewende schuldig.

In einem Radius – das vergessen Sie häufig bei Ihrer Politik – von 500 km um die Landeshauptstadt Düsseldorf leben rund 160 Millionen Menschen. Nordrhein-Westfalen ist die Verkehrsdrehscheibe von europäischem Rang. Einmal mehr gilt: In Nordrhein-Westfalen entscheidet sich Deutschlands Zukunft beim Thema „Verkehr“.

Aber was hat diese Koalition bisher dafür getan? Ich habe hier eine lange weiße Liste.

(Rainer Deppe [CDU]: Dann hören Sie gleich mal zu! Dann werden Sie das erfahren!)

Beispiel ÖPNV: Mit der spätestens seit 2019 absehbaren Insolvenz von Abellio ist zum 31. Januar 2022 ein wichtiger Mobilitätsanbieter weggebrochen. Die Probleme einer chronischen Unterfinanzierung solcher Angebote sind seit Jahren bekannt. Dennoch ist die Landesregierung sehenden Auges in die Misere hineingeschlittert – zum Schaden von Millionen Pendlerinnen.

Der jetzt als sogenannter Übergangsfahrplan beworbene Fahrplan ist nicht mehr als ein Notfallfahrplan. Dieser Notfallfahrplan kann lediglich 78 % der bisherigen Angebote auffangen. Zudem kostet er das Land 167 Millionen Euro zusätzlich. Der Förderung von Bahn- und Nahverkehr mit Blick auf die erforderliche Verkehrswende wird so ein Bärendienst erwiesen.

Der Weg aus der Mobilitätskrise gelingt mit einem ganzen Bündel, so unsere sozialdemokratischen Vorstellungen. Grundlage einer guten Verkehrspolitik ist eine ehrliche Bestandsaufnahme, Kolleginnen und Kollegen.

Wir Sozialdemokratinnen wollen eine ganzheitliche Betrachtung der Verkehrsinfrastruktur und der gegenwärtig aktuellen Mobilität. So kommen wir zu einem verkehrsträgerübergreifenden Konzept. Sie machen weiter im Klein-Klein und „Ressortismus“. Das ist für eine umfassende Verkehrswende notwendig.

Wenn die Verkehrswende gelingen soll, brauchen wir die richtigen Maßnahmen und Tempo bei der Umsetzung.

Mit Blick auf die Brücken brauchen wir einen Gipfel mit allen relevanten Akteuren im Land. Wir brauchen einen Masterplan für die Brücken in Nordrhein-Westfalen mit einer transparenten Übersicht über Zustand, Belastungsfähigkeit und Lebensdauer. Wir brauchen ein Brückenmonitoring, das wesentlich differenzierter als bisher die Brückenbauwerke in Nordrhein-Westfalen prüft. Nur mit einem verlässlichen Frühwarnsystem kommen wir vor die Lage, um die Bauwerke instandzuhalten bzw. rechtzeitig auszutauschen.

Der Abbau von Staus kann nachhaltig nur gelingen, wenn wir Güterverkehre schneller von der Straße auf andere Verkehrsträger verlagern.

Die Finanzierung von ÖPNV und SPNV in Nordrhein-Westfalen muss auf eine auskömmliche Basis gestellt werden. Verlässliche Mobilitätsangebote – sauber, sicher und häufig – kosten mehr Geld. Hier hat die Landesregierung in der Vergangenheit lediglich, ich glaube, 10 % der Förderung von ÖPNV und SPNV aus eigenen Mitteln bestritten. Der Rest bestand aus der Durchleitung von Bundesmitteln. Das ist für eine ambitionierte Verkehrswende zu wenig.

Der Fall „Abellio“ zeigt zudem: Wir brauchen ein Sicherheitssystem seitens des Landes, das bei drohenden Marktaustritten von Anbietern einen reichungslosen Fortbestand der Mobilitätsangebote sicherstellt. Dazu soll unter anderem eine Stabsstelle im Landesverkehrsministerium geschaffen werden.

Schauen wir auf Radverkehr und Nahmobilität. Auch für diesen Verkehrsträger braucht es eine Stabsstelle im Landesverkehrsministerium, die sich um die Förderung von Radverkehr und Nahmobilität kümmert. Das Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz des Landes muss in der neuen Legislaturperiode umgehend überarbeitet werden. Dabei kommt es auf klare Zieldefinitionen und eine ausreichende Finanzierung an. Darüber hinaus muss die zentrale Rolle der Kommunen bei der Umsetzung der Verkehrswende durch entsprechende Beteiligungsformate festgeschrieben werden.

Denn auch beim Radverkehr scheitert die Landesregierung an ihren eigenen Zielen. Das zeigt allein der kaum existierende Baufortschritt beim Radschnellweg 1 zwischen Moers und Hamm, für den von rund 115 km bis heute lediglich 15 km fertiggestellt wurden.

Fazit: Die verkehrspolitische Bilanz dieser Landesregierung ist eine Bilanz des Scheiterns. Das waren fünf verlorene Jahre für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Die Verantwortung dafür trägt der ehemalige Landesverkehrsminister und heutige Ministerpräsident Hendrik Wüst.

(Josef Hovenjürgen [CDU] und Rainer Deppe [CDU]: Ah!)

Sie haben diesem Land ein schweres Erbe hinterlassen und sich nicht für die Zukunft eingesetzt. Sie haben dafür gesorgt, dass unser Land den Fortschritt erfährt, den es verdient, nämlich gar keinen.

Nordrhein-Westfalen braucht einen Regierungswechsel, weg vom Status quo hin zu einer Fortschrittspolitik für Land und Menschen. Wir brauchen einen Neustart für zukunftsfeste Mobilität in Nordrhein-Westfalen – verlässlich, attraktiv und für jeden bezahlbar.

Deswegen enthält unser Antrag auch keine Forderungen mehr an diese Landesregierung. Denn der Zug für diese Landesregierung ist längst abgefahren.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

Ihre Regierungszeit geht in wenigen Wochen zu Ende.

(Marcel Hafke [FDP]: Nein, wird verlängert!)

Für meine Fraktion kann ich abschließend sagen: Wir wollen einen Neustart in der Mobilitätspolitik. Wir wollen moderne und zukunftsfähige Mobilität für

Nordrhein-Westfalen, und die werden wir ab Juni 2022 auf den Weg bringen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, lieber Herr Kollege Stinka. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Abgeordneter Kollege Vossemer das Wort.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Klaus Vossemer (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich den vor uns liegenden Antrag das erste Mal gelesen habe, kam mir ein Zitat von Johann Wolfgang von Goethe in den Sinn:

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Guter Mann!)

„Da ich mich einmal auf das Element der Unverschämtheit begeben habe, so wollen wir sehen, wer es mit uns aufnimmt.“

(Beifall von der CDU und Ulrich Reuter [FDP])

So oder so ähnlich müssen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wohl bei der Formulierung des Antrags gedacht haben. Anders kann ich mir dieses Sammelsurium an Unwahrheiten nicht erklären.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

2017 hat die schwarz-gelbe NRW-Landesregierung einen großen Investitionsstau übernehmen müssen, weil die Vorgängerregierung aus ideologischen Gründen bei baureifen Straßen hinterherhinkte. Die Bundesmittel lagen vor, konnten aber wegen fehlender Planungen in NRW nicht oder nur teilweise abgerufen werden.

Das waren doch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, die durch Konzeptlosigkeit viel zu wenig für den Erhalt in die Infrastruktur investiert haben. Jetzt kommen Sie mit diesem Antrag, der mit Katastrophenrhetorik gespickt ist, um die Ecke und werfen uns Ihre eigenen Fehler vor. Wir nähern uns zwar terminlich dem Karneval, aber lustig und unterhaltsam finde ich das wirklich nicht.

Die NRW-Koalition hat in den letzten Jahren sehr viel zur Staubekämpfung getan. Wir haben massive zusätzliche Investitionen im Verkehrshaushalt getätigt, um schneller planen zu können. Die Landesregierung hat die Mittel für die Einstellung von Fachpersonal beim Landesbetrieb Straßen.NRW kontinuierlich erhöht. Gleichzeitig sind die Leistungen für externe Planungsbüros auf Rekordhöhe angestiegen.

Kein Geld für Nordrhein-Westfalen bleibt in Berlin mehr liegen. Ganz im Gegenteil! Der Kapazitätshochlauf funktioniert. So wurden knapp 600 Millionen Euro mehr Bundesmittel für Infrastrukturmaßnahmen

vom Bund abgerufen, als eigentlich für Nordrhein-Westfalen vorgesehen waren.

Die abgeflossenen Straßenbaumittel sind seit dem Regierungswechsel kontinuierlich von 1,27 Milliarden Euro im Jahr 2017 auf 1,65 Milliarden Euro im Jahr 2020 gestiegen. Wurden für den Neu- und Ausbau von Landstraßen 2016 und 2017 pro Jahr magere 32 Millionen Euro bereitgestellt, stellen wir im Jahr 2022 insgesamt 72 Millionen Euro zur Verfügung.

Die Mittel für den Erhalt und die Modernisierung von Landesstraßen sind von 127,5 Millionen Euro in 2017 auf 213,4 Millionen Euro im laufenden Haushaltsjahr gestiegen.

(Beifall von Rainer Deppe [CDU] und Ulrich Reuter [FDP])

Mit dem Haushalt 2021 haben wir erstmals einen Planungsvorrat im Bereich „Schiene“ ermöglicht und sorgen mit dem laufenden Haushalt 2022 weiterhin für eine Verlagerung von Gütern auf die Schiene. Dazu wurde auch die Förderung der NE-Bahnen wieder aufgenommen.

Investitionen in die Bahninfrastruktur erfolgen derzeit in Rekordhöhe. In 2021 wurden 1,87 Milliarden Euro ins NRW-Bahnnetz investiert. Mit einer ÖPNV-Offensive wollen wir Nordrhein-Westfalen zum Bahmland Nummer eins machen.

Meine Damen und Herren, wir sind überzeugt, ein besseres ÖPNV-Angebot ist die Voraussetzung dafür, dass Menschen besser mobil sind und dass Mobilität sauberer wird. Daher werden wir alle bis 2031 zur Verfügung stehenden Regionalisierungsmittel auch in den ÖPNV investieren.

Nachdem die Landesregierung im November entsprechende Vereinbarungen mit einem Volumen von weiteren 928 Millionen Euro unterzeichnet hat, stehen nun insgesamt 3 Milliarden Euro bis 2032 für die ÖPNV-Offensive zur Verfügung. Damit werden Maßnahmen gebündelt, die den ÖPNV einfacher zugänglich, leistungsstärker, verlässlicher, flexibler sowie klima- und umweltfreundlicher machen.

Das heißt im Klartext unter anderem:

1 Milliarde Euro steht für das Systemupgrade, das heißt für die Grunderneuerung von Stadt- und Straßenbahnnetzen, zur Verfügung.

310 Millionen Euro werden für das Programm „Robustes Netz“ gemeinsam mit der Deutschen Bahn investiert, um die Pünktlichkeit im Nahverkehr zu erhöhen.

120 Millionen Euro stehen für On-Demand-Verkehre, also ÖPNV auf Abruf, bereit.

100 Millionen Euro stehen für regionale Schnellbusysteme zur Verfügung.

Allein 600 Millionen Euro stehen zudem für die Kofinanzierung von Bundesmitteln zum Ausbau des Schienennetzes, für Reaktivierungen und Elektrifizierungen, zum Beispiel auf den Eifelstrecken, zur Verfügung.

Wir haben Mitte 2019 das landesweite Azubiticket eingeführt. Egal, ob in der Freizeit oder im Pendlerleben, das Angebot muss so gut werden, dass noch mehr Menschen umsteigen. Nicht zuletzt mit dem E-Ticket und dem E-Tarif wurden hierfür in den letzten beiden Jahren Meilensteine gesetzt.

NRW wird Fahrradland. Seit dem Regierungswechsel 2017 sind in NRW 580 km neue Radwege entstanden. Das ist mit einer Strecke von Köln bis Berlin vergleichbar. Mit 102 Millionen Euro Landesmitteln stellt dies eine Verdoppelung der Mittel zur Verbesserung der Rad- und Fußverkehrsinfrastruktur dar. Zusätzlich werden für die sich aus dem neuen Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz ergebenden Maßnahmen 40 Millionen Euro auf Landesebene zur Verfügung gestellt.

Ganz nebenbei bemerkt: Eine Stabsstelle für den Radverkehr gibt es bereits im Verkehrsministerium, auch wenn Ihnen das, lieber Kollege Stinka, vielleicht entgangen ist.

Aber auch für neue Formen und Teilaspekte der Mobilität hat sich das Land seit 2017 offen gezeigt. Wenn nicht in Nordrhein-Westfalen, wo dann? Stichworte sind hier, um nur einige zu nennen, „autonomes Fahren“, „autonomes Binnenschiff“, „On-Demand-Angebote“, „Flugtaxis“, „Cityhubs“. Hier haben wir bei null angefangen. Vier Jahre nach Gründung der neuen Fachabteilung für die Mobilität der Zukunft können wir bereits auf eine beachtliche Zahl spannender, innovativer Projekte made in NRW zurückgreifen.

Gegenüber dieser großen Erfolgsbilanz schwarz-gelber Verkehrspolitik liest sich der Feststellungsteil Ihres vorliegenden Antrags eher wie ein Offenbarungseid, verehrte Genossinnen und Genossen. Sechs Spiegelstriche Ihrer alternativen Vorstellungen einer zukunftsfähigen Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen! Das kann doch wohl nicht wahr sein.

(Beifall von der CDU und Ulrich Reuter [FDP])

Das ist ganz schön dünne Suppe. Der siebte Spiegelstrich entlarvt schlussendlich Ihre wahren Motive für den Antrag: Wahlkampfgetöse.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Stil ist richtiges Weglassen des Unwesentlichen, so ein Kalenderspruch. Hätten Sie diesen befolgt, hätten Sie sich und uns allen heute einen Gefallen getan. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Voussem. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Kollege Reuter das Wort.

Bevor ich dem Kollegen Reuter das Wort gebe: Ich bin vorhin angesprochen worden. Es finden wohl gerade Gespräche statt, um auf die Verkehrssituation und die Wettersituation in unserem Bundesland einzugehen. Das nur, damit alle wissen, es gibt Gespräche. – Herr Kollege Reuter, Sie haben das Wort.

Ulrich Reuter^{*)} (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Generalabrechnung der SPD mit der Verkehrspolitik der NRW-Koalition in dieser Legislaturperiode oder: Willkommen im Wahlkampf! Es ist interessant, dass kaum Verkehrspolitiker der SPD anwesend sind. Sie werden wohl wissen, warum.

Die SPD diagnostiziert eine angeblich durch diese Koalition verursachte Mobilitätskrise und stellt eine katastrophale Bilanz in allen verkehrspolitischen Bereichen fest. Ihre Bilanz ist jedoch in ihrer Maßlosigkeit und Einseitigkeit kaum mehr zu überbieten.

Das Grundproblem dieses Antrages liegt darin, dass Sie weder eine Diagnose verkehrspolitischer Probleme und Fragestellungen suchen, geschweige denn bieten, noch dass Sie eigene Lösungsansätze präsentieren. Dazu muss man sich nur die paar dürftigen Zeilen Ihres Beschlussteils ansehen, in dem Sie sinngemäß im Zusammenwirken mit allen alles neu starten wollen.

Nein, wie Sie richtigerweise sagten, Herr Stinka, wollen Sie hier und heute Raum für die Diskreditierung dieser Regierung. Sie zielen darauf ab, mit Ihren haltlosen Vorwürfen den ehemaligen Verkehrsminister dieses Landes zu treffen. Ihr Ansinnen ist dabei keineswegs die Verkehrspolitik in diesem Lande, sondern Dreck gegen den Ministerpräsidenten Hendrik Wüst zu werfen. Das ist ausschließlich Sinn dieses Antrags; das ist offensichtlich die Abteilung Attacke.

Herr Kutschaty, auch wenn Sie wieder mal nicht im Plenum sind: Das hat weder Stil noch Format noch Berechtigung, im öffentlichen Diskurs zu bestehen.

Sachlich gesehen besteht dieses Sammelsurium an Anwürfen den Wirklichkeitstest nicht. Lassen Sie uns das gemeinsam im Einzelnen durchgehen:

Hinsichtlich der Stauproblematik ist es zutreffend, dass mehr als eine Legislaturperiode erforderlich ist, um die Versäumnisse der Vergangenheit zu beheben. Die grundsätzliche Weichenstellung dieser Koalition mit Planungs-, Genehmigungs- und Bauhochlauf ist alternativlos.

Dabei handelt es sich, anders als etwa Herr Kollege Klocke uns das immer wieder weismachen will, keineswegs um eine auf Neu- und Ausbaumaßnahmen ausgerichtete Politik. Nehmen Sie nur die Zahlen des

aktuellen Haushalts. 72 Millionen Euro sind darin für Neu- und Ausbaumaßnahmen vorgesehen. Für die Sanierung der Infrastruktur ist jedoch der Erhalt entscheidend. Für diese Maßnahmen wenden wir bei den Landesstraßen über 200 Millionen Euro auf. Wir haben massiv in den Erhalt investiert. Sie waren zuletzt bei rund 127 Millionen Euro.

Ich kann Ihnen einmal verraten, was der Unterschied zwischen rot-grüner und schwarz-gelber Verkehrspolitik im Bereich „Straße“ ist:

Wir, die NRW-Koalition, haben alles hochgefahren, den Erhalt wie auch den Aus- und Neubau. Hinter Aus- und Neubau verbergen sich Lückenschlüsse, die das Netz insgesamt leistungsfähiger machen, vor allen Dingen aber Ortsumfahrungen, auf die die Menschen teils Jahrzehnte gewartet haben.

Die rot-grüne Politik hätte die Hälfte an Erhalt und maximal die Hälfte an Ortsumfahrungen gebracht. Mit Ihnen stünde das Land schlechter dar. Das ist die Realität, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Die Wahrheit ist auch: Die Verkehrspolitik des vernünftigen Ausbaus und Erhalts muss weiter fortgesetzt werden, um gegen das Stauaufkommen wirken zu können.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Ihnen sei gleichwohl zugestanden, dass Zuwächse an Verkehren die Ertüchtigung der Infrastruktur unterlaufen können. Das ist eine Problematik, der wir uns alle stellen müssen.

Das gilt insbesondere für den Güterverkehr. Ja, da muss mehr auf die Schiene oder Wasserstraße. Aber alles, was schwere Schiene betrifft, liegt in der Zuständigkeit des Bundes. Da müssen die Dinge bewegt werden. Da haben Sie übrigens viele Jahre mitregiert und nichts für dieses Land getan.

Wir dagegen haben den Knoten Köln angepackt, um nur ein Nadelöhr von nationaler Tragweite zu benennen. Wir haben da angepackt, wo wir auch die Zuständigkeit haben, zum Beispiel bei der sogenannte NE-Bahnförderung. Das sind die Hafen- und Werksbahnen, die maßgeblich darüber entscheiden, ob Güter auf das Schiff und den Zug kommen können oder nicht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich will Sie daran erinnern, dass Sie in Ihrer Verantwortung genau diese Förderung komplett eingestellt haben. Jetzt erzählen Sie uns hier etwas über Schieneninfrastruktur. Das ist ein Skandal.

Wo wir schon bei Skandalen sind: Dass ausgerechnet die SPD die Anlage neuer Lkw-Parkplätze geißelt, zeigt eindrücklich, dass Ihnen Arbeitnehmerbelange der Lkw-Fahrer nicht wichtig sind. Die Lkw-Verkehre wachsen unaufhaltsam seit Jahren, unabhängig vom Ausbau der Infrastruktur. Dass sich die

SPD bei drängenden sozialpolitischen Belangen, wie es nämlich den Fahrern auf der Piste geht, wie sie Pausen legal machen können, derart verweigert, ist ein sozial- und verkehrspolitischer Offenbarungseid.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ihre offenbare Realitätsverweigerung zeigt sich weiter eindrucksvoll bei Ihren Ausführungen zu den Bundesautobahnbrücken; die A45 lässt grüßen. Sie fordern Monitoringsysteme, neue Standards und Ähnliches. Da, wo das Land seit dem 01.01.2021 aber gar keine Zuständigkeit mehr hat, kann es auch keine neuen Systeme einführen.

Genauso ist es auch bei der SPNV-Vergabe außen vor. Die heutige Struktur der SPNV-Aufgabenträger hat die SPD mit ihrem damaligen Verkehrsminister Kniola selber so geregelt. Das jetzt zu kritisieren, ist unseriös. Insbesondere der Vorwurf der Bankrotterklärung im Hinblick auf die Einstellung der Verkehre von Abellio verfängt nicht, da die von Ihnen herbeschriebenen massiven Probleme gerade ausgeblieben sind.

Demgegenüber wäre eine Diskussion über die Organisation des SPNV wie über die Frage, auf welchem Wege ein echter Wettbewerb aufrechterhalten werden kann, wenn eigentlich nur Töchter von Staatsbahnen agieren, angebracht.

Damit komme ich abschließend auf das Thema „Nahmobilität“ zu sprechen. Die Fahrradpolitik dieser Koalition ist in jeder Hinsicht deutlich ambitionierter als die der Vorgängerregierung. Es gibt deutlich mehr Mittel, wir reden alleine in diesem Haushalt von über 100 Millionen Euro. Es gibt deutlich mehr Personal und über 500 km neu gebaute Radwege.

Ihre Darstellung stellt ausschließlich auf die Rad-schnellwege ab. Da müssen Sie aber einfach zur Kenntnis nehmen, dass diese als Straßenbauprojekte dem kompletten Planungs- und Genehmigungsrecht unterliegen. Da reicht es nicht, dass sich Rot-Grün 2013 mal etwas überlegt hat. Im Übrigen sind für den Fortgang die planenden Kommunen zuständig.

Fazit: Sie fabulieren von Verkehrswende und denken Verkehrsthemen an der Realität von Zuständigkeiten, Organisation und Markt vorbei. Wenn Sie dann noch erklären, dass es in der Verkehrspolitik – ich zitiere aus Ihrem Antrag – „nicht auf den bedarfsgerechten Ausbau des verkehrsinfrastrukturellen Status quo“ ankomme, wird deutlich, dass Sie auch noch an den Mobilitätsbedarfen der Menschen vorbei handeln wollen.

Ich stelle fest: Wenn man Ihnen die Verantwortung für die Verkehrspolitik überträgt, dann ist die Mobilitätskrise in diesem Land garantiert. Um vor die Lage zu kommen, wie es der Kollege Löcker immer so nett formuliert, bedarf es einer zweiten Legislaturperiode der schwarz-gelben Koalition,

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

die auch im Verkehrssektor Ökologie und Ökonomie zusammenbringt. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Reuter. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Kollege Klocke das Wort.

Arndt Klocke (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Debatte hätte mehr Publikum gebraucht. Es ist jedenfalls eine zentrale landespolitische Debatte, und ich hätte mir, insbesondere was die beiden großen Fraktionen in diesem Haus angeht, gewünscht, dass ein paar mehr Abgeordnete da wären.

Wenn man den Umfragen glaubt,

(Zuruf von Rainer Deppe [CDU])

beispielsweise von „Westpol“, Infratest, aber auch von forsa und jetzt dem Redaktionsnetzwerk Deutschland, dann erkennt man: „Verkehr und Mobilität“ ist eines der Tophemen hier im Land hinter Corona und Schule/Bildung; es war auf Platz 3 gerankt. Wir haben jetzt eine längere Plenarwoche hinter uns. Es ist Freitagmittag, und alle haben vielleicht schon das Wochenende im Blick. Trotzdem hätte diese zentrale Mobilitätsdebatte mehr Aufmerksamkeit haben können.

Als heute Morgen der Präsident die Geburtstagswünsche ausgesprochen hat, habe ich gedacht, dass die SPD diese Debatte Carsten Löcker zu Ehren sozusagen zum Geburtstag schenke wollte. Jetzt ist er leider gar nicht da, sondern André Stinka hat gesprochen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Ulrich Reuter [FDP]: Der weiß warum!)

– Ja, wie auch immer. Kommen wir doch jetzt zu den inhaltlichen Themen.

Die Debatte wäre deswegen lohnend und notwendig – wir haben in dieser Legislatur ja noch ein paar Wochen vor uns, und es gibt sicherlich noch ein paar Podiumsdiskussionen, ob sie nun digital stattfinden oder in Präsenz –, weil natürlich die verkehrspolitische Bilanz nach fünf Jahren zu ziehen wäre. Das erfolgt logischerweise am Ende jeder Legislatur, das ist immer so. Wir haben eine intensive schulpolitische Debatte, und da wird auch Bilanz gezogen. In der Verkehrspolitik ist es ebenso.

Alle, die 2017 schon dabei waren – das sind ja die meisten –, erinnern sich sicherlich noch an den damaligen Landtagswahlkampf. Auch damals war die Verkehrspolitik eines der wahlentscheidenden Themen. Wenn man sich jegliche Wahlauswertungen

noch einmal ansieht, dann stellt man fest, dass neben der inneren Sicherheit und der Schulpolitik der zentrale Punkt bei der Stimmabgabe die Verkehrspolitik war.

Die beiden heute regierenden Parteien – wenn auch nur mit einer Stimme Mehrheit, aber immerhin hat es fünf Jahre funktioniert – haben im Wahlkampf zentral auf das Thema „Mobilität“ gesetzt. Ich sehe noch Christian Lindner, damals noch in NRW, jeden Morgen an irgendeiner anderen Autobahnauf- oder -abfahrt mit Brötchentüten mit dem Schriftzug: Gegen den Stau – FDP wählen. Und ich sehe noch die CDU-Großflächenplakate: Wer will denn weiterhin ins Lenkrad beißen? – Damit NRW mobil wird: CDU.

(Zuruf Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Die Mehrheit war ja nun knapp. Eine Stimme Mehrheit ist dünn.

(Ulrich Reuter [FDP]: Aber es reicht!)

Das heißt, FDP und CDU haben sich mit diesem Thema vielleicht massiv ihre eigene Mehrheit erarbeitet.

Dann muss man nach fünf Jahren prüfen: Was ist aus dem Versprochenen geworden? Da gebe ich schon der SPD recht: Es ist viel dünne Suppe dabei gewesen. Die Situation in Nordrhein-Westfalen ist nicht so viel besser, als sie es vor fünf Jahren war. Wir haben immer noch massiven Stau auf den Straßen. Bei den Radschnellwegen ist kaum etwas vorangekommen. Der ÖPNV, natürlich durchaus coronabedingt, ist momentan ein Stück ausgedünnt. Es hat jedenfalls nicht die großen Fortschritte gegeben.

In der Gesamtbilanz kann sich das eben nicht sehen lassen. Das wäre ehrlich. Der Kollege der FDP hat gerade gesagt, er sähe eine zweite Legislaturperiode heraufziehen. Die sehen, wenn man den Umfragen glaubt, die Wählerinnen und Wähler nicht, und ich persönlich sehe sie auch nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Jedenfalls wäre es für die Mobilität in Nordrhein-Westfalen gut, wenn es am 15. Mai zu einem Regierungswechsel käme.

(Ulrich Reuter [FDP]: Das hat letztes Mal auch keiner gesehen! – Zuruf von Markus Diekhoff [FDP])

Jetzt reden wir mal über inhaltliche Punkte bzw. über das, was wir Grüne zu kritisieren haben. Ich habe es über die Jahre – und das wissen alle – im Verkehrsausschuss immer so gehandhabt: Wir sind eine kritische, aber auch konstruktive Opposition. Es waren durchaus Sachen dabei – das wissen auch alle –, die wir miteinander bearbeitet haben, denen wir Grüne zugestimmt haben.

Ein Stichwort hat Uli Reuter eben genannt: die NE-Bahnen. Wir fanden es damals schon falsch, die

auslaufen zu lassen; es hatte haushalterische Sparsamkeitsgründe. Das war ein politischer Fehler. Dass die Landesregierung die wieder eingeführt hat und diese Förderung läuft, ist politisch eindeutig richtig – keine Frage. Auch das Aufwachsen des Etats im Radverkehrsbereich war richtig. Das haben wir damals selber auch schon gemacht. Der ist massiv ausgebaut worden.

Das Problematische ist, dass die Mittel in den Kommunen nicht abgerufen werden, jedenfalls in Teilen. Jedes Jahr geht ein Drittel bis ein Viertel wieder zurück an den Landesfinanzminister – der freut sich. Aber Geld macht im Haushalt nur dann Sinn, wenn real auch Radwege gebaut werden. Wie auch immer, aber den Etatansätzen haben wir von grüner Seite zugestimmt.

Jetzt reden wir aber einmal über den Straßenbau – das hat André Stinka eben auch angesprochen – und die Frage der Priorisierung. Da haben wir einen klaren politischen Dissens. Wenn man im Sommer mit Grün regieren will – je nachdem, mit wem man dann redet –, werden wir darüber zu diskutieren haben. Da haben wir eine klare Konfliktstellung, weil wir das deutlichere Setzen auf Straßenausbau ... Die Summen sind eben genannt worden: Es ist mehr als eine Verdoppelung im Landesstraßenneubau – beim Neubau von 32 Millionen auf 72 Millionen Euro, und es sind gut 60 % mehr beim Erhalt.

Eine ganze Reihe von Straßenprojekten lag jahrzehntelang in den Schubladen. Ich nenne mal zwei Beispiele:

L821 Bergkamen: Ein Projekt, das über 40 Jahre geplant wurde – wir hatten es auf Rot gesetzt, weil wir die Planung unsinnig fanden –, ist jetzt gerade in Bau gegangen.

Wuppertal – Marcel Hafke kennt es sicherlich; die SPD ist aber auch dafür – L419: Ich hatte kürzlich einen Termin als digitale Schalte mit den Bürgern vor Ort. Dabei war ein älterer Herr, der seit zehn Jahren im Ruhestand ist und der im Stadtplanungsamt von Wuppertal gearbeitet. Der hat im Jahre 1973 die Strichzeichnung für dieses Straßenprojekt gemacht.

Diese Sachen, die 40, 50 Jahre geplant worden und nie im Bau gegangen sind, hat Hendrik Wüst als damaliger Verkehrsminister – Stichwort „Investitionshochlauf“ – wieder in die Planung gegeben.

(Zuruf von Rainer Deppe [CDU])

Ich habe im Ausschuss zur Prioritätensetzung gefragt: Wenn wir an den Brücken mehr Kontrollen machen wollen, wenn wir die jährlich kontrollieren wollen und wenn wir das verhindern wollen, was jetzt an der Rahmede-Talbrücke stattgefunden hat, wo ist dann das Personal? Da hat uns Frau Sauerwein-Braksiek gesagt: Dann müsste ich die Leute aus dem Neubau abziehen. – Das ist eine politische Konfliktlage.

(Zuruf von Ulrich Reuter [FDP])

Diese Landesregierung hat nicht Erhalt vor Neubau weitergeführt, sondern hat massiv auf Neubau gesetzt und hat dort das Personal eingesetzt. Diese Leute fehlen uns beim Straßenerhalt, bei der Kontrolle von Brücken.

(Zuruf von Ulrich Reuter [FDP])

Eine zentrale Frage für die Zukunft ist eine Veränderung beim Landesbetrieb Straßenbau bzw. bei der Autobahn GmbH. Wir brauchen mehr Leute, die sich um Sanierung kümmern, die unsere Brücken kontrollieren. Umgehungsstraßen, die seit 40, 50, 60 Jahren in irgendwelchen Schubladen liegen, können aus grüner Sicht da auch weiterhin die nächsten 20 Jahre liegen, weil die zentrale Frage Priorisierung ist.

Priorisierung heißt: Wir müssen Erhalt voranbringen, Sanierung voranbringen und nicht unsinnigen Neubau, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Das ist eine rein planerische Debatte. Natürlich heißt Mobilitätsplanung für uns auch Klimaschutzplanung.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Es ist uns immer vorgeworfen worden, wir würden die Frösche retten wollen, die Sträucher retten wollen etc.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Wir wissen: Wenn wir unsere Klimaschutzziele in diesem Land einhalten wollen, können wir nicht das ganze Land mit irgendwelchen unsinnigen Umgehungsstraßen vollbetonieren.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Wir brauchen den Ausbau von Radwegen. Wir brauchen sicheren Radverkehr. Wir brauchen einen guten ÖPNV mit guten Ticket-Angeboten.

(Zurufe von Ulrich Reuter [FDP] und Marcel Hafke [FDP])

Wir brauchen vor allen Dingen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP – das haben wir jetzt gemeinsam verabredet im Koalitionsvertrag in Berlin –,

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

eine Priorisierung von Erhalt. Wir werden immer Straßenneubau haben, aber nicht mehr in der Form, wie er jetzt betrieben wird.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Das war ein politischer Fehler, und dafür werden Sie am 15. Mai die Quittung bekommen, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Klocke. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Keith das Wort.

Andreas Keith (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Dass sich niemand hier im Parlament der Altparteien in den letzten Jahrzehnten in der Verkehrspolitik mit Ruhm bekleckert hat, ist mittlerweile bei den Bürgern draußen angekommen.

Nach dem Regierungswechsel in Berlin sollte nun der Letzte wissen, wie schamlos und scheinheilig insbesondere die SPD die Bürger für dumm verkauft. Das als Antrag verkleidete Wahlkampfgetöse, das Sie hier vorlegen, überrascht daher nicht wirklich.

Sie werfen der Landesregierung vor, ein – Zitat – „verkehrspolitisches Trümmerfeld zu hinterlassen“. – Dazu einmal die folgende Rechnung, Herr Stinka: Die Talbrücke Rahmede, die Sie anführen, wurde 1968 fertiggestellt. Im letzten Jahr, 2021, wurde sie wegen nicht mehr zu sanierender Mängel gerade noch rechtzeitig stillgelegt. Meine Damen und Herren, zwischen der Fertigstellung der Brücke und ihrer Stilllegung liegen 55 Jahre.

Da frage ich mich jetzt: Wie viele dieser Jahre hat die SPD wohl in Nordrhein-Westfalen regiert? Ich sage es Ihnen: 46. Seit 1968 hat die SPD hier in Nordrhein-Westfalen 46 Jahre lang den Hut aufgehabt – elf davon in den letzten 20 Jahren, als man den Zustand aller Brücken hätte überprüfen müssen, Herr Stinka – jedenfalls als verantwortungsvolle Regierung. Das aber hat die SPD nicht getan.

Ich befürchte, Sie, geehrter Herr Stinka, haben den Bezug zur Realität komplett verloren. Dennoch stellen Sie sich hierhin und klagen dreist, dass es kein Frühwarnsystem für Brücken gibt. Das hätten Sie doch in den letzten 46 Jahren Regierung implementieren können.

Ja, für wie blöd halten Sie denn die Menschen da draußen eigentlich? Glauben Sie wirklich, die Bürger wüssten nicht, was hier passiert und welches Versagen Sie hier an den Tag gelegt haben?

Bedenklich ist auch, dass es die SPD schafft, Grundpfeiler unserer Verkehrspolitik komplett zu ignorieren. Ich beginne mit Landstraßen:

CDU und FDP versprachen Erhaltungsinvestitionen in Höhe von 200 Millionen Euro pro Jahr, insgesamt eine Bereitstellung von 1 Milliarde Euro. Schaut man aber genauer hin, ergeben die tatsächlich angesetzten Haushaltsmittel für die letzten vier Jahre gerade einmal 445 Millionen Euro. Das ist ziemlich weit weg von 1 Milliarde.

Sie aber erwähnen die Landstraßen nur ein einziges Mal, nämlich wenn Sie jammern, dass Radschnell-

wege den Landstraßen nicht gesetzlich gleichgestellt sind. Glauben Sie wirklich, das ist es, was die Menschen am dringendsten brauchen? Zur Arbeit bei Wind und Wetter, bei Sturm von Dortmund nach Essen mit dem Fahrrad? Glauben Sie das wirklich? – Wir glauben das nicht.

Thema „Lkw“: Die SPD kritisiert den dringend notwendigen Bau von mehr Lkw-Parkplätzen als – Zitat – „grundfalsche Verkehrspolitik“. – Liebe SPD, wir sprechen hier von gerade einmal 70, maximal 150 Stellplätzen, die Schwarz-Gelb in Aussicht stellt. Das entspricht gerade mal einer Raststätte. In Nordrhein-Westfalen fehlen aber aktuell 4.000 Stellplätze – und die brauchen wir auch.

Über 13 Millionen Fahrzeugkilometer werden in Nordrhein-Westfalen per Lkw zurückgelegt. Das ist mehr als in Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Schleswig-Holstein zusammen.

Wie sehr diese Stellplätze, Rastplätze fehlen, können Sie bei den Anwohnern, die in der Nähe von Autobahnabfahrten im Ruhrgebiet wohnen und täglich mit Fäkalien und Ruhestörungen leben müssen, erfragen – ganz unabhängig von den Zuständen, die die Fahrer ertragen müssen.

Weiter: Binnenschifffahrt. Der Rhein stellt eine der wichtigsten schiffbaren Flüsse dar. Ich spreche hier von Verbindungen nach Basel, Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam. Aber niemanden von Ihnen scheint zu interessieren, wie wir endlich mehr Tonnage weg vom Lkw auf die Wasserwege bringen. Dazu steht auch nichts im Antrag der SPD.

Wir hingegen fordern seit Jahren, die Rheinvertiefung endlich umzusetzen. Damit ließe sich der Lkw-Verkehr um 800.000 Fahrzeuge reduzieren. Wir haben dazu einen Antrag eingebracht, den Sie leider wieder mal abgelehnt haben.

Abgelehnt haben Sie es auch, in diesem Antrag die wirklich wichtigen Themen wie zum Beispiel Baustellen, Lärmschutz und Motorrad auch nur zu erwähnen, obwohl uns diese Themen in den vergangenen Jahren massiv beschäftigt haben.

Wenn schon eine Bilanz gezogen wird, dann aber bitte richtig. Aber zu einer ehrlichen Bilanz sind Sie nicht imstande. Dann müssten Sie nämlich das eigene Versagen der letzten 46 Jahre eingestehen und anerkennen. Die Trümmerfelder haben schließlich Sie hinterlassen, beim Verkehr wie auch in der Bildung.

Schwarz-Gelb hat die Chance verpasst, das Trümmerfeld aufzuräumen, und das wissen auch die Wähler. Und wenn sie das noch nicht wissen, wir werden ihnen das auf jeden Fall bei der nächsten Landtagswahl nahebringen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Keith. – Als Nächstes hat nun für die Landesregierung Frau Ministerin Brandes das Wort.

Ina Brandes, Ministerin für Verkehr: Verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich danke herzlich für die Möglichkeit, Ihnen die Erfolge der Landesregierung in der Verkehrspolitik seit 2017 jetzt vorstellen zu dürfen. Das ist eine schöne Aufgabe für einen Freitagmittag.

Doch zunächst sei ein Hinweis erlaubt, der hier jetzt schon ein paar Mal gesagt worden ist, den ich aber wiederholen muss: Die verkehrspolitischen Probleme im Land sind nicht vom Himmel gefallen.

(Beifall von der CDU und Ulrich Reuter [FDP])

Die baufälligen Brücken, die maroden Straßen, der heillos unterfinanzierte ÖPNV, all das ist eine Konsequenz dessen, was bis 2017 an Politik betrieben wurde.

(Sarah Philipp [SPD]: Für all das sind Sie zuständig, nicht vergessen! – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Seit die NRW-Koalition regiert, fließen Rekordinvestitionen in die Modernisierung und den bedarfsge rechten Ausbau unserer Infrastruktur.

Allein für den Erhalt von Landesstraßen steht in diesem Jahr eine Rekordsumme von 213 Millionen Euro zur Verfügung, ganz erheblich mehr als für den Neubau. Ich würde wirklich bitten, mit dem Unsinn aufzuhören, ständig darüber zu reden.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Christian Dahm [SPD])

Mein Vorgänger im Amt, Ministerpräsident Hendrik Wüst, hat eine beispiellose Modernisierungsoffensive für unsere Verkehrsnetze auf den Weg gebracht. Er hat das getan, was unser Land dringend gebraucht hat. Wir investieren und bauen nicht nur viel, sondern wir sorgen auch dafür, dass es schneller geht, indem wir auf allen Ebenen, bei Planung, Genehmigung und Bau, kräftig die Kapazitäten erhöht und mit zwei Infrastrukturlösungen für mehr Tempo gesorgt haben.

Wir haben im Landesbetrieb Straßen.NRW eine Fachkräfteoffensive gestartet und seit Regierungswechsel mehr als 270 neue Planerstellen geschaffen. Dass unser Planungs-, Genehmigungs- und Bauhochlauf ankommt, sieht man am Abruf der Bundesmittel. Klaus Vossemer hat das vorhin gesagt: Wir haben 600 Millionen Euro mehr abgerufen, als Nordrhein-Westfalen eigentlich zugestanden hätte. Rot-Grün hat nicht mal das abgerufen, was man ohne Problem hätte kriegen können.

Wir investieren Rekordsummen in alle Verkehrsträger und sorgen dafür, dass das Geld ankommt und schnell verbaut wird. Das muss jetzt konsequent fortgesetzt werden. Wir sehen es an der A45. Wir brauchen dringend Beschleunigung und Vereinfachung von Verfahren, und dafür werden wir uns bei der Autobahn GmbH und beim Bundesverkehrsministerium mit aller Energie einsetzen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wer heute Verantwortung für Verkehrspolitik hat, muss sich um den Schutz unseres Klimas kümmern. Die notwendige Senkung der Emissionen schaffen wir nur,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wie konnte dann Lüdenscheid überhaupt passieren, wenn alles so top ist?)

wenn wir konsequent dafür sorgen, dass mehr Menschen mit Bus und Bahn fahren. Damit das gelingt, haben wir 2019 eine ÖPNV-Offensive über bislang 4 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Wir sorgen für eine Modernisierung unserer Stadt- und Straßenbahnen, ein robustes Schienennetz im Regionalverkehr, die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken, die Etablierung von Schnellbuslinien und On-Demand-Verkehr.

Gleichzeitig haben wir einen Riesenschritt gemacht in der Digitalisierung des ÖPNV. Mit unserer mobil.nrw-App gibt es erstmals alle Tickets im Nahverkehr in nur einer App. Eezy.nrw ist flächendeckend im ganzen Land ein verbundübergreifender eTarif.

Das Thema „Güterverkehr“ ist hier auch schon häufig angesprochen worden. Natürlich brauchen wir eine Verkehrsverlagerung. Deswegen kümmern wir uns erstens konsequent um den dreigleisigen Ausbau der Betuwe-Linie. Zweitens setzen wir unser NE-Bahnprojekt und den Anschluss an die letzte Meile des Bahnnetzes konsequent fort. Als dritte Maßnahme nenne ich die Anstrengungen für die Binnenschifffahrt. Hier liegen riesige Potenziale für einen sauberen und effizienten Güterverkehr.

Hendrik Wüst hat die Modernisierung der Wasserstraßen zur Priorität gemacht und sich beim Bund gekümmert. So wurden 80 zusätzliche Stellen für die WSV nur für Projekte in Nordrhein-Westfalen bewilligt, und es gibt einen weiteren Standort im Land. Dazu gibt es einen Aktionsplan, mit dem wir alle Wasserstraßenprojekte transparent nachverfolgen und prüfen können.

Als weiteren Beitrag zum Klimaschutz sorgen wir dafür, dass sich noch mehr Menschen aus Überzeugung für das Rad entscheiden. Seit diesem Jahr hat Nordrhein-Westfalen als erstes Flächenland die Förderung des Radverkehrs in einem Gesetz verankert. Es ist mehrfach gesagt worden, wir sind dabei, die Radinfrastruktur kräftig auszubauen. Wir haben über 580 km neue Radwege gebaut, und wir arbeiten

weiter daran, um ein Radvorrangnetz zu schaffen. Es gibt 102 Millionen Euro Landesmittel in diesem Jahr, und wir arbeiten auch daran, dass diese Mittel so schnell wie möglich bei den Kommunen ankommen. Auch da gibt es eine systematische, organisatorische und fachliche Unterstützung.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ja!)

Und diese Unterstützung – das will ich jetzt noch einmal an die Adresse der SPD sagen – kommt aus einer Stabsstelle Radverkehr im Verkehrsministerium. Ich wäre Ihnen wirklich sehr dankbar, wenn Sie sich merken würden, dass es diese Stabsstelle gibt. Da sind nämlich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit großer Fachkompetenz und großem Elan daran arbeiten, den Radverkehr voranzubringen. Dass Sie ständig behaupten, diese Stabsstelle gebe es nicht, ist nicht gut für irgendjemandes Motivation in der Sache.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Sarah Philipp [SPD])

Was uns außerdem wichtig ist: Digitalisierung, Vernetzung und Automatisierung bieten riesige Chancen, Mobilität besser, sicherer und sauberer zu machen, und diese Chancen nutzen wir. Nordrhein-Westfalen ist Modellregion für Mobilität 4.0. Wir legen hier einen großen Schwerpunkt auf die enge Zusammenarbeit mit Kommunen, denn dort sind Bürgerinnen und Bürger mobil. Wir engagieren uns in Zusammenschlüssen wie dem Bündnis für moderne Mobilität, haben die Förderrichtlinie für vernetzte Mobilität und Mobilitätsmanagement sowie weitere Förderwettbewerbe im Land und in einem städtischen Raum aufgesetzt.

Wir unterstützen Forschung, Entwicklung und Anwendung der Mobilität der Zukunft über alle Verkehrsträger hinweg.

Kurzum: Wir sind überzeugt, dass zu einer modernen Verkehrspolitik gehört, mutige Forschungsvorhaben zu fördern, und das tun wir konsequent.

Neben der Verantwortung für das Klima hat man als Verkehrspolitiker in einem Land wie Nordrhein-Westfalen eine Verantwortung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir wollen eine Mobilität, die alltags-tauglich und bezahlbar ist für alle, in Stadt und Land, für Jung und Alt, für Menschen mit und ohne Behinderungen – Mobilität, die gesellschaftlichen Zusammenhalt schafft. Statt individuelle Mobilität zu verteuern und das Auto damit unattraktiv zu machen, machen wir den Menschen doch einfach ein besseres öffentliches Angebot, zum Beispiel auf stillgelegten Bahntrassen, die wir reaktivieren, mit Schnellbussen, die den ländlichen Raum anbinden, oder mit On-Demand-Mobilität, also einem öffentlichen Personennahverkehr auf Bestellung.

Unsere Aufgabe als Politik ist es, die unterschiedlichen Bedürfnisse in Stadt und Land angemessen zu berücksichtigen, und ich darf sagen, das tun wir.

Sie sehen und hören, wir haben viel getan, es gibt aber auch noch viel zu tun. Die Umsetzung von Infrastrukturprojekten dauert länger als eine Legislaturperiode; das wissen wir hoffentlich alle.

(Zuruf von Sarah Philipp [SPD])

Mit der beschleunigenden Begleitung des Ersatzneubaus auf der A45, dem Ausbau des Radwegenetzes, dem konsequenten weiteren Ausbau des ÖPNV im ländlichen Raum und der Umsetzung der Zielnetzkonzeption nenne ich nur einige Projekte, die wir in den kommenden fünf Jahren weiter vorantreiben möchten.

Ich freue mich darauf, die Menschen in Nordrhein-Westfalen weiter mit guter Mobilität zu unterstützen. – Ich danke Ihnen herzlich.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Brandes. – Als nächster Redner hat nun noch einmal für die Fraktion der SPD Herr Abgeordneter Kollege Stinka das Wort.

André Stinka* (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, wenn so Erfolg aussieht, dann bin doppelt motiviert, in den Wahlkampf zu gehen, denn das ist ja wohl die letzte Nummer, die Sie hier gedreht haben.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Matthias Kerkhoff [CDU])

Das ist eine Totalkatastrophe. Frau Ministerin, Sie sagen, wir haben da eine Stabsstelle. Nein, es ist Aufgabe, dass der Minister sagt, wo es langgeht, und der Minister plant. Im Westmünsterland sind keine Planungen zu Radverkehrswegen durchgesetzt worden.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Was nützt Ihnen das Geld, wenn nicht gebaut wird? Noch einmal: Wenn so Erfolg aussieht, oh Gott, oh Gott, was steht uns die nächsten Tage noch bevor? Aber im Juni ist Schluss, Frau Ministerin, mit diesem Durcheinander.

(Beifall von der SPD)

Ganz interessant ist ja, wenn Herr Voussem anfängt mit Herrn Goethe. Goethe, toller Mann, wunderbar geschrieben.

(Zurufe von Matthias Kerkhoff [CDU] und Sven Wolf [SPD])

Alles wunderbar. Das zeigt aber nur: Sie haben eine rückwärtsgewandte Verkehrspolitik heute vorgestellt.

Wenn ich eine Broschüre hören will, dann höre ich Ihrer Ministerin zu.

(Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Das war eine Wahlkampfbroschüre, mehr nicht, was wir heute gehört, aber nicht, wo sich zentral etwas ändert.

(Beifall von der SPD)

Ich sage Ihnen eins, weil hier vorhin über Bilanz gesprochen wurde: Ich kann mich noch an die Plakate, an Mike Groschek, der hier in diesem Haus gesagt hat, wie viel Zeit er braucht, und daran erinnern, wie Sie darauf reagiert haben. Groschek hat sich dafür eingesetzt, dass die Mittel nach Nordrhein-Westfalen gekommen sind.

(Sarah Philipp [SPD]: Ganz genau!)

Sie haben ihn damals verhöhnt.

(Beifall von der SPD und Arndt Klocke [GRÜNE] – Zurufe von der CDU)

Herr Reuter, wenn Sie über das Ziel reden, die Plakate haben wir nicht vergessen, die Croissants haben wir nicht vergessen. Sie haben damals draufgeschrieben, das Frühstück würde man auf der Autobahn einnehmen. Heute sind wir beim Mittagessen. So weit sind wir gekommen, und das nach fünf Jahren. Das sage ich Ihnen hier in aller Deutlichkeit.

(Beifall von der SPD)

Wir erinnern uns doch alle noch daran, wie Verkehrsminister Wüst in die Verkehrspolitik eingestiegen ist, nämlich mit der Abschaffung des Sozialtickets. Also erzählen Sie hier nicht, dass Sie alle Menschen im Blick haben. Nein, Sie wollten Menschen von der Mobilität ausgrenzen.

(Beifall von der SPD)

Zum Ausgrenzen: Als das Nahmobilitätsgesetz hier diskutiert wurde, haben Ihnen die Kommunen ins Stammbuch geschrieben, dass sie nicht beteiligt werden. Wie will die Landesregierung die Verkehrswende organisieren, wenn die Kommunen am Rande stehen? Sie müssen gemeinsam mit dem Land aktiv werden.

Insofern reden Sie nicht darüber, wie Sie sie einbinden. Sie haben sie ausgeschlossen. Keine Zielmarke im Radverkehrsgesetz, keine Zielmarke, wie viel CO₂ eingespart werden soll. Wenn Sie die Klimawende wollen, frage ich mich, wo denn eigentlich Ihre Beteiligung beim Klimaschutzgesetz war. – Fehlanzeige. Das ist in einem Ressort diskutiert worden.

Wo ist das Sektorziel Verkehr in Nordrhein-Westfalen? – Fehlanzeige. Der Kern dieser gescheiterten Regierung ist: Sie scheuen Verantwortung. Die Fragen, die zu lösen sind, sind schwierig. Man wird nicht umsonst Minister oder Staatssekretär. Dann muss

man auch das Rückgrat haben, Dinge durchzusetzen. Weiter so zu wurschteln und auf Vorgänger zu schimpfen, die Geld gesucht haben, reicht für die Zukunftswende hier in Nordrhein-Westfalen nicht.

(Beifall von der SPD)

Bei der Bahn wird es ganz spannend, Herr Reuter: Ich komme aus dem Münsterland. Wie wurden dort Hendrik Wüst und sein Kumpel Andi Scheuer gefeiert? Zum Glück ist der Scheuer gefeuert worden; das ist ja wunderbar.

(Christian Dahm [SPD]: Der Erste, der Zweite noch nicht!)

Wie wurde damals der zweigleisige Ausbau sofort ins Stammbuch geschrieben. Heute, wenige Wochen vor dem Ende der Landesregierung, gibt es eine Initiative des Landes. Das werden Ihnen die Leute nicht durchgehen lassen.

Ich sage es noch mal: Wir bleiben bei unserem Antrag. Die Bilanz ist fürchterlich für unser Land; sie wird in wenigen Monaten zu Ende gehen. Dann wird mit Rückgrat für die Zukunft in Nordrhein-Westfalen gearbeitet. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Stinka. – Weitere Wortmeldungen liegen zum Tagesordnungspunkt 3 nicht vor, so dass wir am Schluss der Aussprache sind.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der SPD hat direkte Abstimmung beantragt, sodass ich nunmehr frage, wer dem Inhalt des Antrags Drucksache 17/16479 zustimmen möchte. – Das sind – nicht wirklich überraschend – die Abgeordneten der Fraktion der SPD als antragstellende Fraktion. Gegenstimmen? – Die finden sich bei den Abgeordneten der Fraktionen von CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen sowie AfD. Der guten Ordnung halber frage ich: Gibt es eine Kollegin oder einen Kollegen, der sich der Stimme enthalten möchte? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 17/16479 abgelehnt** wurde.

Ich rufe auf:

4 Kreislaufwirtschaft im Baugewerbe endlich konsequent umsetzen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/16467

Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, dass eine Aussprache hierzu heute nicht erfolgen soll.

Der Ältestenrat empfiehlt uns die Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen. Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen – ansonsten mögen Sie jetzt widersprechen, wenn ich eine falsche Information habe – haben sich darauf verständigt, dass die abschließende Beratung und Abstimmung nach Vorlage einer Beschlussempfehlung des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen erfolgen soll. Habe ich das so richtig wiedergegeben? – Wunderbar.

Dann lasse ich jetzt über diese Überweisungsempfehlung abstimmen und darf fragen, wer zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten von CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und AfD, also alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine. Gegenstimmen? – Auch keine. Damit ist die **Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen** worden.

Ich rufe auf:

5 Demonstranten und Spaziergänger nicht gängeln und verteufeln, sondern ernst nehmen. – Versammlungsfreiheit achten!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16474

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der AfD Herrn Abgeordneten Tritschler das Wort.

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit ein paar Monaten versammeln sich ein paar Meter von hier Samstag für Samstag Tausende Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft und demonstrieren für unsere Freiheit – für die Freiheit, ihren Beruf ausüben zu können, für die Freiheit, einkaufen oder weggehen oder überhaupt nur rausgehen zu können, wann sie wollen, vor allem aber für die Freiheit, darüber zu entscheiden, was sie sich spritzen lassen und was nicht.

In einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat ist die Versammlungsfreiheit nicht nur das gute Recht aller, sondern sogar ein essenzieller Grundbestandteil einer solchen Ordnung.

Die Reaktionen aus der etablierten Politik der vergangenen Wochen zeigen aber, wie sehr Sie, meine Damen und Herren von CDU, SPD, FDP und Grünen, inzwischen mit dieser Ordnung auf Kriegsfuß stehen.

Da ist zum Beispiel ein CDU-Oberbürgermeister, der die Versammlung mit fadenscheinigen Argumenten zu verbieten versucht und glücklicherweise noch von einem Gericht gestoppt wird.

Da ist ein CDU-Ministerpräsident, der die Bürger mit bemerkenswerter Arroganz ermahnt, sie sollen doch aufpassen, mit wem sie da spazieren gehen.

Da ist Deutschlands oberster Bürokrat von der SPD, der meint, der Spaziergang habe seine Unschuld verloren.

Da ist ein FDP-Justizminister, der Bürgern rät, Sie sollen solchen Sachen doch lieber fernbleiben.

Da ist ein CDU-Innenminister, der den protestierenden Bürgern gleich seinen Geheimdienst auf den Hals hetzt, der natürlich wie bestellt und ohne jeden Beleg behaupten lässt, es seien bis zu 10 % Rechtsradikale dabei.

Wir können gerade in Echtzeit dabei zusehen – gestern war es wieder sehr deutlich –, wie Ihr ganzes Panik- und Schauerärmchengebilde rund um Corona in sich zusammenfällt. Je mehr Ihre Narrative und zum Teil unwissenschaftliche Panikmache an der mit Händen greifbaren Realität zerschellt, desto schriller werden Ihre Abwehrreaktionen.

Sie haben unseren Bürgern zwei Jahre ihres Lebens gestohlen, Existenzen gefährdet oder vernichtet, Lebenswege zerstört, Milliardenwerte verbrannt und auch riesiges Leid verursacht.

Die Menschen, die Opfer dieser Politik, die klug genug sind, sich nicht von Ihren Staatsmedien in den Zustand von Dauerpanik versetzen zu lassen, wehren sich: Sie gehen überall im Land auf die Straße. Das sind eben Menschen aus allen Lebensbereichen und keineswegs Radikale, wie Sie es immer darzustellen versuchen.

Auffallend viele davon kommen aber aus Medizin und Pflege, denn sie können täglich live miterleben, wie katastrophal Ihre Gesundheitspolitik ist. Das wüssten Sie auch, wenn Sie sich mal ein eigenes Bild vor Ort machen würden.

Das könnten Sie wissen, wenn Sie, wie ich das regelmäßig mache, bei einer solchen Versammlung vorbeischaue und mit den Leuten reden würden. Da stehen Sie dann zwischen Deutschland-, Regenbogen- und Che-Guevara-Fahnen, denn es geht hier nicht um rechts oder links, sondern um Rechtsstaat und um Freiheit. Die Menschen, die dafür demonstrieren, verdienen unseren Respekt und unsere Achtung.

(Beifall von der AfD)

Insbesondere verdienen sie die von den Maulhelden, die diese Werte ständig wie eine Monstranz vor sich her tragen, um sie dann bei jeder Gelegenheit zu missachten:

Es ist geradezu abstoßend, dass ausgerechnet die Parteien, die für jeden Unsinn und für jeden Schmutz, der im Rahmen der Klimareligion passiert, Verständnis haben, sich hier plötzlich darüber ereifern, dass

Freiheitsdemonstranten unter freiem Himmel keine Maske tragen, obwohl wir alle längst wissen, dass es dafür keine wissenschaftlich haltbare Begründung gibt.

Es ist lächerlich und verlogen, dass die Grünen, die Schutzpartei der Baumbewohner, die Polizisten mit eigenem Kot bewerfen, und derjenigen, die sich an der Straße festkleben und Rettungswagen blockieren, hier plötzlich das Versammlungsrecht aushebeln.

Wer wenn nicht Ihre klimareligiösen Vorfeldorganisationen haben bereits mehrfach Angriffe auf dieses Parlament ausgeübt? Wer wenn nicht genau diese Radikalen sind dafür verantwortlich, dass der Landtag seit Monaten unter massivem Polizeischutz steht? Wo ist da eigentlich Ihre Empörung?

Nicht besser ist übrigens die SPD, die regelmäßig gemeinsam mit linksradikalen Schlägertrupps demonstriert

(Sven Wolf [SPD]: Was ist das denn? Unverschämtheit! – Sarah Philipp [SPD]: Wo denn?)

oder wie bei uns in Köln alljährlich im Mai mit Stalin-Bannerträgern durch die Straßen zieht. Sie brauchen mir von Demokratie wirklich nichts zu erzählen.

(Sven Wolf [SPD]: Wir verteidigen diese Demokratie seit über 150 Jahren!)

– Wollen Sie die Bilder mit Stalin-Bannerträgern sehen? – Nein, meine Damen und Herren, Sie sind wirklich die Allerletzten, die sich ein Urteil über friedliche Demonstranten und Spaziergänger anmaßen dürfen.

Diese Versammlungen sind richtig und wichtig, auch und gerade, wenn sie gegen die Herrschenden, wenn sie gegen Sie gerichtet sind. Deshalb treten wir, tritt die AfD für diese Menschen ein – egal, wo sie herkommen, egal, was oder wen sie wählen. Es sind freie Bürger unseres Landes, und wir kämpfen für ihre Rechte – offensichtlich als Einzige hier. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: So, als Nächster spricht Herr Schrupf für die CDU-Fraktion.

Fabian Schrupf (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Tritschler, das muss man erst einmal hinbekommen. Sie reden viel von Freiheit und demokratischer Grundordnung, mit Ihrem Antrag machen Sie als AfD aber nur eines: Sie machen zum wiederholten Mal Ihre fragwürdige Einstellung zu unserem Grundgesetz deutlich.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der SPD)

Sie haben ein Problem mit der Pressefreiheit bei uns, Sie haben ein Problem mit der Meinungsfreiheit bei uns. Das haben Sie mit diesem Antrag nochmals in aller Deutlichkeit schwarz auf weiß, hier und heute dokumentiert, sodass sich jedwede weitere Diskussion erübrigt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD] – Helmut Seifen [AfD]: Wieder keine Argumente, nichts haben Sie!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Schrumpf. – Nun hat das Wort für die SPD-Fraktion unser frisch ins Mandat gekommene Kollege Herr Heinrichs, Falk mit Vorname. Ich begrüße Sie herzlich am Pult. Es ist Ihre erste Rede. Der Usus erlaubt uns, Ihnen dafür alles Gute zu wünschen.

(Beifall von der SPD, der CDU, Verena Schäfer [GRÜNE] und Stephan Haupt [FDP])

Herzlich willkommen! Viel Spaß dabei, legen Sie mal los! Wir gratulieren zur ersten Rede. Bitte.

Falk Heinrichs^{*)} (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich war vor einigen Jahren ja schon mal in diesem Landtag. Da waren Sie, Gott sei Dank, noch nicht da.

(Der Redner deutet zur AfD-Fraktion. – Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Deswegen – das kann ich hier sagen – war es damals doch eine einfachere Rede.

Ich möchte Ihnen noch etwas sagen, Herr Tritschler. Hier kommt ja gleich der Sturm auf, alle reden vom Sturm. Was Sie hier gebracht haben, war aber ein laues Lüftchen, und dieser Wind wird Ihnen in Ihr Gesicht noch zurückblasen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD] – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Bab, bab!)

Meine Damen und Herren, die in Art. 8 Grundgesetz manifestierte Versammlungsfreiheit ist ein wichtiges Grundrecht. Das haben Sie angesprochen. Eine der großen Errungenschaften in unserer Verfassungsordnung ist, dass die Grundrechte auch geachtet und verteidigt werden. Aber was Sie hier gemacht haben – das muss ich einmal unmissverständlich sagen –: Die Versammlungsfreiheit nach Art. 8 des Grundgesetzes ist immer mit der Einschränkung verbunden, dass die Versammlung friedlich abläuft, ablaufen muss.

(Uta Opelt [AfD]: Ja, genau!)

Natürlich haben sich die Sammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer immer an die gesetzlichen Bestimmungen zu halten.

(Andreas Keith [AfD]: So ist das richtig, ja-wohl!)

Noch viel gravierender aber ist der Aspekt: Einige der Teilnehmer und Teilnehmerinnen auf den Versammlungen gegen die Coronamaßnahmen überschreiten mittlerweile diese Grenze, und sie rufen dann manchmal noch zu Hetze auf. Mit großer Aggression werden von ihnen Maßnahmen des Staates zur Bekämpfung der Pandemie umgedeutet in Akte einer Diktatur, gegen die man sich ja wehren muss.

(Andreas Keith [AfD]: Eine einzige Anzeige!)

Deshalb verlieren Sie offenkundig jedwede Hemmungen.

(Andreas Keith [AfD]: Unglaublich!)

So richteten sich bereits in den Jahren 2020 und 2021 nach Angaben der nordrhein-westfälischen Kriminalpolizei in Zusammenhang mit Coronademonstrationen 794 politisch motivierte Straftaten konkret gegen Einzelpersonen und allgemein gegen bestimmte Personengruppen, wie zum Beispiel Mediziner. Das Schlimme daran war: Darunter waren zum Teil auch massive Bedrohungen bis hin zu Morddrohungen.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Habe ich auch schon bekommen!)

Auch wenn es sich hier glücklicherweise nach wie vor um eine kleine Minderheit handelt – nach Einschätzung von Sicherheitsexperten ist die vom Spektrum gewaltbereiter Coronaleugner und Impfgegner ausgehende Terrorgefahr inzwischen hoch.

Darüber hinaus versuchen nach einem aktuellen Bericht des Innenministeriums – Herr Minister sitzt hier – an den Innenausschuss des Landtags in letzter Zeit verstärkt extremistische Gruppen, Protestversammlungen gegen die Coronaschutzmaßnahmen zu mobilisieren sowie insbesondere bestehende Versammlungen zu unterwandern und ihre Organisation und Durchführung zu beeinflussen.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Wie bei den Gegendemonstranten!)

Es besteht überhaupt kein Anlass, diese Einschätzung des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes sowie des Innenministeriums in Zweifel zu ziehen. Das ist eine Entwicklung, die Sie in Ihrem Antrag bewusst ausblenden oder sogar negieren.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Jeder, der seinen Protest auf die Straße trägt, muss wachsam sein und darauf achten, mit wem er gemeinsam protestiert.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Auch wenn es sich bei den Extremisten um eine Minderheit handelt, gilt dennoch für die Mehrheit aller anderen Demonstranten: Niemand darf sich bei seinem

Protest von Rechtsradikalen und anderen Demokratiefeinden vereinnahmen lassen.

(Zurufe von der AfD)

– Hören Sie doch zu! Es ist letztendlich auch klar, dass Ihnen, liebe AfD-Fraktion, die Kritik an den Extremisten innerhalb der Coronaprotestszene nicht gefällt. Schließlich handelt es sich für einen nicht unbeträchtlichen Teil Ihrer Partei und bei diesem Personenkreis um Gesinnungsgenossen.

(Helmut Seifen [AfD]: Quatsch! – Zuruf von der AfD: Völliger Blödsinn!)

Aber Sie erwarten doch nicht im Ernst, dass wir Demokraten hier keinen Widerspruch leisten werden. Aus diesem Grund, liebe AfD, werden wir diesen Antrag natürlich ablehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Matthias Kerkhoff [CDU])

Vizepräsident Oliver Keymis: Herzlichen Dank, Herr Heinrichs. – Wir haben natürlich alle gemerkt, dass Sie nicht zum ersten Mal an diesem Pult standen. Das muss ich jetzt den Kollegen auch noch einmal verraten. Aber so ist das eben: Trotzdem war es ja Ihre erste Rede in dieser Legislatur. Also Glückwunsch dazu und weiter so, immer für die Demokratie gemeinsam gestritten!

(Beifall von René Schneider [SPD] und Verena Schäffer [GRÜNE])

Es spricht als Nächster für die FDP Herr Mangen. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Christian Mangen (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD-Fraktion, mit Ihrem Antrag hier haben Sie den traurigen Mut, uns tatsächlich aufzufordern, dass wir die Versammlungsfreiheit von Spaziergängern achten sollen. Aber gerade durch die Handlung des Spazierengehens entfernen sich die Damen und Herren ja vom Demonstrationsrecht und unterfallen damit denklogisch nicht der Demonstrationsfreiheit.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Wenn Sie allen Ernstes hier in dem Antrag behaupten, Infektionsschutzmaßnahmen würden nur dazu auferlegt, um Demonstrationen zu verbieten, dann ist das in den Bereich der Fabel zu verweisen. Spätestens wenn Sie im Antrag vom „sogenannten“ NRW-Verfassungsschutz reden und dann auch noch die Parteizugehörigkeit eines leitenden Beamten aus dieser Behörde damit in einen Topf werfen, dann muss man über diesen Antrag wirklich nicht ernsthaft weiter diskutieren. Wir werden ihn jedenfalls ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP, der CDU und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Mangen. – Jetzt hat Frau Schäffer das Wort für die Grünen.

Verena Schäffer³⁾ (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Versammlungsfreiheit ist in einem Rechtsstaat ein hohes Gut und natürlich auch verfassungsrechtlich geschützt. Die Versammlungen sind ein wichtiger Bestandteil des politischen Meinungs- und Willensbildungsprozesses. Das Bundesverfassungsgericht hat schon 1985 in seinem Beschluss zu Brokdorf sehr deutlich gemacht, dass die Versammlungsfreiheit zu den unentbehrlichen Funktionselementen eines demokratischen Gemeinwesens gehört.

Ja, natürlich, die Versammlungsfreiheit dürfen alle Menschen in Deutschland nutzen und sich darauf berufen, ganz unabhängig von ihren jeweiligen politischen Ansichten. Das ist auch gut so. Gerade das macht doch unseren demokratischen Rechtsstaat aus.

Ich will auch noch einmal klar sagen, dass Infektionsschutzmaßnahmen, also das Tragen von Masken oder auch das Abstandsgebot, in keinsten Weise die Versammlungsfreiheit einschränken. Auch mit Maske, auch mit Abstandsgebot kann man sich versammeln und kann seine politische Meinung kundtun, wie das auch vielfach in Nordrhein-Westfalen genutzt wird und in den letzten zwei Jahren genutzt wurde. Ich glaube, das macht deutlich, dass es keine Einschränkung der Versammlungsfreiheit bedeutet.

Es ist auch keine Einschränkung der Versammlungsfreiheit, wenn der Verfassungsschutz als Frühwarnsystem verfassungsfeindliche Bestrebungen analysiert und darüber die Öffentlichkeit informiert. Ich will noch mal klar sagen: Das ist auch die Aufgabe des Verfassungsschutzes. Schauen Sie vielleicht noch mal in das Verfassungsschutzgesetz. Da ist das ganz klar definiert, und ich erwarte das auch vom Verfassungsschutz, dass er genau das tut.

Es ist richtig, dass der Verfassungsschutz das Spektrum der sogenannten Querdenker und Coronaleugner analysiert hat. Wenn man sich anguckt, wie viele Straftaten allein in den letzten beiden Jahren begangen wurden, stellt man fest: Es wurden über 1.400 Straftaten in diesen beiden Pandemie Jahren verzeichnet, 794 Straftaten in den letzten beiden Jahren im Zusammenhang mit Corona gegen Einzelpersonen oder Personengruppen. Das macht, finde ich, auch noch mal deutlich, was für eine Gewaltakzeptanz es in dieser Szene gibt. Dass im Prinzip an jedem Tag ein Mensch von Personen aus diesem Spektrum bedroht wird, angegriffen wird, angepöbelt

wird, macht sehr deutlich, über was wir hier reden und dass es auch eine Gewaltakzeptanz gibt.

Es vergeht kein Tag, an dem nicht in Netzwerken wie Telegram bundesweit Gewalt- und Mordaufrufe veröffentlicht werden. Ich finde, das ist einfach unerträglich.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Das ist nicht hinnehmbar, und da braucht es auch die Solidarität der gesamten Gesellschaft.

In Nordrhein-Westfalen haben alle relevanten rechtsextremen Parteien und Gruppierungen – von der Partei Die Rechte über den Dritten Weg bis hin zur NPD und den Identitären – an solchen Demonstrationen teilgenommen oder nehmen weiterhin daran teil, und an manchen Orten werden diese Demonstrationen sogar von Rechtsextremen ganz maßgeblich organisiert. Da erwarte ich auch vom Verfassungsschutz, dass er das klar benennt, und ich erwarte das auch von einem Innenminister – und das tut er ja auch –, dass er das öffentlich klar benennt. Das finde ich absolut wichtig.

Ich will noch mal deutlich sagen: Natürlich ist Protest legitim, und die Versammlungsfreiheit muss als Grundrecht geschützt werden. Aber man darf, und, ich finde, man muss auch die Frage stellen, ob man mit Rechtsextremen auf eine Demonstration gehen will. Ich erwarte hier auch von Demokratinnen und Demokraten eine ganz klare Abgrenzung von dieser Szene.

Dass sich die AfD gerade nicht abgrenzt, sondern vor Ort ganz oft auch ein aktiver Teil dieser Szene ist, spricht eben auch Bände.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Eines möchte ich noch sagen, denn auf diesen Demonstrationen werden ganz massiv Verschwörungsmychen verbreitet. Wir wissen, dass die Ablehnung des Staates und die Verschwörungsideologien nach der Pandemie nicht verschwunden sein werden. Deshalb müssen wir über ein Gesamtkonzept sprechen, wie wir diesen Verschwörungsmychen begegnen.

Ich will aber auch noch mal daran erinnern, dass sich morgen zum zweiten Mal der Anschlag von Hanau jähren wird. Der Anschlag von Hanau war nicht nur geprägt von rassistischem und rechtsextremem Denken. Die Motivation des Attentäters waren eben auch Verschwörungsmychen. Das war nicht nur in Hanau so, das war zuvor in Halle so, das war in München so, das war in Christchurch so,

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

das war bei dem Anschlag in Oslo und Utøya so.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Bei diesen Attentätern haben Verschwörungsmychen eine ganz maßgebliche Rolle gespielt.

(Helmut Seifen [AfD]: Das waren einfach Mörder!)

– Das waren nicht nur einfach Mörder, sondern das waren politische Anschläge,

(Beifall von den GRÜNEN – Helmut Seifen [AfD]: Quatsch!)

die ganz bewusst begangen wurden gegen Personengruppen, die einen Migrationshintergrund haben. Wir wissen, dass der Rassismus eine große Rolle spielte, aber auch Verschwörungsmychen

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

bei den Attentätern eine Rolle spielten. Ich finde, das kann man gerade nicht negieren. Dass Sie das tun, spricht auch wiederum Bände.

Deshalb muss doch klar sein auch mit dem Blick auf morgen,

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

dass die von Rassismus, von Rechtsextremismus und von Verschwörungsmychen ausgehende Gefahr weiterhin sehr groß ist.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Gerade in dieser Zeit braucht es die klare Haltung von allen Demokratinnen und Demokraten gegen Hass und Gewalt. Ich bin froh, dass die Mehrheit in diesem Parlament demokratisch ist und genau diese Haltung auch einnimmt.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Schäffer. – Jetzt hat der Innenminister das Wort. Herr Reul, bitte schön.

(Christian Loose [AfD]: Die DDR war ja auch eine Demokratie! Steht ja schon im Namen!)

Herbert Reul, Minister des Innern: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur ein paar kurze Anmerkungen – viel ist ja schon gesagt worden. Erstens: Wenn Sie im Antrag behaupten, dass versucht wird, Versammlungen zu unterbinden, ist das schlicht und einfach eine Frechheit. Meine Polizisten,

(Zurufe von der AfD)

unsere Polizistinnen und Polizisten in Nordrhein-Westfalen halten sich nicht nur an das Grundgesetz, sie verteidigen es täglich, inklusive der Versammlungsfreiheit.

(Beifall von der CDU, der FDP und Sven Wolf [SPD])

Das merken Sie schon daran, dass die überwiegende Anzahl aller Versammlungen in Nordrhein-Westfalen auch tatsächlich stattfindet – zu welchem Thema und aus welcher Richtung auch immer. Das gilt übrigens auch für die Versammlungen, die nicht angemeldet werden.

Ich will noch mal auf gut Deutsch sagen: In Nordrhein-Westfalen können Sie demonstrieren, wofür oder wogegen Sie sind.

Voraussetzung Nummer eins: Die Versammlung muss, wie im Grundgesetz festgelegt, friedlich und ohne Waffen bleiben.

(Zuruf von der AfD: Einverstanden!)

Das ist in Nordrhein-Westfalen übrigens bei den Demonstrationen gegen die Coronamaßnahmen glücklicherweise überwiegend der Fall.

(Helmut Seifen [AfD]: So ist es!)

Voraussetzung Nummer zwei: Die Versammlung darf nicht die Grenzen der Strafbarkeit überschreiten,

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

auch nicht durch bestimmte Meinungsäußerungen.

Voraussetzung Nummer drei: Die Auflagen, zum Beispiel nach gültiger Rechtslage die Regeln zum Maskentragen, müssen eingehalten werden. Hier geht die Polizei nun wirklich mit Augenmaß vor, versucht also auch, dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gerecht zu werden.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Wenn diese Voraussetzungen nicht erfüllt werden, dann schreitet die Polizei ein – übrigens ganz egal, wer da demonstriert.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Also: Sie wollen mit diesem Antrag eigentlich nur Selbstverständlichkeiten darstellen, die in der Praxis längst klar sind.

(Zurufe von Dr. Christian Blex [AfD] und Christian Loose [AfD])

Deswegen muss ich leider vermuten, dass es nicht um die Wirklichkeit geht, sondern um Stimmungsmache und Populismus. Das können Sie machen; ich glaube, es wird bei den Menschen nicht ankommen.

Ich will noch kurz einen zweiten Gedanken vortragen: Ich kann verstehen, dass Menschen aus den verschiedensten Anlässen demonstrieren, dass die Sorgen haben,

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

dass die Anliegen haben, dass die Ängste haben und auf die Straßen gehen. Das dürfen sie auch. Aber

deswegen muss ich nicht mit Verfassungsfeinden auf die Straße gehen,

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

die genau dieses Grundrecht für ihre Zwecke instrumentalisieren wollen.

(Zuruf von der AfD: Bringen Sie einfach mal Beweise!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, eine Zwischenfrage von Herrn Tritschler?

Herbert Reul, Minister des Innern: Nein.

Vizepräsident Oliver Keymis: Okay.

Herbert Reul, Minister des Innern: Die Beweise sind relativ klar. Sie haben das ja selbst beschrieben. Wir haben da ein Auge drauf.

(Sarah Philipp [SPD]: Gott sei Dank!)

Die Damen und Herren, die da reden – nicht alle, aber einige – und diejenigen, die dabei sind, sind ja bekannt, nicht bei jeder Demonstration und nicht alle – das hat auch nie einer behauptet –, aber sie sind dabei. Wenn man die Grenze ziehen will, geht man da nicht mit. Es zwingt überhaupt keiner einen Menschen, mit solchen Leuten zusammen zu Demonstrationen zu gehen.

(Helmut Seifen [AfD]: Das heißt, man bleibt lieber zu Hause?)

– Vorsichtig, nicht zu früh schreien. Das gilt übrigens – damit das klar ist – nicht nur für Coronademonstrationen und deren Nutzung durch Rechtsextremisten, sondern das gilt genauso für Demonstrationen gegen das Versammlungsgesetz und deren Nutzung durch Linksextremisten. Extremisten sind immer die falschen Freunde.

(Helmut Seifen [AfD]: Da gebe ich Ihnen recht!)

Danke.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Minister Reul. – Jetzt gibt es eine Kurzintervention, angemeldet von der AfD-Fraktion, und Herr Tritschler führt sie durch. Bitte schön.

Sven Werner Tritschler (AfD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Innenminister, eine kurze Frage an Sie: Sie sind ja sicherlich im Versammlungsrecht bewandert. Dann wissen Sie, dass es einem Versammlungsleiter auf so einer Versammlung gar nicht

ohne Weiteres möglich ist, Leute davon auszuschließen.

Wenn Sie eine Versammlung haben – wie hier jetzt – mit 5.000 bis 10.000 Leuten, dann ist es vielleicht auch ein bisschen viel verlangt vom einzelnen Bürger, jeden anderen Mitdemonstranten auf seine Verfassungstreue hin zu überprüfen.

Das ist, finde ich, ein interessanter Ansatz, den Sie da haben. Dann wäre es ja relativ einfach, jede Demonstration zu sprengen, wenn ich einfach irgendeinen Provokateur aus irgendeiner rechten oder linken Ecke – zum Teil sind die ja auch bei Ihren Diensten beschäftigt, soweit wir wissen – auf eine Demonstration schicke und diese damit unmöglich mache oder diskreditiere.

(Herbert Reul, Minister des Innern: Hä?)

– Sie haben doch V-Leute in diesen Szenen, oder nicht, Herr Minister?

(Sven Wolf [SPD]: Die sind da nicht beschäftigt!)

– Ja, aber bezahlt. Sie könnten theoretisch Leute da hinschicken und damit diese Versammlung quasi diskreditieren. Das ist doch ein mögliches Szenario. Das können Sie mir erstens mal erklären, wie Sie das ausschließen. Und zweitens: Wie soll ein Versammlungsleiter reagieren, wenn er meint, einen Extremisten auf seiner Versammlung anzutreffen?

(Zuruf von Sarah Philipp [SPD])

Wie kann er ihn ausschließen? Nach meinem Kenntnis ist das nicht möglich. – Vielen Dank.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, bitte schön.

Herbert Reul, Minister des Innern: Ich bin fassungslos über diese Fragen und vor allen Dingen die Inhalte. Wie bewerten Sie eigentlich unseren Staat? Wie bewerten Sie eigentlich das Handeln von Polizisten und Verfassungsschutz?

(Zurufe von Sven Werner Tritschler [AfD] und Andreas Keith [AfD])

Was haben Sie eigentlich für ein Bild davon? Wir leben doch hier nicht in einem extremistischen Land.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

– Herr Abgeordneter, ich bin wirklich entsetzt, was Sie hier vom Stapel lassen.

(Beifall von der CDU, der FDP, Sven Wolf [SPD] und Josefine Paul [GRÜNE])

Ich bin entsetzt. Das ist ein Zerrbild der Wirklichkeit.

Und Teil zwei: Jeder Versammlungsleiter hat das Recht und die Möglichkeiten, einzugreifen.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Nein!)

Wenn in einer Demonstration jemand als ein Rechts-extremist oder Linksextremisten mitläuft, der stadtbekannt ist, ...

(Christian Loose [AfD]: Ich bin ein stadtbekannter Rechtsextremist, oder was?)

– Ich bin wirklich über den einen oder anderen, der jetzt bei Ihnen den Kopf schüttelt, überrascht, da auch er mittlerweile so weit ist, dass er nicht mehr unterscheiden kann, sondern für ihn alles falsch ist. Bitte differenzieren Sie doch mal!

Es gibt keinen Zwang, es gibt keine Notwendigkeit, bei solchen Demonstrationen mitzulaufen. Man kann seine Meinung auch woanders äußern.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Reul. – Wir haben keine weiteren Wortmeldungen.

Wir stimmen jetzt über den Antrag der AfD-Fraktion ab, die direkte Abstimmung beantragt hat. Wer stimmt dem Inhalt des Antrages zu? – Die AfD-Fraktion. Das war zu erwarten. Wer stimmt dagegen? – Das war auch zu erwarten. Gibt es Enthaltungen? – Damit ist mit großer Mehrheit dieser **Antrag Drucksache 17/16474 abgelehnt.**

(Eine Vertreterin der Landtagsverwaltung gibt Vizepräsident Oliver Keymis einen Hinweis.)

– Alle anderen Fraktionen waren dagegen. SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen waren gegen diesen Antrag. Die AfD war für diesen Antrag. Es gab keine Enthaltungen. – So muss ich das sagen? – Es wird Zeit, dass hier bald Schluss ist.

(Zuruf: Etwas gelernt!)

– Ja, mal wieder etwas gelernt nach 16 Jahren. Danke schön, ich mache das natürlich alles, keine Frage.

Ich rufe auf:

6 Preisexplosion bei Lebensmitteln – Hohe Gaspreise verteuern die Düngemittelproduktion

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16475

Ich eröffne die Aussprache und – er steht schon am Pult bereit – erteile Herrn Dr. Blex das Wort für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

Dr. Christian Blex (AfD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im vergangenen Jahr sind die

Preise für Lebensmittel allein offiziell schon um 28 % gestiegen. Die Prognosen für die nächsten Monate sind äußerst düster. Bis zum Ende dieses Jahres werden die Lebensmittelpreise noch viel weiter steigen.

Selbst das Staatsfernsehen hat vor vier Tagen über den Preisschock berichtet. Wenn es schon die offiziell staatlich kontrollierten Medien Deutschlands berichten – wie sie so schön bei manchen Diensten genannt werden –, dann heißt das schon was.

Es gibt viele Faktoren, welche bei der Preisbildung von Lebensmitteln eine Rolle spielen: die von Ihnen gewollte europäische Nullzinspolitik und die damit bewusst und ganz gezielt angeheizte Inflation, Ihre freiheitsverachtende Coronapolitik und die damit einhergehenden Einschränkungen des freien Warenverkehrs, aber ein Faktor aber sticht noch mal besonders hervor, und das ist Ihre irrsinnige deutsche Energiepolitik.

In unserer Aktuellen Stunde heute Morgen haben wir bereits über die Lage auf dem Energiemarkt gesprochen. Deshalb lasse ich jetzt mal die technischen Details beiseite und komme zu den Lebensmitteln.

Es ist erschreckend, was ich hier im Landtag an Nichtwissen sehe: wie eine Energiepolitik ohne gesunden Menschenverstand gemacht wird, wie ein rein ideologischer Kampf gegen die fossilen Energieträger geführt wird, wie Erdgas verteufelt wird, ohne überhaupt zu wissen, wofür es gebraucht wird.

Erdgas ist nicht nur für die Energie- und Wärmezeugung für Millionen Haushalte vonnöten. Erdgas ist auch ein wesentlicher Rohstoff für die chemische Industrie. Das Ammoniak für die Düngemittel wird seit fast einem Jahrhundert synthetisch aus Erdgas hergestellt. Es war ein deutscher Wissenschaftler, der 1931 für die Entwicklung dieses Verfahrens den Chemienobelpreis bekommen hat. Das ist in Deutschland ja heute eher die Ausnahme in diesem Bereich.

Heute sind Düngemittel in der modernen Landwirtschaft überhaupt nicht mehr wegzudenken, außer man läuft irgendwelchen grünen Bioträumen nach. Sie helfen bei der ausreichenden Versorgung der Kulturpflanzen mit wichtigen Mineral- und Nährstoffen und sorgen so für hohe Erträge und einen hohen, notwendigen Proteingehalt. Doch Sie wollen den Einsatz von Erdgas aus rein ideologischen Gründen verbieten.

Sie alle machen sich dadurch daran mitschuldig, dass im Vergleich zu 2020 die Düngemittelpreise um 50 % bis 70 % teurer geworden sind. Mit dieser Energiepolitik fahren Sie auch in diesem Bereich unser Land an die Wand.

Demgegenüber steht das Ausland: Dort wird mit allen Mitteln versucht, die Energiepreise zu senken. Nach der neuen EU-Taxonomie geht Frankreich jetzt schön in die Offensive, Macron verkündet die

Renaissance der französischen Kernkraft und den Bau von bis zu 15 neuen Kernkraftreaktoren. Bis 2050 sollen sechs Reaktoren der allerneuesten Generation gebaut werden. Das tut unser westlicher Nachbar, und Polen will auch Kernkraftwerke bauen.

Es gibt aber ein Land, das alles besser weiß. Hier in Deutschland haben wir Ihre Ideologie. Sie haben eine den Realitäten vollkommen widersprechende Energiepolitik. Wir haben auch – wir haben es heute Morgen schon gehört – mittlerweile dank Ihnen die teuersten Strompreise der Welt. Spitze gemacht!

Es geht aber noch schlimmer. Der Staat verdient durch die Mehrwertsteuer sogar noch an den steigenden Strompreisen und damit am Leid der Bevölkerung. Manche von Ihnen haben sich in der Aktuellen Stunde auch noch über die hohen Strompreise beklagt und gesagt: Wir haben sie zwar verursacht, aber das Mittel ist, dass wir noch mehr Schaden anrichten müssen, indem wir noch mehr Zufallsenergien installieren. Dies ist an Verlogenheit wirklich überhaupt nicht mehr zu überbieten.

Herr Brecht – eine eher den Sozialisten hier bekannte Persönlichkeit – hat damals gesagt: Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf, aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher.

Wir haben in den letzten Jahren die technisch-physikalischen Wahrheiten wirklich auf Mittelstufenniveau erklärt. Hören Sie also auf, unseren Wohlstand zu verspielen, und erkennen Sie endlich die Zeichen und die physikalischen Realitäten an!

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Kernkraft und Kohle für die Energieversorgung und Erdgas für die Rohstoffversorgung sind absolut unverzichtbar, damit unser Land und unsere Bürger überhaupt noch eine Zukunft haben. Tun Sie dies vor allen Dingen deshalb, damit wir in Zukunft noch bezahlbares Essen auf unseren Tellern haben. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Blex. – Jetzt hat Herr Frieling das Wort für die CDU-Fraktion.

Heinrich Frieling (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Nach so einem üblichen besserwisserischen Rundumschlag von Herrn Dr. Blex fällt einem eigentlich nicht mehr viel ein, was man dazu noch sagen kann.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Ich weiß das doch, alles gut!)

– Regen Sie sich doch nicht auf, Herr Dr. Blex. Jetzt sind wir mal dran. Wir könnten uns genug über Sie aufregen, aber das haben wir uns schon abgewöhnt.

Was Sie hier unterstellen, nämlich dass Sie irgendwie eine besondere Kenntnis der Lage hätten, schlägt sich jedenfalls nicht in Ihrem Antrag nieder. Er kommt mal wieder aus dieser Dauerserie: einfache Wahrheiten für einfache Köpfe.

(Beifall von der CDU, der FDP, Frederick Cordes [SPD] und Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz)

Hier soll uns nämlich jetzt weisgemacht werden, dass sich das Problem steigender Lebensmittelpreise mal eben dadurch lösen lässt, indem man den russischen Gashahn aufgedreht. Ich habe schon ein grundsätzliches Problem mit dieser Russlandverliebtheit, die ich sonst hauptsächlich aus Teilen der SPD – allen voran von ihrem Altbundeskanzler – kenne. Gott sei Dank hat der Bundespräsident nun ein paar andere Worte in diese Richtung gesprochen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Ich habe bei Ihrem Antrag natürlich vor allem damit ein Problem, dass Sie die komplexen ökonomischen Gesichtspunkte völlig außer Betracht lassen. Neben Ihren ganzen technischen Ausführungen fehlt nämlich der logische zweite Schritt: Wie soll sich das denn im Ergebnis auf die Lebensmittelpreise auswirken, wo die Ursachen nämlich auch vielfältiger ökonomischer Natur sind? Die unterschiedlichen Faktoren, die sich auf die Bildung von Lebensmittelpreisen auswirken, haben Sie völlig außer Acht gelassen. Der russische Gashahn ist nicht das Allheilmittel.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Abgesehen davon finde ich es in diesen Tagen besonders bedenklich, jegliche sicherheitspolitischen Aspekte außer Acht zu lassen, die sich vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise zeigen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD] – Widerspruch von Stephan Haupt [FDP])

Sie nehmen die Sorgen der Landwirte nicht ernst. Sie beschäftigen sich nicht damit, wie man auch hierbei Wertschätzung deutlich machen kann. Ich sage Ihnen ganz klar: Die Wertschätzung für die Lebensmittel darf nicht an der Ladentheke enden. Ihre einfachen Wahrheiten, sind keine Lösungen. Deswegen lehnen wir den Antrag ab. – Danke.

(Beifall von der CDU, der FDP und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Frieling. – Herr Schneider spricht jetzt für die SPD-Fraktion.

René Schneider (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Diskussion zu TOP 1 heute Morgen hat gezeigt, wie unterkomplex dieser Antrag ist, weil er einzig auf Effekthascherei setzt.

(Heiterkeit von Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz)

Die SPD-Fraktion lehnt ihn deswegen ab. – Vielen Dank, Glückauf und Gottes Segen.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Schneider. – Jetzt hat Herr Haupt für die FDP-Fraktion das Wort.

Stephan Haupt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe AfD-Fraktion, es ist schon wirklich eine Kunst: In der ganzen Plenarwoche gab es von Ihnen nicht einen Antrag und nicht einen Redebeitrag, in denen mal irgendwie ein Problemlösungsansatz vorhanden war. Das ist schon eine echte Kunst.

(Beifall von der FDP – Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ja!)

Ich habe mich wirklich schon oft mit Ihren Anträgen inhaltlich auseinandergesetzt und Ihnen das hier vorgetragen. Das Problem ist: Sie lassen sich ja von Fakten und Tatsachen überhaupt nicht stören.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Außerdem wollen Sie auch gar keine Probleme lösen, damit Sie hier weiterhin Ihre Polit-Clownerie abhalten können. Darum geht es Ihnen.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Der Vorredner Frieling hat es auf den Punkt gebracht: Der Antrag ist hanebüchen und schlecht. Wir lehnen ihn deshalb natürlich auch ab.

Kommen Sie alle gut durch den Sturm, und haben Sie trotz Sturm ein schönes Wochenende!

(Beifall von der FDP, der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Haupt. – Jetzt spricht für die grüne Fraktion Herr Kollege Rimmel.

Johannes Remmel^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Dass wir den Antrag ablehnen, ist selbstverständlich. Aber vielleicht drei kurze Ausführungen:

Ich hatte ja gedacht, dass Sie, wenn Sie schon mit offenem Visier einen solchen Antrag formulieren, im Plenum auch begründen, warum Sie genau diesen Antrag mit diesem Deckmantel stellen. Im Kern ist es ja ein Unterstützungsantrag für Nord Stream 2.

(Lachen von Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Aber Sie haben sich noch nicht einmal getraut, das hier am Pult zu sagen. Das spricht für sich.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und der FDP – Zuruf von der AfD)

Im Übrigen versuchen Sie, sich an den Hals der chemischen Industrie zu schmeißen. Ich glaube, die wollen Sie gar nicht haben.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Wenn Sie die aktuellen Gutachten für die chemische Industrie und die Strategiepapiere lesen, sehen Sie, dass es darauf hinausläuft, alles zu tun, um Dekarbonisierung voranzutreiben. Sie selbst rechnet damit, dass sie das bis 2045/2050 schafft. Darüber müssten wir anders reden als mit Ihrem Antrag.

Genauso müssten wir anders über die Frage, wie wir Lebensmittel und Landschaft dekarbonisieren, sprechen. Das ist zurzeit in der Tat sehr energieintensiv. Da ist einiges zu tun – aber nicht mit Ihrem Antrag. Deshalb klare Ablehnung. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD, der FDP und Matthias Kerkhoff [CDU])

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Remmel. – Nun hat für die Landesregierung Frau Ministerin Heinen-Esser das Wort.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dem, was meine Vorredner gesagt haben, ist nicht mehr viel hinzuzufügen.

Auch in diesem Antrag der AfD erleben wir, dass alles Mögliche zusammengequirlt wurde. Herausgekommen sind ein paar Forderungen, die mit dem eigentlichen Thema überhaupt nichts zu tun haben.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Hätten Sie Recherche betrieben und mal in den aktuellen Nährstoffbericht der Landwirtschaftskammer geschaut, hätten Sie gesehen, dass die höheren

Düngungskosten auch durch die verstärkte Nutzung organischer Düngemittel aufgefangen werden und es zu einem effizienteren Einsatz von Düngemitteln gekommen ist.

Gehen Sie also mal in sich, schauen Sie sich mal Quellen an, und recherchieren Sie mal ein Thema ordentlich. Dann können wir hier im Landtag auch ordentlich darüber diskutieren. – Herzlichen Dank. Kommen Sie gut nach Hause!

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin Heinen-Esser. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Die AfD hat direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt dem Inhalt des Antrags Drucksache 17/16475 zu? – Die AfD-Fraktion stimmt zu. Wer stimmt dagegen? – SPD, CDU, FDP und Grüne stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser **Antrag Drucksache 17/16475** mit den Stimmen von vier Fraktionen hier im Hause **abgelehnt**.

Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Ich wünsche Ihnen allen einen guten Nachhauseweg. Bleiben Sie gesund und unbetroffen vom Sturm. Wir sehen uns nach der Karnevalspause wieder. Ihnen allen bis dahin eine gute Zeit, einen angenehmen weiteren Tag und ein gutes Wochenende. Auf Wiedersehen!

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13:33 Uhr

^{*)} Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GesChO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.